

DOKUMENTATION FACHTAGUNG

SEXARBEIT & GESUNDHEIT

Netzwerkausbau für die Gesundheitsförderung von
Menschen in der Sexarbeit

 **Aidshilfe** Bielefeld e.V.

Impressum


Herausgeber*in:	Aidshilfe Bielefeld e.V.
Redaktion:	Giovanna Gilges, Beate Middeke
Protokoll Fachtagung:	Marcus Velke-Schmidt
Workshop Protokolle:	Rosa Becker, Anastasia Dick, Henry Grotkasten, Johanna Leihfeld, Amelie Prechtel, Marcus Velke-Schmidt, Hannah Vlasiuk
Technik:	Alessandro Custini, Carolyn Hanson, Marcus Meyersieck, Stefan Moritz, Wolfgang Philippi, Nobert Pobler
Photographin:	Barbara Franke
veröffentlicht am:	15. Mai 2022

Neben der Tagungsdokumentation ist die Fachtagung auch audiovisuell dokumentiert worden. Bei Interesse gibt es die Möglichkeit, die Vorträge und Diskussionen über einen Passwort geschützten Zugang abrufen zu können.

Hierfür stellen Sie bitte bei Bedarf eine Anfrage an die Aidshilfe Bielefeld unter der Emailadresse: info@aidshilfe-bielefeld.de

Finanziert vom: **Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen**



 **Aidshilfe** Bielefeld e.V.

Inhaltsangabe

Danksagung an die Mitwirkenden	6
Fachtagung „Sexarbeit und Gesundheit“	7

Grußworte

Angelika Vogel (Vorsitzende der Aidshilfe Bielefeld)	9
Beate Middeke (Aidshilfe Bielefeld)	10
Karls-Josef Laumann (Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW)	12
Ingo Nürnberger (Sozialdezernent der Stadt Bielefeld)	13
Nicole Schulze (Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V.)	14
Caspar Tate (Trans*Sexworks)	15

Vorträge

Einleitung	17
VORTRAG I: Prekäre Arbeit und Gesundheit im Sexgewerbe – und ihre Verbindungen mit städtischer Marginalitätspolitik. <i>Dr. Jenny Künkel</i>	18
VORTRAG II: Lebensrealitäten von Menschen in der Sexarbeit. <i>Ursula Probst</i>	29
VORTRAG III: Von wegen Superspreader – Politische Selbstorganisation und Gesundheit von Sexarbeitenden. <i>Joana Lilli Hofstetter</i>	37
VORTRAG IV: Vision Sexarbeit, Vision Sexualität. <i>Dr. Brigitte Hürlimann</i>	52

Workshops

Einleitung	66
Workshop I: ProfiS – Professionalisierung von Sexarbeiter*innen als Basis der Gesundheitsförderung - für Multiplikator*innen. <i>Stephanie Klee</i>	67
Workshop II: Zugänge zu Mann-männlichen Sexarbeitern. <i>Manuel Hurschmann</i>	73
Workshop III: Gesundheitliche Beratung nach § 10 ProStSchG. <i>Giovanna Gilges</i>	78

Workshop IV: Sprachbarrieren in der Beratungsarbeit. <i>Cristina Raffaele</i>	81
Workshop V: Aufsuchende Arbeit im ländlichen Raum. <i>Patipan Haak, Kim Kairis</i>	87
Workshop VI: Weibliche*Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum – Konsequenzen für die Soziale Arbeit. <i>Mina L. Khanbaba-Tehrani</i>	92
Workshop VII: Perspektive auf Gesundheit von trans Personen in der Sexarbeit. <i>Max Appenroth, Caspar Tate</i>	97

Podiumsgespräche

Podiumsgespräch I: ProstSchG kontrovers. Verbessert das ProstSchG die Situation von Sexarbeiter*innen oder verschleiert es die Lage von Sexarbeiter*innen	101
Podiumsgespräch II: „Konstruktive Perspektiven einer Gesundheitsförderung von Menschen in der Sexarbeit?“ (Abschlussrunde)	110
Programm	121
Referierende	122

Danksagung an die Mitwirkenden

Die Aidshilfe Bielefeld e.V. und die Redaktion möchten sich bedanken bei Rosa Becker, Anastasia Dick, Henry Grotkasten, Johanna Leihfeld, Amelie Prechtel, Hannah Vlasiuk und Marcus Velke-Schmidt für die Protokollierung der Workshops.

Besonderer Dank gilt hier Marcus Velke-Schmidt für die Gesamtprotokollierung der Veranstaltung insbesondere der Protokolle der Podiumsdiskussionen – ohne die die umfassende Dokumentation wie sie vorliegt nicht möglich gewesen wäre.

Danke den Mitarbeitenden Alessandro Custini, Carolyn Hanson, Marcus Meyersieck, Stefan Moritz, Wolfgang Philippi, Nobert Pobler und der Firma Incentive Medien für die reibungslose technische Umsetzung des Hybriden Formates der Fachtagung.

Bei der Photographin Babara Franke bedanken wir uns für ihre sensible und unaufdringliche Art, atmosphärische und wesentliche Momente der Tagung einzufangen.

Für den gut organisierten Ablauf der Fachtagung und die liebevolle Gestaltung bedanken wir uns herzlich bei Johanna Verhoven.

Einen herzlichen Dank an die Vortragenden und Workshopleitenden, die mit kompetenter Leidenschaft ihre praktische und theoretische Expertise mit den Teilnehmenden geteilt haben: Max Appenroth, Giovanna Gilges, Joana Lilli Hofstetter, Manuel Hurschmann, Brigitte Hürlimann, Mina Luisa Khanbaba-Tehrani, Stephanie Klee, Jenny Künkel, Ursula Probst, Cristina Raffaele und Capar Tate.

Abschließend ein herzliches Danke an Harriet Langanke, die uns alle professionell und fachkundig moderierend durch Veranstaltung führte.

Fachtagung „Sexarbeit und Gesundheit“

Am 9. und 10. September 2021 fand in der Volkshochschule in Bielefeld die hybride Fachtagung "Sexarbeit und Gesundheit" der Aidshilfe Bielefeld e.V. statt. Die zweitägige Veranstaltung bildet das Schlussmoment des auf zwei Jahre und drei Monate vom Land NRW geförderten Kooperationsprojekts "Netzwerk zur Gesundheitsförderung für Sexarbeiter*innen" der Aidshilfe Bielefeld e.V. und den Gesundheitsämtern der Stadt Bielefeld, des Kreises Gütersloh und des Kreises Herford. Die Fachtagung bot vielfältige Vorträge, Workshops und Diskussionen zu wesentlichen Themen und Fragestellungen rund um den aktuellen fachlichen Diskurs zur Sexarbeit in Deutschland, vornehmlich Nordrhein-Westfalen.

Das in der Aidshilfe Bielefeld angesiedelte Projekt koordinierte den Aus- und Aufbau der regionalen Vernetzungsstrukturen. Ziel des Projektes ist es, durch bessere Vernetzung die Gesundheitsförderung für Sexarbeitende, den Zugang zu Informationen, Beratungs- und Testangeboten sowie zur Behandlung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen (STIs) in vergleichsweise ländlich strukturierten Regionen, abseits der großstädtischen Ballungsräume zu verbessern.

Aus diesem Kontext heraus wurde im Dezember 2020 in Ostwestfalen-Lippe (OWL) ein "Runder Tisch Sexarbeit und Gesundheit" eingeführt, an dem Fachberatungsstellen, Gesundheits- und Ordnungsämter, Polizei, Sozialpfarramt, Sexarbeitende, Gleichstellungsstellen, sowie Streetwork vom Straßenstrich OWL und der Stadt Bielefeld beteiligt sind. Ziel des Runden Tisches ist es, allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, Einblicke in die unterschiedlichen Arbeitsaufträge und Perspektiven, mit denen auf die Sexarbeit geschaut wird, zu gewinnen und einen konstruktiven Austausch untereinander zu fördern. Es geht um Verständnis, um Perspektivwechsel und um Zugänge zu Sexarbeitenden, die auf Hilfen und Unterstützung angewiesen sind. Es geht aber auch darum, fundiertes Wissen aus dem Arbeitsfeld und evidenzbasiertes Wissen zu generieren, um den professionellen Diskurs weiter zu entwickeln und langfristig gemeinsam Ziele und Lösungsprozesse anzustoßen.

Durch die Auswirkungen von COVID-19 konnten nicht alle geplanten Schritte des Projektes wie beabsichtigt durchgeführt werden. So musste schon bald nach Projektbeginn die aufsuchende Arbeit weitgehend eingestellt werden und geplante Testangebote in Prostitutionseinrichtungen für Sexarbeiter*innen und Kund*innen konnten nicht stattfinden. Im Allgemeinen erschwerten Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen und das lange Ausübungsverbot sexueller Dienstleistungen den Kontakt zu sexarbeitenden Personen und die Zugänge in die verschiedenen Arbeitssektoren der Sexarbeit für gesundheitsfördernde Maßnahmen.

Es lässt sich schon jetzt sagen, dass sich unter der Covid-19-Pandemie sowohl die Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende als auch das psychosoziale und medizinische Versorgungssystem deutlich verschlechtert haben. Insgesamt eine unbefriedigende Situation für das Projekt, wie auch für alle beteiligten und betroffenen Menschen.

Vor diesem Hintergrund ist die praktische Vernetzung zur Gesundheitsförderung und der grundsätzliche Kontakt zu den Menschen nur eingeschränkt aufrechtzuerhalten. Deswegen ist

eine nachhaltige Stärkung der Netzwerkstrukturen, regional sowie überregional, mit dieser Fachtagung "Sexarbeit & Gesundheit" selbst und einer ausführlichen Dokumentation in Ton, Bild und Text – auf die dauerhaft und kostenfrei zugegriffen werden kann – umso bedeutender.

Die Fachtagung richtete sich an Mitarbeitende der kommunalen Verwaltungsbehörden, der autonomen Beratungsstellen, gesundheitsbezogenen Institutionen sowie Sexarbeitenden und Interessierte.

Im Fokus stand die Verzahnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und praxisnaher Arbeit im Feld der Sexarbeit, welche neue und diskussionswürdige Anregungen für die Teilnehmenden bereithielt. Dabei bot die Fachtagung insgesamt sieben Workshops an, in denen die Teilnehmenden mit Sexarbeitenden, Forschenden und Praktiker*innen der aufsuchenden Arbeit ins Gespräch und in den Erfahrungsaustausch zu diversen Konzeptansätzen des Gesundheitshandeln und Gesundheitskompetenzen kommen konnten. Ebenso wurde Gelegenheit geboten, entlang konkreter Beiträge aus der Prostitutions- und Sexarbeitsforschung sowie Städteforschung, Kontexte und Perspektiven kennenzulernen als auch mit Fachpublikum kritisch zu diskutieren. Die Tage schlossen beide jeweils mit einer Schwerpunkt-Podiumsdiskussion, bei der Akteur*innen aus Politik, Sexarbeit, Verwaltungsbehörde und Nichtregierungsorganisationen tagesaktuell in ein Gespräch gingen.

Wir freuen uns, dass wir auch unter den schwierigen Bedingungen der Covid-19 - Pandemielage diese Fachtagung durchführen konnten und damit nicht nur die Vernetzung in OWL stützen und fördern, sondern auch landes- und bundesweit ein Vernetzungs- und Wissensangebot schaffen konnten.



Die vorliegende Veranstaltungsdokumentation bietet Ihnen und der interessierten (Fach-) Öffentlichkeit einen umfänglichen Zugang zu den Inhalten und Diskursen der Fachtagung und fordert sie explizit auf, die Referierenden mit ihrer Expertise auch in Zukunft für unsere gemeinsame Arbeit anzufragen.

Grußworte

Angelika Vogel Vorsitzende der Aidshilfe Bielefeld



Als Vorsitzende der Aidshilfe Bielefeld begrüße ich Sie alle ganz herzlich – diejenigen, die in Präsenz an der Tagung teilnehmen können und diejenigen, die digital mit uns verbunden sind.

Ich begrüße Sie, Herrn Dezernent Nürnberger und freue mich, dass sie trotz aller Belastungen Zeit für diese Tagung gefunden haben. Desgleichen begrüße ich Nicole Schulze vom BesD e.V. und Casper Tate von Trans*Sexworks.

Ich freue mich, dass so vielen die Gesundheitsförderung von Menschen in der Sexarbeit ein Anliegen ist, dass sich so viele angemeldet haben. Das Thema hat viele Aspekte und sie als Teilnehmende vertreten viele davon.

Die Aidshilfe Bielefeld ist Träger des Projektes "Netzwerkausbau für die Gesundheitsförderung von Menschen in der Sexarbeit". Das Projekt war und ist geplant für eine Zeit von zwei Jahren und drei Monaten und hat entsprechend des Ziels des Projektes viele Akteur*innen. Vernetzungsstrukturen konnten aufgebaut und einige Hürden abgebaut werden. Die Koordination des Projektes liegt bei der Aidshilfe Bielefeld mit Beate Middeke als Koordinatorin.

Gerade auch unter den Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Pandemie ist es wichtig, mit der Tagung neue Impulse zum Thema Sexarbeit zu setzen, unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen, dabei ordnungspolitische und -gesundheitliche Sichtweisen zu betrachten, Perspektiven der Sexarbeiter*innen zu realisieren, zu respektieren. Sexarbeit ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Einzelnen Akteur*innen, Beratungsstellen ist es oft nicht möglich, die Komplexität der Besonderheiten der Sexarbeit zu überblicken. Wir alle haben einen eigenen Blickwinkel und wie im Straßenverkehr gibt es immer auch einen toten Winkel, etwas, das jeweils nicht wahrgenommen wird. Stigmatisierungen und Diskriminierungen schleichen sich ein, weil ein Perspektivwechsel nicht vollzogen wird. Unsicherheiten im Umgang können zu Schwierigkeiten führen.

Um ein besseres Verständnis der unterschiedlichen Perspektiven geht es in diesem Projekt und in dieser Fachtagung, um eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, darum, nicht stehen zu bleiben, weiter zu kommen. Es geht um neue Ideen, wie Gesundheitsförderung der Sexarbeit aussehen kann, um bessere Rahmenbedingungen. Wir stehen am Anfang, hoffen auf neue Impulse, neue Wege, Ideen darüber, wie die bisherigen Netzwerkstrukturen besser gestaltet und Inhalte gefördert werden können.

Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für Ihrer aller Engagement und besonders für die Arbeit von Beate, die jetzt schon positive Auswirkungen zeigt.

Beate Middeke - Koordinatorin der Fachtagung „Sexarbeit & Gesundheit“, Aidshilfe Bielefeld

Liebe Teilnehmer*innen der Fachtagung Sexarbeit und Gesundheit,

ich freue mich sehr, Sie heute hier auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie, zum Teil in Präsenz und in großer Zahl auch digital, begrüßen zu können.

Warum diese Fachtagung hier zum jetzigen Zeitpunkt?

Aus meiner Perspektive heraus, hätte der Zeitpunkt nicht günstiger sein können. Die vergangenen anderthalb Jahre haben unser aller Leben vor neue und existenzielle Herausforderungen gestellt. Das Projekt, in dem ich arbeite und in dessen Rahmen diese Fachtagung stattfindet, hat sich quasi neu erfinden müssen.



Ziel war und ist es, die Vernetzungsstrukturen für die Gesundheitsförderung von Sexarbeiter*innen in den Kreisen Gütersloh, Herford und der Stadt Bielefeld in Kooperation mit den Mitarbeiter*innen der dortigen Gesundheitsämter, auf- und auszubauen.

Nicht ganz einfach, wenn der gesamte Arbeitsbereich durch eine Pandemie nicht arbeiten durfte, Kontakte in Präsenz nicht stattfinden konnten.

Krise als Chance?!

Uns allen ist – glaube ich – bewusst, dass die Corona Pandemie die Schwachstellen im System Sexarbeit noch deutlicher zum Vorschein gebracht hat, als wir bis dahin dachten.

Das Thema Sexarbeit und Gesundheit ist komplex und alles andere als einfach.

Wir müssen uns Widersprüchlichkeiten stellen. Eventuell müssen wir eigene Vorbehalte überwinden, um eine gute niedrigschwellige Arbeit machen zu können und die Selbstorganisation von Sexarbeiter*innen zu fördern.

Dies hier mit Ihnen, heute und morgen, zu diskutieren, wird Ziel der Veranstaltung sein.

Wir erhoffen uns, dass wir voneinander lernen, dass wir uns vernetzen, austauschen und auch einen Perspektivwechsel wagen.

Wir möchten mit Ihnen und mit Ihrer Hilfe nach neuen Ansätzen Ausschau halten. Ich bin sehr erfreut, dass sich in diesem Forum quasi alle Expertisen der Sexarbeit versammelt haben und wir gerade *davon* untereinander profitieren können.

Meine Erfahrung in der Arbeit mit Ihnen ist, dass alle ihr Bestes geben.

Meine Erfahrung ist aber auch, dass es gut ist, stets über einen Spielraum zu verfügen. Und so begleiten mich schon seit einigen Jahren folgen Worte:

Nichts bleibt – Nichts ist abgeschlossen – Nichts ist perfekt

Bleiben wir also stets in Bewegung und entwickeln uns weiter. In diesem Sinne wünsche ich uns viele Anregungen, Diskussionen, Veränderung.

Ja – Nichts geht ohne Veränderung und Entwicklung und nichts geht ohne Organisationen und Menschen, die hinter einem stehen.

So eine Veranstaltung lässt sich nur organisieren und durchführen mit Unterstützung, finanzieller Förderung und langjährigen Kooperationspartner*innen.

Ich/Wir danken unseren Kooperationspartner*innen des Projektes Gesundheitsförderung für Sexarbeiter*innen, mit denen eine sehr enge Netzwerkarbeit stattfindet. Den Gesundheitsämtern Bielefeld, namentlich mit Helga Groß-Rogge, dem Gesundheitsamt des Kreises Gütersloh mit namentlich Dr. Alexandra Ritz und dem Gesundheitsamt des Kreises Herford, namentlich (heute online vertreten) mit Sven Möhlmann.

Ich/Wir danken dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) NRW für die Finanzierung des Projektes und dieser Fachtagung.

Wir danken ebenso der Institution, die uns heute und morgen hier beherbergt; der Volkshochschule Bielefeld für Ihre Räumlichkeiten, die Infrastruktur und tatkräftige Unterstützung.

Mein persönlicher und besonderer Dank geht an Giovanna Gilges, die in der Vorbereitung dieser Fachtagung für mich eine wichtige Gesprächspartnerin war und zentrale Impulse zur Programmgestaltung gegeben hat.

Karls-Josef Laumann Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich heute – wenn auch nur per Video – die Möglichkeit habe, an Ihrem Kongress und an Ihren Beratungen teilzunehmen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen sagen, dass ich Ihre Arbeit, die Sie im Bereich der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter leisten, sehr wichtig finde. Dies ist ein Bereich, der von unserer Gesellschaft vielleicht auch ganz gerne mal übersehen wird, über den man auch gar nicht alles wissen will. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns um diese Menschen, die dort arbeiten, auch kümmern. Natürlich spielt der Gesundheitsschutz da eine ganz große Rolle. Sowohl für die betroffene Sexarbeiterin wie den Sexarbeiter, aber natürlich auch für die andere Seite der Kundinnen und Kunden. Ich weiß, dass sich die Gesundheitsämter schon immer um diese Fragen gekümmert haben. Und ich wünsche mir, dass sie auch weiterhin die betroffenen Menschen gut beraten.

Aber mir ist auch noch ein anderer Aspekt sehr wichtig. Gerade in diesem Jahr, in dem Corona-bedingt alle öffentlichen Einrichtungen in diesem Bereich geschlossen waren, war die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch viele Aktivitäten illegal im Untergrund und außerhalb der Öffentlichkeit stattgefunden haben. Das hat die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, wahrscheinlich noch schutzloser gemacht, als sie ohnehin in diesem System sind. Und deswegen finde ich es auch sehr wichtig, dass Sie in dieser Situation versucht haben, den Kontakt zu diesen Menschen zu halten und auch weiterhin dafür zu sorgen, dass Präventionsmaßnahmen stattfinden.

Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, dass Sie die Ergebnisse Ihrer Beratungen auch unserem Ministerium mitteilen, damit wir daraus Schlüsse für unsere Arbeit und vielleicht auch für unsere Förderpolitik ziehen können. Ich wünsche Ihrer Tagung einen guten Verlauf und wir freuen uns darauf, von Ihren Ergebnissen zu hören.

Ihr Karl-Josef Laumann

Ingo Nürnberger Sozialdezernent der Stadt Bielefeld

Herzlich Willkommen zu der Tagung *Sexarbeit & Gesundheit* und vor allem auch herzlich Willkommen in Bielefeld. Ich kann Sie heute nur per Videobotschaft begrüßen, freue mich aber, dass ich morgen mit in der Podiumsdiskussion dabei sein kann.



Ich will erst mal vielen Dank sagen, dass Sie zwei Tage zusammengekommen sind, um sich mit dem wirklich wichtigen Thema „Sexarbeit und Gesundheit“ zu beschäftigen und damit dieses Thema und übrigens auch Sexarbeit insgesamt wieder ein bisschen aus der „Schmuddel-Ecke“ rauszuholen. Sexarbeit gehört zu unserer Gesellschaft und dann ist es natürlich ganz wichtig und unverzichtbar, dass wir uns um die Gesundheit von Sexarbeiter*innen kümmern. Und dies mit viel Fachkenntnis, die jetzt in diesen zwei Tagen zusammengekommen ist. Vielen Dank an die Veranstalter*innen dafür schon jetzt im Voraus.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, dass nicht alle, aber viele Sexarbeiter*innen in prekären Lebensverhältnissen leben. Geprägt von der Sorge um den Lebensunterhalt. Geprägt von der Sorge um das Wohnen, ob man morgen noch ein Dach über dem Kopf hat. Natürlich mit der Sorge, wie ist es mit den sexuell übertragbaren Krankheiten? Manchmal, nicht immer natürlich geht es auch um Suchtprobleme oder auch Gewalterfahrungen. Es gibt also viele Themen rund um das Thema Gesundheit, manchmal auch schlicht und ergreifend um den Stress, der verbunden ist mit der Frage um das Aufenthaltsrecht. Viele Dinge also, die nicht gerade gesundheitsförderlich sind im Leben von Sexarbeiter*innen und deswegen ist es so wichtig und so ein wichtiger Dienst an diesen Menschen, dass Sie sich alle um die Gesundheit dieser Menschen kümmern. Und damit übrigens auch Anerkennung und Wertschätzung diesen Menschen entgegenbringen. Und es ist, wie schon gesagt, von großer Bedeutung, das ganze Thema aus dem Graufeld, dem Dunklen rauszuholen und ins Licht zu holen.

Und wir wissen natürlich auch, dass sich die Lebensverhältnisse durch Corona nicht verbessert haben. Sie haben also den besten Zeitpunkt für so eine Tagung gefunden und deswegen noch einmal vielen Dank, dass Sie sich jetzt zwei Tage damit beschäftigen. Dass Sie nach Lösungsansätzen suchen, die wir dann morgen wohl auch auf der Podiumsdiskussion diskutieren werden. Bis dahin eine gute Zeit in Bielefeld, eine gute Zeit auf der Tagung und ich kann noch einmal nur vielen Dank an die Veranstalter*innen sagen, aber eben auch an Sie für das Engagement für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter und vor allem für deren Gesundheit.

Vielen Dank und bis Morgen.



Nicole Schulze - Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistung e.V.



Mein Name ist Nicole Schulze. Ich bin seit 2019 im Vorstand des Berufsverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen.

Als Sexarbeiterin habe ich 2005 auf dem Straßenstrich in den „Verrichtungsboxen“ in der Geestemünder Straße in Köln, NRW angefangen zu arbeiten und erinnere mich genau an die damaligen Gegebenheiten.

Gesundheit ist in unserem Beruf nicht nur sehr wichtig, Gesundheit ist die Basis für ein erfolgreiches Arbeiten. Lange hat es keine spezifischen Informationen für meine Kolleg*innen und mich gegeben. Männliche und

weibliche Sexarbeit und solche, die durch Trans Personen verrichtet wird, sind höchst unterschiedlich. Umso wichtiger ist es daher, sich zu allen Aspekten der vielfältigen Gesundheitsthemen informieren zu können.

Der heutige Fachtag bietet ein enormes Wissen in Form von Vorträgen und Diskussionen.

Wir danken der Aidshilfe Bielefeld und dem Team um Beate Middeke für die Organisation und Umsetzung und wünschen Ihnen und uns einen spannenden und lehrreichen Tag beim Thema Sexarbeit und Gesundheit!

Lieben Gruß

Nicole Schulze

Caspar Tate - Trans*Sexworks

Guten Morgen und Danke für die Einladung.

Ich heiße Caspar Tate und bin Teil des Projektes Trans*Sexworks in Berlin.

Wir sind ein Peer-Projekt von und für trans Sexarbeiter*innen und leisten vor allem Community support und mutual aid für den trans Straßenstrich in Berlin. Zudem setzen wir uns für die Rechte und Belange von trans und nicht binären Sexarbeiter*innen ein.

Auch aufgrund unserer eigenen Erfahrungen mit Mehrfachdiskriminierungen, setzen wir uns intersektional mit Sexarbeitspolitik auseinander. Heute und morgen wird hier über Sexarbeit und Gesundheit diskutiert, vorgetragen und gelernt. Ab wann geht es denn schon um Gesundheit?

Natürlich relativ schnell.



Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum und die Bekämpfung von Obdach. Und Wohnungslosigkeit ist auch ein gesundheitspolitisches Thema. Mit "Enteignen In Berlin" wurde Anfang des Jahres die erste gewerkschaftliche Vertretung von und für Sexarbeiter*innen in Deutschland gegründet. Auch bei Arbeitsrechten und Arbeitsschutz geht es viel um unsere Gesundheit. Die Entkriminalisierung von Drogen, Substitutionstherapien, saubere Nadeln und weitere Präventionsarbeit mag für viele hier selbstverständlich zur Gesundheitsversorgung gehören. Leider wird in der Sexarbeitscommunity in Deutschland immer noch zu wenig darüber gesprochen. In unserem Projekt sehen wir Diskriminierung und Stigmatisierung und den oft fehlenden Zugang zu einer Krankenversicherung und Wohnung als die größten Probleme unserer Community beim Thema Gesundheit. Oft gibt es nicht so viele Probleme aufgrund der Tätigkeit in der Sexarbeit. Vielmehr erleben und beobachten wir Transfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Migrant*innenfeindlichkeit, Ableism und Klassismus. Die berufliche Tätigkeit muss man im Gesundheitswesen nicht immer nennen. Aber dass man zum Beispiel Schwarz und trans ist, kann man nicht verstecken. Wir können uns nicht „Sexarbeit“ einzeln anschauen. Alle Formen der Diskriminierung müssen gleichermaßen thematisiert werden. *Alle* Barrieren und Hürden beim Zugang zu einer Gesundheitsversorgung müssen beseitigt werden.

Seit über zwei Jahren bin ich nun bei Trans*Sexworks. Die Transfeindlichkeit durch soziale Träger, die ich in dieser Zeit erlebt und beobachtet habe, ist erschreckend. Beratungsstellen, die trans Frauen den Zugang verwehren. Wir kennen keine Notunterkunft in Berlin, die transfreundlich ist, geschweige denn *überhaupt* trans Personen aufnimmt. Wir haben es

mehrmals versucht und noch nie eine trans Frau in Not in ein Frauenhaus vermittelt bekommen. Wir müssen Personen in diesen Fällen immer privat unterbringen.

Bei Ärzt*innenbesuchen haben wir auch schon vieles gehört. In den letzten Jahren sind enorme Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation von trans Personen in Deutschland passiert.

Migrantische und arme trans Personen haben leider hiervon wenig. Dies muss sich schnell ändern! Und das ist auch nochmal ein Appell von mir: Dass sich Beratungsstellen, Gesundheitszentren und anderen Einrichtungen bitte fortbilden sollen. Und zum Glück gibt es heute auch eine Möglichkeit dazu – ihr könnt gerne im Programm nachschauen.

Ich möchte auch noch ein Thema ansprechen, das mir sehr wichtig ist: Die Versorgung und der Zugang zur PrEP für Sexarbeiter*innen. Vor allem in den letzten Wochen habe ich durch Gespräche – vor allem mit Mitarbeiter*innen in den Aidshilfen – versucht, zu verstehen, warum Sexarbeitende bis jetzt kaum als Zielgruppe für die PrEP gesehen werden. Innerhalb unserer Community haben die wenigsten überhaupt schon mal hiervon gehört.

Was man mir immer wieder sagte, ist, dass vor wenigen Jahren als die Präventionskonzepte mit der PrEP erarbeitet wurden, das Medikament durch Beratungsstellen immer wieder als wenig relevant für die Sexarbeit gesehen wurde.

Ich sehe dies als riesigen Fehler.

Bis heute gibt es keine Flyer oder Broschüren zur PrEP und Sexarbeit – zumindest sind mir keine bekannt. Mehrmals hörte ich schon, man würde es den Klient*innen nicht zutrauen, täglich eine Tablette zu nehmen oder es gebe doch eine Kondompflicht. Wer aber HIV-positiv ist, muss auch täglich Tabletten nehmen und wir wissen doch wohl alle, dass sich nicht immer an die Kondompflicht gehalten wird oder gehalten werden kann.

Ich wünsche mir heute und morgen, dass wir bei so einer tollen Veranstaltung wie dieser nochmal über dieses Thema sprechen und diskutieren können. Die PrEP sollte für alle da sein und auch Sexarbeiter*innen schützen. Nur so werden wir die UN AIDS 95 – 95 – 95 – 0 Ziele erreichen.

Danke an die Aidshilfe Bielefeld und auch an Beate für diese tolle Organisation und Arbeit und die Möglichkeit, zwei Tage lang hier – in Präsenz und natürlich auch online – diskutieren und uns fortbilden zu können.

Ich wünsche allen eine tolle Konferenz!

Vorträge

Einleitung

Von den insgesamt vier Vorträgen haben jeweils zwei Vorträge an einem Veranstaltungstag stattgefunden. Bei drei von vier Vorträgen waren die Referent*innen online dazugeschaltet, Brigitte Hürlimann hielt ihren Vortrag in Präsenz in Bielefeld.

Die Stadtforscherin *Jenny Künkel* eröffnet die Vortragsreihe mit einer Betrachtung auf die städtische Marginalitätspolitik im Zusammenhang mit prekären Arbeitsverhältnissen und bedingender Gesundheit von betroffenen Sexarbeitenden. Dabei beschreibt sie den Kontext einer zunehmend neoliberalisierten städtischen Migrations-, Sozial- und Drogenpolitik durch beispielsweise Gentrifizierung und lokale Migrationsabwehr. Darüber hinaus zieht Künkel in der Betrachtung die Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen und Gesundheit im Sexgewerbe durch die Covid-19 Pandemie und der Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung des Infektionsgeschehen heran. Im Kern plädiert der Vortrag für eine ursachenbezogene und evidenzbasierte Politik, anstatt die Spiralbewegungen zulasten vulnerabler Personen durch konservative Fortsetzung des Ist-Standes beizubehalten.

Darauffolgend skizziert die Ethnologin *Ursula Probst* auf Grundlage ihres jüngsten Forschungsprojektes Einblicke in Lebensrealitäten von sexarbeitenden Menschen in Berlin. Sie sind Studierende, Armutsbetroffene, Künstler*innen, Eltern, Menschen mit unterschiedlichen Staatsbürgerschaften, verschiedenen sozialen Hintergründen sowie diversen Motivationen und Lebensplänen. Probsts Beitrag verdeutlicht, dass eine Aufmerksamkeit für die komplexen Lebensrealitäten von Menschen in der Sexarbeit – sowohl inner- als auch außerhalb ihres Arbeitsalltages – notwendig ist, um ihre Vielschichtigkeit und deren Problemlagen in gesellschaftlichem Kontext zu begreifen – nicht zuletzt, um als Institution adäquat und zielgruppenorientiert agieren zu können.

Die Politikwissenschaftlerin *Joana Lilli Hofstetter* stellt in ihrem Vortrag historische Bezüge zu der heute teils etablierten und mittlerweile institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Sexarbeitsbewegungen, Beratungsstellen und Gesundheitsorganisationen im Kampf um Rechte, Anerkennung und Gesundheit für Sexarbeitende her. Mit Blick in die Geschichte der Selbstorganisationen von Sexarbeitenden seit den 1970er Jahren bis heute und mit Blick auf die starken Sichtbarkeiten in den gesellschaftlichen, literarischen und politischen Öffentlichkeiten, verweist der Vortrag deutlich auf das beständige und wandelbare aktive, aktivistische und politische Handeln von Sexarbeitenden selbst.

Abschließend lädt die Journalistin *Brigitte Hürlimann* ein, sich mit ihr auf eine Gedankenreise zu begeben und das perfekte Bordell in einer perfekten Gesellschaft zu entwerfen. Diese Vision steht unter der dringenden Prämisse, dass nur volle rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Anerkennung von Sexarbeitenden dazu beitragen kann, Kriminalität und Gewaltstrukturen in der Sexarbeit zu unterbinden, als auch für gute und faire Arbeitsbedingungen im Sexgewerbe sorgen zu können.

Zu den Vorträgen, die hier in voller Länge und einmal als Zusammenfassung abgedruckt sind, sind jeweils die sich anschließenden hybriden Publikumsgespräche mit den Referent*innen protokolliert nachzulesen.

VORTRAG I: Prekäre Arbeit und Gesundheit im Sexgewerbe – und ihre Verbindungen mit städtischer Marginalitätspolitik.

Jenny Künkel

Hinführung: die Debatten um Bundesgesetze

Im Jahr 2013 kam das Stichwort "Armutsprostitution" auf die Agenda. Die Debatte lancierten jene Kräfte, die – seit Ende der 1970er Jahre prominent von Alice Schwarzer und der Zeitschrift EMMA vertreten – Prostitution abschaffen wollen. Denn sie hofften auf ein neues Bundesgesetz. Konkret forderten die selbsternannten Abolitionist*innen, die sich mit diesem Begriff die Kämpfe Schwarzer gegen Sklavenhandel aneignen¹, das "Nordische Modell", also eine Kriminalisierung der Sexdienstleistungsnachfrage. Ein solches 'Sexkaufverbot' war zuvor in Schweden 1999 eingeführt und in der Folge von verschiedenen Ländern, v.a. Nordeuropas, nachgeahmt worden. Diese bisweilen "neo-abolitionistisch" genannte Hinwendung zu Strafrecht bedeute nicht nur eine Abkehr von der ursprünglichen "abolitionistischen" Forderung nach Abschaffung von Prostitutionsgesetzen, die in vielen Ländern "rechtsfreie" Räume der Sexarbeit gefördert hatte (in Deutschland: Sittenwidrigkeit, mithin Nichtankererkennung im Zivil-, Arbeits-, Gewerbeberecht etc.). Die explizite Hinwendung zu Strafrechtsverschärfungen als zentraler Forderung gilt kritischen Wissenschaftler*innen auch als paradigmatisch für einen Carceral Feminism (Elisabeth Bernstein)². Der Strafrechtsfeminismus wird als Teil eines breiteren neoliberalen Trends zu Strafe und Kontrolle statt Sozialpolitik als Lösung gesellschaftlicher Probleme verstanden³.



¹ Vgl. zur Kritik am Begriff des Abolitionismus: whoroscope.eu/2021/03/12/intersektional-6-seance

² Ich benutze im Folgenden diesen wissenschaftlichen Begriff 'Carceral Feminism', um die Aneignung der Terminologien der Kämpfe Schwarzer unter dem Stichwort 'Abolitionismus, durch ein politisches Projekt, das das Gegenteil polizei- und gefängnisabolitionistischer Forderungen bedeutet, nicht fortzuführen.

³ Strafrecht mag auf den ersten Blick eher illiberal als neoliberal anmuten. Doch Neoliberalismus ist einerseits Ideologie des freien Marktes, der mit 'unsichtbarer Hand, die beste Verteilung von Gütern ermögliche, andererseits ein politisches Projekt der Ausweitung von Marktlogiken und gesellschaftlichen Umverteilung von 'unten, nach 'oben'. Dieses Projekt wird nicht nur durch eine repressive, straf- und ordnungsrechtliche Verwaltung von Armut abgesichert. Es ist auch ideologisch kompatibel mit den Logiken des bürgerlich (Straf-)Rechts, das eine Gleichheit der Rechtssubjekte und rein individuelle Verantwortung annimmt – frei nach dem Motto „Es ist Armen und Reichen gleichermaßen verboten, auf Parkbänken zu nächtigen.“ –, anstatt z.B. die die Co-Produktion von Kriminalität durch die Effekte von Herrschaftsverhältnissen zu berücksichtigen.

In Deutschland war diesen Kräften vor allem das 2002 in Kraft getretene Prostitutionsgesetz (ProstG) –, das die Sittenwidrigkeit des Gewerbes und eine Kriminalisierung gerade guter Arbeitsbedingungen als "Förderung der Prostitution" abgeschafft hatte – ein Dorn im Auge. Im Jahr 2013 schien die Zeit für eine erneute Änderung des Bundesrechts günstig: Die neue Koalition auf Bundesebene wollte das Sexarbeitsrecht reformieren. Strategisch lancierten Strafrechtsfeminist*innen daher einen "Appell gegen Prostitution". Alice Schwarzer nutzte ein Buch "Prostitution - Ein deutscher Skandal", (Kiwi, 2013), das zahlreiche ältere EMMA-Artikel gegen Prostitution erneut publizierte, für ein Plädoyer für ein "Sexkaufverbot". Das Buch schloss an alte Diskurse über Prostitution als grundsätzlich unvereinbar mit Frauenrechten an, formte aber zugleich neue, konservativere Koalitionen: Statt wie in den 1970er Jahren Parallelen zwischen Sexarbeit und Ehe zu ziehen, die beide Teil sozioökonomischer Austauschbeziehungen im Kapitalismus sind, kamen Ehefrauen, die sich durch eine (mögliche) Sexarbeitsinanspruchnahme ihrer Ehemänner bedroht fühlten, ebenso zu Wort wie NIMBY⁴-Protestierende, die kein Bordell in ihrer Nachbarschaft wollten.

Insgesamt zeichneten diese Vorstöße das Bild eines Gewerbes, in dem nur ein Prozent der Beschäftigten "selbstbestimmt" bzw. "freiwillig" tätig sei (für die Zahlen gab es selbstverständlich keinerlei Belege). Anders als in Gewerkschaftsdiskursen zu nicht-sexueller Arbeit, ging es aber nicht darum, diese guten Arbeitsbedingungen zum Vorbild zu nehmen und "atypische", weil schlechte Beschäftigungsverhältnisse zu bekämpfen. Vielmehr wurden, ganz im Gegenteil, auch im Mediendiskurs die Stimmen der "selbstbestimmt" Tätigen (bzw. relativ selbstbestimmt – denn wer arbeitet schon gänzlich selbstbestimmt im Kapitalismus?) als "nicht typisch" und mithin nicht ernstzunehmend abgetan. Vielmehr sollte es nun um die restlichen sogenannten "99 Prozent" gehen. Dies seien "Armutprostituierete" aus Osteuropa, die aus einer diffusen Gemengelage von persönlichem Zwang durch männliche Zuhälter und Bordellbetreiber und Armut in Heimatländern in die Prostitution gezwungen würden. Die Schuldigen waren in dieser Erzählung schnell gefunden: Neben profitgierigen Betreibern/Zuhältern seien dies die Freier, die eine Nachfrage schafften, als auch das ProstG, das durch "Deregulierung" Deutschland zum *Bordell Europas* gemacht habe.

Unter den Tisch fiel, dass das ProstG Arbeits- und Dienstleitungsverträge im Gewerbe und mithin auch eine – allerdings begrenzt implementierte – Regulierung durch Arbeitsrecht ermöglicht hatte. Gleiches galt für eine klare Benennung und Adressierung der strukturellen Ursachen, der in der Tat zum Teil sehr schlechten Arbeitsbedingungen, auf die die Protagonist*innen der Debatte selektiv mit dem Finger zeigten. Denn es ging im Armutstitutionsdiskurs nicht um Abschaffung von Armut oder Abmilderung von Arbeitsausbeutung, sondern um Abschaffung von Prostitution bzw. genauer: um Kriminalisierung von Prostitution und, wie es besagter Appell formuliert hatte, um symbolische "Ächtung" von Sexarbeit. Denn, dass ein "Sexkaufverbot" Sexarbeit keinesfalls abschaffen, sondern weiter verunsichtbaren würde und auf die Arbeitsbedingungen gerade prekärer Arbeiter*innen wie Migrant*innen drücken würde, war schon damals deutlich. Mittlerweile zeigen umfassende empirische Untersuchungen sehr eindeutig, dass sich das "Nordische Modell", auch wenn es in dieser Einheitlichkeit nicht existiert, gerade in der besonders

⁴ NIMBY = Not in my backyard (dt. „Nicht in meinem Hinterhof“); siehe auch Sankt-Florians-Prinzip.

konsequenter schwedischer Umsetzung, negativ auf die Arbeits- und Lebensbedingungen auswirkt.⁵⁶ Es fördert das Hurenstigma und erhöht Unsicherheit und Gefahren durch Gewalt. Denn Sexarbeit findet hier unter Zeitdruck und im Verborgenen statt. Sexarbeiter*innen haben auf dem Straßenstrich weniger Möglichkeiten, die meist männlichen Kund*innen abzuschätzen und selbige bringen die Dienstleister*innen z.B. bisweilen nicht mehr an ihre Arbeitsorte zurück, um das Entdeckungsrisiko durch die Polizei zu minimieren. Zudem führt die Nachfragekriminalisierung zu vermehrten Kontrollen und ggf. auch Abschiebung von migrantischen Sexarbeiter*innen, und Abhängigkeiten wachsen, in Ländern, die diese implementierten – z.B. weil Sexarbeiter*innen der Wohnungsverlust droht, wenn Vermieter*innen per se zu kriminalisierten Bordellbetreiber*innen werden.

Nicht nur angesichts solcher Bedenken, sondern auch einer starken Tradition des Regulationismus, also der doppelmoralischen Kontrolle von Sexarbeit, die von der bürgerlichen Gesellschaft ferngehalten, wohl aber ihren Männern dienen soll, wurde 2016 schließlich ein auf Kontrolle setzendes Gesetz verabschiedet. Es schrieb insbesondere die Registrierung aller Sexarbeiter*innen, die regelmäßige kostenpflichtige Konzessionierung von Bordellen unter Auflagen und eine Kondompflicht fest. Mit dem Deregulierungsnarrativ verhalten die Strafrechtsfeminist*innen diesem "Prostituiertenschutzgesetz" (ProstSchG) auf den Weg, auch wenn sie zugleich an ihrer Kriminalisierungsforderung festhielten.

Die ambivalenten bis schädlichen Folgen des Gesetzes vollumfänglich auszuführen, dafür ist hier kein Platz. Es sei nur das Nötigste umrissen: Die Gesundheitsämter konnten zwar Beratungsangebote ausweiten, sie beraten jedoch nun – ähnlich wie bei Abtreibungen, aber zu allem Überflus in manchen Bundesländern auch noch kostenpflichtig – zwangsweise. Die Kondompflicht war eine nur symbolisch wirkende und dabei auch stigmatisierende Gesundheitsmaßnahme, die kaum kontrollierbar ist. Registrierung und Konzessionierung bedrohen sowohl die Anonymität der Arbeiter*innen als auch das ökonomische Überleben kleinerer, d.h. häufiger kollektiv oder von ehemaligen Sexarbeiter*innen geführter Betriebe. Auflagen wie *Flatrateverbote* verhindern gerade Geschäftsmodelle, bei denen das unternehmerische Risiko nicht durch Mietmodelle statt Löhne outgesourct wird. Wie es, aufbauend auf der Tradition der Sittenwidrigkeit, die nur Zimmervermietung aber kein Arbeitgeber*innentum zuließ, und analog zu fortbestehenden branchenübergreifenden neoliberalen Trends im Sexgewerbe, häufig ist. Übernachtungsverbote im Arbeitsort, nehmen zwar ihren Ausgangspunkt an erhöhten Abhängigkeiten bei Unterbringung durch Arbeitgeber*innen. Sie lösen diese Abhängigkeiten durch Minimierung des Einkommensgewinn, weil dadurch zusätzliche Übernachtungsmöglichkeiten angemietet werden müssen. Alternativ führen sie zur Vereinzelung in Heimarbeit oder Escortservice, was – wie z.B. aus der Erfahrung in Großbritannien bereits bekannt – mit einer schlechteren sozialarbeiterischen Erreichbarkeit und schwierigeren kollektiven Organisation einhergeht. Zudem erhöht die Einzelarbeit zwar die Flexibilität und senkt Fixkosten für Mieten, erschwert aber auch die Kund*innenakquise. Trotz Debatten über schlechte Arbeitsbedingungen im

⁵ Vgl. für einen ersten Überblick über jüngere Metastudien: sexcrimecity.wordpress.com/2021/06/02/nordisches-modell-verscharft-die-situation-marginalisierter

⁶ Einen umfassenden Literaturüberblick leistete jüngst Inga Thiemann im Vortrag auf der sexarbeitskonferenz.de 2021 – eine Publikation der Ergebnisse dürfte dort und in Fachpublikationen in Kürze folgen.

Sexgewerbe, oder genauer: weil diese Debatten hochmoralisch geführt wurden, wurden die Arbeitsbedingungen also in jüngerer Zeit verschlechtert, statt verbessert.

Was sowohl die Debatten um Armut prostitution als auch das ProstSchG übersehen, sind nicht nur die oben beschriebenen Mechanismen innerhalb des sexarbeitspezifischen Rechts. Vielmehr betonen wissenschaftliche Diskussionen über Sexarbeit die Bedeutung nicht-berufsspezifischen Rechts. Das neoliberalisierte Arbeitsrecht ermöglicht – keinesfalls nur in Deutschland oder nur im Sexgewerbe – das Outsourcen unternehmerischen Risikos: Zum Beispiel arbeiten *table dancers* in Großbritannien oft mit 'Zero-Hour-Verträgen', die es Arbeitgeber*innen erlauben, bei schlechter Auftragslage keine Arbeit zu vergeben und nichts zu bezahlen. In Deutschland sind in verschiedenen Branchen Wege bekannt, wie Sozialabgaben, Krankenversicherung oder regelmäßige Löhne meist ganz legal vermieden werden: z.B. Werkverträge in der Fleischindustrie, in der Landwirtschaft, die trotz Corona dieses Jahr von 70 auf 102 Tage verlängerte Möglichkeit zur sozialversicherungsfreien Beschäftigung von Saisonarbeiter*innen, oder Vereinbarungen über eine kaum leistbare Anzahl an abzuarbeitenden Örtlichkeiten im Reinigungsgewerbe. Hinzu kommt Lohnbetrug. Verbreitet ist dieser z.B. im Baugewerbe, aber auch in anderen arbeitsintensiven, standortgebundenen Branchen, in denen prekarierte Migrant*innen arbeiten und, wo Subcontracting mangels Ausgestaltung der Generalunternehmerhaftung die Verantwortung diffundiert. Nicht nur im Sexgewerbe, dessen Arbeiter*innen zusätzlich von moralisch motivierten Ausschlüssen bestimmter Plattformen und Bezahlssysteme betroffen sind, führt Digitalisierung zudem zu neuen Abhängigkeiten. Arbeiter*innen gelten nach deutschem Recht regelmäßig als selbständig, wenn z.B. digitale Bewertungssysteme und Vorgaben anstelle einer persönlichen Weisung die Arbeit strukturieren. All das ist kein Naturgesetz. Dass Unternehmen das Kerngeschäft durch Werkverträge aufrechterhalten können und nur persönliche Weisungen für die Frage der Selbstständigkeit relevant sind, beruht auf politischen Entscheidungen, die änderbar wären. Hier wäre eine branchenübergreifende Diskussion, die berufsspezifische Aspekte zusätzlich, aber keinesfalls allein oder gar mit Blick auf Sexarbeit moralisch gefärbt berücksichtigt, wünschenswert.

In der wissenschaftlichen Debatte gelten zudem Migrationsregime und die damit verknüpften Zugänge zum Sozialstaat als zentral für Arbeitsbedingungen von Migrant*innen. Mittelbar betrifft dies alle Menschen, die in Branchen mit hohem Migrationsanteil tätig sind. Denn keinesfalls machen 'die Ausländer die Preise kaputt', wie es auch im Sexgewerbe manchmal heißt; wohl aber können sich Arbeitsverhältnisse durch die politische Gestaltung von Migration verändern. In jüngeren Jahren zeigte sich dies in Deutschland insbesondere hinsichtlich der sogenannten "EU-Osterweiterung", die auch im Sexgewerbe zu deutlich veränderten Migrationsmustern führte. Die EU-Staaten ermöglichten bereits 2005 einen Ausschluss von Sozialleistungen während der Arbeitssuche, zwecks derer EU-Bürger*innen für drei Monate bedingungslos einreisen dürfen. Nicht zuletzt auf Betreiben von Städten wurden sozialstaatliche Ansprüche von EU-Migrant*innen in Deutschland seither immer weiter zurückgeschraubt und sind mittlerweile fast nur noch an Arbeit gekoppelt (z.B. Hartz-IV aufstocken) oder bei Daueraufenthalt möglich. Denn Städte versuchen im Rahmen neoliberalisierter Stadtpolitiken tendenziell alles, was Geld in den kommunalen Haushalt

bringt, anziehen (z.B. Unternehmen, Mittelschichten, Tourismus, nationalstaatliche Funktionen und Projekte) und alles abzuwehren, was kostet – nicht zuletzt Sozialausgaben. Im Effekt bekommen Arbeitsmigrant*innen bei Obdachlosigkeit oft bestenfalls ein 'Rückfahrticket' in die Heimat oder nachts einen kalten U-Bahnoffußboden gestellt. Durch materielle Praktiken, die an die Debatte über vermeintliche Armutsmigration anschließen, stellen Städte prekäre, mithin gesundheitsgefährdende Lebensverhältnisse von Migrant*innen erst her. Denn solche Formen der extremen Prekarisierung von Menschen sind dafür bekannt, dass sie – in allen Branchen – kaum 'Nein' zu schlechten Arbeitsbedingungen oder Kund*innenwünschen sagen können. Im Sexgewerbe erhöht dies z.B. den Druck, zuzustimmen, wenn Kund*innen nur kondomlosen Sex nachfragen bzw. dafür schlicht etwas mehr bezahlen. Wer Gesundheits- und allgemeiner Arbeits- und Lebensbedingungen im Sexgewerbe verbessern möchte, muss daher nicht zuletzt an der Prekarität der in der Branche Tätigen ansetzen.

Neoliberale Stadtpolitik: "gute" vs „schlechte Prostitution

Aktuell ist jedoch – auch hier nicht zuletzt auf stadtpolitischer Ebene – oft das Gegenteil der Fall. Unter dem Paradigma neoliberalisierter Stadtpolitik wird Sexarbeit in "gute" und "schlechte" Sexarbeit unterteilt, wobei erstere stärkerer Repression und Verunsichtbarung ausgesetzt ist – mit entsprechenden Folgen für Arbeitsbedingungen und Gesundheit – und letztere in Stadtmarketing einbezogen wird, ohne sich um verbesserte Arbeitsbedingungen zu bemühen. Dies verschärft existierende Hierarchien im Sexgewerbe, da insbesondere die bereits stark marginalisierte Sexarbeit auf Straßenstrichen, von Migrant*innen, von Drogenkonsument*innen als inkompatibel mit einer Innenstadtaufwertung gilt.

In den in immer größeren Arealen gentrifizierten Innenstädten werden Bundesgesetze besonders repressiv umgesetzt, und nicht selten lokale Verordnungen geschaffen, um Sexarbeit räumlich zu begrenzen und zu verstecken. Die weltweit rezipierte "Zero-Tolerance"-Politik in New York City steht paradigmatisch für diesen Prozess. Auch Drogenkonsum wird unter dem Druck von NIMBY-Protesten weniger als soziales und Gesundheitsproblem angesehen, sondern verstärkt als Ordnungsproblem angesehen, das an den Rand gedrängt oder mit dem Ziel der möglichst großen Unauffälligkeit verwaltet wird, damit sich Gentrifizierende nicht beschweren. Typische Strategien sind wiederkehrende Razzien, um städtische und polizeiliche Aktivität zu demonstrieren. Ein Beispiel für Verdrängungspolitiken ist Hamburg St. Georg. Hier geriet mit einer städtisch geförderten Gentrifizierung, Zuzug von Mittelschichten und Ansiedlung neuer Unternehmen ein von Migrant*innen, trans Personen und Drogenkonsumierenden geprägter Straßenstrich unter Druck. Auf Drängen dieser neuen Bewohner*innen und Nutzer*innen des Quartiers wurde das Viertel umgestaltet und die Sperrgebietsvorschriften verstärkt umgesetzt. Dies führte zur Verdrängung von Sexarbeit und anderen marginalisierten Verhaltensweisen wie öffentlichem Biertrinken jenseits der Außengastronomie. Die Drogenszene wurde – jenseits der notwendigerweise im öffentlichen Raum noch sichtbaren Sexarbeiter*innen – praktisch vollständig auf den Vorplatz einer großen Drogenhilfeeinrichtung am Rande des Viertels nahe den Bahngleisen verdrängt. Hinzu kam 2012 ein Verbot, Sexarbeit nachzufragen. Die damit

verbundene Kriminalisierung betraf besonders marginalisierte Sexarbeiter*innen. Sexarbeit konnte unter diesem Verfolgungsdruck nur unter Zeitdruck und in dunklen Nischen stattfinden, was wiederum Gewalt förderte und es Sexarbeiter*innen z.B. erschwerte, Kondomnutzung durchzusetzen.

Während in St. Georg gerade die Drogenszene nahezu vollständig aus dem Viertel verdrängt wurde, sind in anderen Städten – vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Gentrifizierung, die immer weitere Teile der Stadt erfasst und mithin eine großräumige Verdrängung in typischerweise ärmere Viertel mit weniger artikulationsstarken Bewohner*innen erschwert – Tendenz zur kleinräumigen Verdrängung und Unsichtbarmachung innerhalb des Viertels beobachtbar. Dies geschieht beispielsweise durch Verlagerung von Drogenkonsum in Innenräume. In Frankfurt z.B. wirkten – nicht zuletzt seit 2004 im Rahmen des Frankfurter Programms OSSIP – Polizei und Soziale Arbeit verstärkt auf Verhaltensänderung: Drogenkonsumierende sollen nur in Konsumräumen gebrauchen, im öffentlichen Raum keine Gruppen bilden und keinen Lärm oder Schmutz verursachen. Dabei vermittelte selbst die Polizei mir in Interviews, dass die Drogenszene keinesfalls vollständig aus dem Gebiet verdrängt werden solle bzw. könne – u.a., weil sich im Bahnhofsviertel Soziale Einrichtungen für die Konsument*innen befänden. Dennoch bedeutet der verschärfte Kontrolldruck für die teils wohnungslosen Konsument*innen, ständig auf Trab gehalten zu werden und immer weniger Raum für Ruhe und Geselligkeit zu finden. Die zunächst etwas 'sozialer' anmutende, weil nicht großräumig verdrängende Strategie, verschlechtert also auch die Lebensbedingungen der marginalisierten Gruppen im öffentlichen Raum.

Insgesamt werden also Straßensexarbeit und Drogenkonsum in Gentrifizierungsgebieten oft verstärkt poliziert. Dies führt insbesondere in Sperrgebieten, für Drogenkonsumierende und Menschen ohne gesicherten Aufenthalt oder Arbeitsgenehmigung zu sicherheitsgefährdender Arbeit unter Zeitdruck, Ordnungsstrafen oder gar Abschiebung und Gefängnisaufenthalt.

Auf der anderen Seite werden im Zuge städtischer Neoliberalisierung Teile der Sexarbeit ins Stadtmarketing werbend einbezogen. Klassische Beispiele sind Hamburg St. Pauli, der Straßenstrich auf der Berliner Oranienburger Straße und die Frankfurter Bordelle im Bahnhofsviertel. Allerdings betrifft dies nur vergleichsweise kleine Teile des Sexgewerbes. Zudem kommt es häufig an deren Rändern zu Verdrängung (z.B. in St. Pauli die lateinamerikanische und türkische Sexarbeit am Rande des Viertels). Auch kommen dabei, ebenso wie bei anderen Branchen wie beispielsweise der stadtpolitisch viel umworbenen Kreativbranche, Arbeitsbedingungen nicht auf die Agenda.

Sexarbeit in Zeiten von COVID

Aktuell hat die COVID-19-Pandemie⁷ einerseits etliche Trends verschärft, nicht zuletzt die Verunsichtbarung durch Gewerbeausübungsverbote. Diese haben auch nach ihrer Teilaufhebung einen noch nicht näher erforschten Wandel in Richtung mehr Heimarbeit und Escortservice und verstärkter Digitalisierung ausgelöst. Andererseits wurden verstärkt

⁷ Ausführlicher hierzu: Künkel, Jenny (im Erscheinen): Sexualpolitik als Experimentierfeld neuer Politikmodi – Zur Generalisierung von Viktimisierungsnarrativen im pandemischen Sexarbeitsdiskurs, in: Sexuologie.

Marginalitätsthemen thematisiert. Denn COVID-19 machte Marginalität gerade im Bereich der Obdachlosigkeit sichtbar. Hier zeigte es sich, dass es keine Option ist, zuhause zu bleiben, wenn Menschen kein Zuhause haben. Neben der privat geleisteten Unterstützung für Obdachlose (Stichwort "Gabenzaun") zeigten sich auch städtische Verwaltungen in der Zeit des ersten Lockdowns in 2020 zunächst relativ offen für innovative Lösungen für Probleme, die insbesondere die Soziale Arbeit aufzeigte. Dementsprechend wurde Marginalität in der Folge – wenn auch nur in begrenztem Maße – teils sozial-, statt bisher vorrangig ordnungspolitisch adressiert: Es gab etwa Hotelunterbringung von Obdachlosen, Drogensubstitution ohne Krankenschein, Sozialleistungen für EU-Migrant*innen während der Grenzschießungen. Allerdings war die Debatte stark von karitativen und kurzfristigen Logiken der Hilfe in der unmittelbaren Not geprägt. Daher kamen dauerhafte strukturelle Probleme, die schlechten Arbeitsbedingungen zugrunde liegen, kaum auf die Agenda, und es sind bis dato kaum nachhaltige sozialpolitische Veränderungen zu beobachten. Im Gegenteil: wie zu erwarten, folgte auf die Krise der Austeritätspolitik (nach dem Motto: „Wir müssen den Gürtel enger schnallen.“), und Kommunen begannen nun mit Verweis auf COVID-19 im sozialen Bereich verstärkt zu sparen. Zudem nutzten Strafrechtsfeminist*innen die Bordellschließungen und den Gesundheitsgefahren-Diskurs, um Forderungen nach einer Kriminalisierung der Nachfrage zu verstärken.

Es sind daher aktuell v.a. Sexarbeiter*innen, die Arbeitsbedingungen von nicht zuletzt prekarierten Sexarbeiter*innen, auf das Tapet bringen. Bereits zu Beginn der Pandemie taten dies etablierte Sexarbeitsorganisationen wie der Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD) durch Aufrufe zur Unterstützung marginalisierter Kolleg*innen. Sie wurden allerdings schnell durch massive Anwürfe, z.B. in der Zeitschrift EMMA, ausgebremst. Die Strafrechtsfeminist*innen monopolisierten das Marginalitätsthema, indem sie ankreideten, die Aktivist*innen hätten das Mantra des "Happy Hookers" doch immer hochgehalten und Marginalisierung in der Vergangenheit nicht genug thematisiert – dabei erfolgten die Anwürfe, ohne zu reflektieren, wie der eigene strafrechtsfeministische Diskurs (der jede Erwähnung schlechter Arbeitsbedingungen als Argument gegen Sexarbeit benutzt) dazu beigetragen hat. Inzwischen melden sich verstärkt linke Stimmen aus dem Sexgewerbe zu Wort. Sie thematisierten in der Pandemie verstärkt Interessenskonflikte von Sexarbeiter*innen und Betreiber*innen und die Herrschaftsverhältnisse und Diskriminierungen, die die Arbeitsbedingungen von trans Personen, Queers, Migrant*innen, PoC, Einkommensarmen und anderen Marginalisierten im Sexgewerbe formen.⁸ Nach einem Bruch der AG-Antidiskriminierung des BesD mit dem Dachverband sind Debatten um Marginalisierung stark auf interne Diskriminierungen fokussiert. Doch Sexarbeiter*innen haben sich auch mit der kleinen radikalen Gewerkschaft Freie Arbeiter*innen Union (FAU) zusammengeschlossen und Statements angekündigt, die hoffentlich den wichtigen Forderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen aus der Perspektive heterogener Sexarbeiter*innen Gehör verschaffen.⁹

⁸ Vgl. www.whoroscope.eu

⁹ Siehe auf twitter: @sxworkerunion und @SWAG_Berlin

Ausblick

Um solche jüngeren Bewegungen im Sexarbeitsaktivismus zu unterstützen, können auch Akteur*innen der Sozialen Arbeit darauf hinwirken, das Thema Marginalität im Zusammenhang mit Sexarbeit aus den Vereinnahmungsversuchen durch Strafrechtsfeministinnen zu befreien und die dahintersteckenden strukturellen Ursachen wieder mehr in den Vordergrund zu rücken. Dafür bieten sich aktuell verschiedene Anschlüsse und Bündnisse an: Erstens bieten die sozialpolitischen Experimente der frühen COVID-19-Politik Anknüpfungspunkte. Durch die Hotelunterbringung von Obdachlosen wurde ein Ansatz erfolgreich ausprobiert und öffentlich diskutiert, der als *Housing First*¹⁰ bekannt ist. Zwar wird das Stichwort teils breit verwendet, doch im engeren Sinne wird darunter die bedingungslose und dauerhafte Unterbringung von Obdach- bzw. Wohnungslosen – anstelle ihrer kostenträchtigen ‚Verwaltung‘ durch Soziale Arbeit und Ordnungskräfte im öffentlichen Raum und des "Schleusens" durch verschiedene temporäre, an Bedingungen gekoppelte Wohnformen, in denen Menschen in Gruppenunterbringungen z.B. durch Teilnahme an Therapien oder Abstinenz, erst ihre "Wohnfähigkeit" beweisen müssen. *Housing First* ist international gut untersucht und es zeigt sich selbst bei belasteten Gruppen wie psychisch schwer Erkrankten oder Drogenkonsument*innen nicht nur als kostengünstiger, sondern auch als effektiver als bestehende Systeme. Einen weiteren Anknüpfungspunkt bietet hier die aktuelle Debatte um #BlackLivesMatter und #DefundThePolice. Denn diese fordert in ähnlicher Weise eine Umverteilung von Geldern von der Ordnungs- zur Sozialpolitik. Wichtig wäre zudem eine verstärkte Einbeziehung einer allgemeinen Migrations- und Arbeitsforschung in die Sexarbeitsdebatte. Dies würde eine intersektionalere Diskussion erlauben. Anstatt Sexarbeit nur aus der Geschlechterperspektive auf ein Herrschaftsverhältnis zu reduzieren, gilt es auch nationalstaatlich und rassistisch motivierte Ausschlüsse, Cis- und Heterosexismus und vieles mehr zu betrachten.

– Publikumsgespräch –

Zum Einstieg in das Gespräch erfolgen zwei Fragen seitens der Moderation. Um das Vortragsthema nach Bielefeld zu holen, richtet Langanke die Frage an Angelika Vogel als Vorsitzender der Aidshilfe Bielefeld, wie neoliberal eigentlich Bielefeld als Stadt von Dr. Oetker und Seidensticker sei.

Diese Frage sei laut Vogel schwierig zu beantworten. Solche Phänomene, wie von Jenny Künkel dargestellt, gebe es natürlich auch in Bielefeld. Eine strukturierte Debatte hierüber habe es in der Stadt jedoch aus ihrer Sicht noch nicht gegeben.

Langanke wendet sich nun an Jenny Künkel als Mitglied der Gesellschaft für Sexarbeits- und Prostitutionsforschung mit der Frage, ob sie aus dieser Position heraus Kenntnisse für Nordrhein-Westfalen, Westfalen oder Bielefeld habe.

¹⁰ Mehr zu Housing First in NRW: www.housingfirstfonds.de



Künkel hat zu diesem Gebiet nicht geforscht. Sie könne die im Grußwort von Nicole Schulze genannten "Verrichtungsboxen" heranziehen, welche für sie eine ambivalente Verdrängungsmaßnahme an den Stadtrand darstellen. Das Konzept "Verrichtungsboxen" sei in Frankfurt/Main anhand des Beispiels Dortmund diskutiert worden. Dabei sei jedoch die Sorge aufgekommen, eine Bereitstellung solcher Orte könne noch mehr vermeintlich "schlimme" Armutsmigration wie in Dortmund nach sich ziehen. Auch sozialarbeiterische Kritik sei an Dortmund geäußert worden: Es sollten nicht nur Tee ausgeschenkt und Kondome verteilt werden, da dies Elend verfestige. Künkel glaubt, diese Kritik sei auch vor dem Hintergrund einer ablehnenden Haltung gegenüber Prostitution geäußert worden. Marginalisierungsstrukturen müssten ihrer Meinung nach natürlich auch für NRW diskutiert werden.

Aus dem Publikum wird gefragt, ob das ProstSchG als ein Faktor für Verdrängung im Stadtgebiet angesehen werden könne. Baurecht werde darin ja nicht explizit genannt, sondern nur ein Hinweis auf die Pflicht zur Beachtung von örtlichen baurechtlichen und gewerblichen Vorschriften. Ordnungsämter und andere an der Umsetzung des ProstSchG beteiligte Ämter bestünden dabei auf die Vorlage einer baurechtlichen Genehmigung für Verrichtungsbetriebe, die oft nicht vorhanden sei und nicht erteilt werde. Dies führe dann zur Schließung von Bordellen, in denen Sexarbeitende gerne gearbeitet und für Sozialarbeit, Polizei und Gesundheitsämter gut hätten erreicht werden können.

Die Referentin bestätigt die vorgetragene Einschätzung. Das ProstSchG hätte Anreiz gegeben, Baurecht anzuwenden und dadurch Prostitution zu verdrängen. Das Baurecht und vor allem dessen spezifische Auslegung, diene als Argument, um Prostitution zu verdrängen und zu verhindern. Bordelle würden häufig auf Grundlage der Einschätzung, dass Bordelle keine

Gewerbebetriebe seien, in Mischgebieten nicht mehr zugelassen. Baurecht könne also schon auch wohlwollender ausgelegt werden.

Gudrun Grebe von ragazza e.V. Hamburg berichtet, in der Hansestadt werde die Reduzierung des Winternotprogramms damit begründet, dadurch die Verlegung von Menschen aus anderen Städten nach Hamburg zu verhindern. Grebe fragt nun zum Ausblick, den Jenny Künkel am Ende ihres Vortrags gebracht hat: Wie soll es funktionieren, Marginalität im Diskurs wieder zurückzugewinnen? Ihrer Einrichtung würden 2022 die Gelder gestrichen – Einrichtungen wie ragazza e.V., die sich um Marginalität kümmern und deren Ursachen beschreiben, würden also für ihre Arbeit abgestraft.

Jenny Künkel kann hier auch nicht die eine und einzig richtige Lösung bieten. Sie glaubt, dass es wichtig sei, als Anwohner*innen zu sprechen und zu vermitteln, dass die angestrebte Verdrängung „nicht in unserem Namen“ geschehe. Sie kann sich vorstellen, dass es sinnvoll sein könne, die Fühler in die Migrations- und Arbeitsforschung oder zu Gewerkschaften auszustrecken und Anschlüsse an die Kriminologie zu suchen. Künkel äußert den Wunsch, dass vielleicht der Verlauf der Tagung hier noch mehr Ideen zutage fördert.

Ruby Rebelde aus dem Vorstand von Hydra e.V. Berlin kommentiert den Vortrag von Jenny Künkel: Der Themenkomplex Neoliberalismus und Marginalität müsse zukünftig viel mehr in den Blick genommen und nicht vergessen werden. Die Anforderung an Veranstaltungen wie heute sei immer, den Diskurs nicht zu überfrachten und stets sachlich zu bleiben. Wenn dann das Wort an die lokalen Akteur*innen vor Ort gerichtet werde, setze immer eine Rechtfertigung ein, mit Äußerungen wie „bei uns ist alles ganz anders“. Eben habe NRW-Gesundheitsminister Laumann geäußert, Projekte für Menschen in Sexarbeit würden Geld bekommen, wenn man ihn danach frage – die Realität sehe aber doch ganz anders aus. Frauenprojekte würden derzeit eher gekürzt anstatt weiter ausgestattet.

Der von Rebelde beobachtete Rechtfertigungsdruck müsse von lokalen Akteur*innen ausgehalten werden. Sie müssten dazu stehen, dass die finanzielle Ausstattung einfach fehle.



VORTRAG II: Lebensrealitäten von Menschen in der Sexarbeit: Heterogenitäten, Komplexitäten und Intersektionalitäten in der deutschen Sexindustrie

Ursula Probst, Freie Universität Berlin



Zusammenfassung des Vortrags

Sexarbeit ist ein heterogenes Feld, das jedoch aufgrund seiner moralischen Aufladung in medialen und politischen Debatten äußerst emotional und polarisierend diskutiert wird. Stellen diese Debatten zwar vermeintlich die Lebensrealitäten von sexarbeitenden Personen und eine Verbesserung selbiger in den Mittelpunkt, werden diese aufgrund der Stigmatisierung und der damit zusammenhängenden dichotomen Darstellung der Tätigkeit nur selektiv und entlang von Stereotypen wiedergegeben.

Eine Konsequenz der einschränkenden Darstellung ist, dass sexarbeitende Personen ausschließlich als "Sexarbeiter*innen" bzw. "Prostituierte" wahrgenommen und angesprochen werden, während andere Facetten ihres Lebens sowie weitere Positionen und Rollen, die sie in soziokulturellen Zusammenhängen einnehmen – bspw. als Eltern, Studierende, Rassismusbetroffene –, in den Hintergrund geraten. Es sind jedoch gerade diese Komplexitäten und Verflechtungen verschiedener gesellschaftlicher Positionierungen, Strukturen und Hierarchien, die Erfahrungen, Möglichkeiten und Problemstellungen in der Sexarbeit maßgeblich beeinflussen.

Sozialwissenschaftliche Forschung versucht entgegen diesen pauschalisierenden Debatten, die Heterogenitäten in der Sexarbeit sichtbar zu machen und sie hinsichtlich ihrer breiteren

soziokulturellen Einbettung zu analysieren. So begegnete auch ich im Rahmen meiner bisherigen Projekte zu Sexarbeit in Berlin vielen verschiedenen Menschen, die abgesehen von dem Umstand, dass sie alle in einem oder mehreren Sektoren der Sexindustrie tätig waren, wenig verband. Ich traf Mütter mit Hochschulabschlüssen, die sich in studienrelevanten Arbeitsfeldern in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen wiederfanden, wohingegen ihnen die Sexarbeit mehr Möglichkeiten und Flexibilität in der Kinderbetreuung bot. Ebenso begegneten mir Migrant*innen aus osteuropäischen EU-Ländern, die in ihren jeweiligen Herkunftsländern wenig Chancen auf gut bezahlte Jobs sahen und dementsprechend nach Deutschland gekommen waren, wo sie aufgrund von Diskriminierung am Arbeitsmarkt aber ebenso wenige Möglichkeiten hatten – und somit die Sexarbeit als ambivalente, aber ertragreichere Option vorzogen. Darüber hinaus lernte ich ein paar Studierende kennen, die sich mit Sexarbeit das Studium finanzierten. Und schließlich machte ich auch Bekanntschaft mit cis Frauen, denen auf der Suche nach einem besseren Leben verschiedene Hürden in den Weg gelegt wurden wie z. B. durch Migrationsregime, die sie von der "Unterstützung" anderer abhängig machten, die sie in Zwangslagen und Ausbeutungssituationen brachte.

Es ist auf den ersten Blick nicht einfach, ein Fazit aus den vielen Erzählungen und Lebenslagen meiner Forschungsteilnehmer*innen zu ziehen, unterscheiden sich diese doch an vielen Punkten: Sie hatten unterschiedliche Staatsbürgerschaften, unterschiedliche sozioökonomische Hintergründe, unterschiedliche Bildungszugänge und -abschlüsse, waren Student*innen, Eltern, Singles, hatten verschiedene geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen, und schließlich waren es Personen mit äußerst diversen Erfahrungen mit und in der Sexarbeit. Ein pauschales Urteil über die Lebensrealitäten von Menschen in der Sexarbeit lässt sich somit nicht fällen.

Es gibt dennoch zwei verbindende Elemente, die ich hervorheben möchte:

Erstens liegt eine Gemeinsamkeit genau in dieser Vielfältigkeit; also in dem Umstand, dass sexarbeitende Menschen nicht nur "Sexarbeiter*innen" oder ‚Prostituierte‘ sind, sondern zugleich viele weitere gesellschaftliche Rollen und Positionierungen einnehmen.

Was theoretisch offensichtlich sein sollte, wird jedoch aufgrund der eingangs erwähnten Stigmatisierung und Abwertung von sexarbeitenden Menschen in öffentlichen Debatten oft unsichtbar gemacht. So werden die Betroffenen darin häufig auf ihre Involviertheit in Sexarbeit reduziert, was nicht nur diskriminierend gegenüber diesen Personen ist, sondern auch eine fundierte Analyse von Zuständen und Problemlagen innerhalb der Sexarbeit erschwert.

Denn zweitens ergibt sich aus diesen Vielfältigkeiten die Notwendigkeit von breiten und intersektionalen Perspektiven auf Sexarbeit und die Lebensrealitäten derer, die ihr nachgehen. Denn die unterschiedlichen Problemlagen, in denen sich Teilnehmer*innen meiner Forschungsprojekte wiederfanden, ergaben sich nicht bloß durch oder aus der Sexarbeit, sondern in Zusammenhang und Wechselwirkung mit verschiedenen gesellschaftlichen Hierarchien und Ausgrenzungsformen – z. B. entlang von Migrationsstatus, Geschlecht oder sozioökonomischer Herkunft.

Auch diese Faktoren finden in den emotional aufgeladenen Debatten um Sexarbeit wenig Platz, da die Moralisierung von Sexarbeit selbige als plausible Wurzel allen Übels erscheinen lässt. Dadurch wird jedoch der Umstand verschleiert, dass manche in der Sexarbeit sichtbar werdende Probleme in breiteren gesellschaftlichen Ungleichverhältnissen begründet liegen und, dass gesellschaftliche Zusammenhänge „außerhalb“ der Sexarbeit ebenso nicht gerecht und gleichberechtigt sind, sondern in vielerlei Hinsicht auf Ausgrenzung und Ausbeutung aufbauen.

So drückte sich in den Erzählungen der Teilnehmer*innen immer wieder die ökonomische Marginalisierung von Frauen und LGBTQI-Personen aus, als auch die Wechselwirkungen zwischen vergeschlechtlichen Ungleichverhältnissen und der Prekarisierung bestimmter "feminisierter" Arbeitsfelder wie z. B. Reinigungs- oder Pflegearbeit; was sich gerade in der Covid-19 Pandemie deutlich zeigte. Insbesondere betroffen davon sind Migrant*innen, deren Vulnerabilitäten durch mangelnden Zugang zum Sozialsystem wie zu Arbeitsrechten verstärkt werden. Ebenso zeigte sich in den Erzählungen der Teilnehmer*innen, dass die kontemporäre deutsche Gesellschaft kaum als kinder- oder familienfreundlich angesehen werden kann und wenig Raum für verschiedene Familienkonstellationen und Betreuungspflichten lässt – sofern man sich nicht Kinder-, Alten-, oder Krankenbetreuung leisten kann. Damit diese für gewisse Teile der Bevölkerung leistbar wird und bleibt, werden jedoch gleichzeitig Löhne gedrückt und Arbeitsrechte missachtet. Gerade an diesem Punkt zeigt sich also, wie die Freiheiten mancher in vielen Bereichen auf der Ausbeutung anderer, insbesondere von Migrant*innen, aufbauen.

Zudem sind neoliberale Wohnungsmarktpolitiken zu bedenken, deren problematische Effekte gerade in Berlin deutlich werden, wo leistbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen immer weiter zur Seltenheit wird und der Zugang zu bezahlbaren Wohnungen aufgrund von rassistischen und ähnlichen Ausschlüssen für marginalisierte Personen verschlossen bleibt. Dies verstärkt Vulnerabilitäten besonders für diejenigen sexarbeitenden Personen, die unter äußerst prekären Umständen arbeiten und aufgrund des Wohnungsmangels von Drittpersonen oder Kund*innen abhängig werden. Darüber hinaus ist in diesem Kontext der gesellschaftliche Umgang mit sexueller Gewalt zu bedenken, die zwar immer wieder medial thematisiert wird, um rassistische Vorurteile zu schüren, während Betroffenen weiterhin keine ausreichenden Unterstützungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden. Im Sinne des Themas der Fachtagung ist zudem die Bereitstellung einer umfassenden Gesundheitsversorgung zu erwähnen. Dazu gehört nicht nur der Zugang zu Krankenversicherungen, sondern auch – sofern gewünscht – eine angemessene und akzeptierende Unterstützung und Beratung in Gesundheitsbelangen und schließlich – sofern notwendig – ein ausreichender und niederschwelliger, d. h. zum Beispiel mehrsprachiger, Zugang zu ebenso akzeptierenden Therapiemöglichkeiten und Unterstützung in Gewaltsituationen.

Für diese komplexen und verwobenen Probleme gibt es keine einfachen Lösungen oder das *eine* Gesetz, das alles in Wohlgefallen auflösen würde. Vielmehr bedarf eine Verbesserung der Lebensrealitäten von sexarbeitenden Personen einen gesamtgesellschaftlichen und viele Bereiche umfassenden Wandel, der nicht bei stereotypen Darstellungen von Sexarbeit ansetzt, sondern sich an den konkreten Problemen und Bedürfnissen sexarbeitender Menschen

orientiert. Für manche bedeutet das, Sexarbeit mit entsprechender rechtlicher Absicherung legal ausüben zu können, für andere wiederum die Gewährleistung von angemessenen Alternativen, die betroffene Personen nicht bloß von einer Form der Ausbeutung in die nächste überführen. Eine grundlegende Voraussetzung dafür stellt letztlich das Überkommen der Stigmatisierung von sexarbeitenden Personen als stereotype ‚Andere‘ dar und zwar zugunsten eines Verständnisses von sexarbeitenden Menschen als vielschichtige Individuen, die einen Teil der Gesellschaft darstellen.

Weiterführende Literatur und Medien (Auswahl):

- Altay, Tunay, Yurdakul, Gökçe, und Korteweg, Anna C. 2020: 'Crossing borders: the intersectional marginalisation of Bulgarian Muslim trans*immigrant sex workers in Berlin', *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 47 (9), 1922-1939.
- Amesberger, Helga 2019: Was hat Bildungsarmut mit Sexarbeit zu tun? In: Quenzel, Gudrun und Hurrelmann, Klaus (Hg.): *Handbuch Bildungsarmut*. Springer, 645-666.
- Amesberger, Helga 2017: Sexarbeit: Arbeit–Ausbeutung–Gewalt gegen Frauen? Scheinbare Gewissheiten, *Ethik und Gesellschaft* (1).
- Bernhardt, Nadine 2019: Sozialversicherungsschutz für Personen in der Prostitution. *Die Rentenversicherung* 4, 94-102.
- European Sex Workers' Rights Alliance 2018: *Crossings: The Stories of Migrant Sex Workers*. https://www.youtube.com/watch?v=gthi8ks_it0
- Künkel, Jenny und Schrader, Kathrin 2020: Prekarität und Vulnerabilität in der Sexarbeit– Kritische Anmerkungen zum Diskurs Der „Armutsprostitution“ aus intersektionaler Perspektive. In: Dackweiler, Regina-Maria, Rau, Alexandra und Schäfer, Reinhild (Hrsg.): *Frauen und Armut – Feministische Perspektiven*. Barbara Budrich, 219-237.
- Mai, Nicola 2018: *Mobile Orientations. An Intimate Autoethnography of Migration, Sex work, and Humanitarian Borders*, University of Chicago Press.
- Probst, Ursula 2015: *Von käuflichem Sex, Opfern und Moral: Perspektiven von Sexarbeiterinnen auf Rechte, Sexualität und Professionalisierung im Arbeitsalltag in Berlin*, Weißensee Verlag.
- Probst, Ursula 2020: "Vielschichtige Lebenswelten, komplexe Vulnerabilitäten - zur Lebens- und Arbeitssituation der Frauen am Straßenstrich im Berliner Kurfürstentempel", *Zeitschrift für Sexualforschung*, 33 (4), 193-203.

– Publikumsgespräch –

Harriet Langanke berichtet, sie habe nach dem Vortrag viele Bilder im Kopf, die an die erwähnte Heterogenität der Sexarbeit anknüpften. Vielfältige Fragen und Lebenslagen erforderten vielfältige Antworten – dazu seien die Expert*innen bei der Fachtagung versammelt, die den ganzen Tag in ihrem Job nach Antworten suchen.

Die Moderatorin stellt die Frage nach der Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter*innen. Der Zugang zur Krankenversicherung und zum Gesundheitssystem sei dabei ein zentraler Aspekt.



Das ProstSchG sollte hier – gutwillig betrachtet – ja Zugänge eröffnen. So wird die Referent*in gefragt, ob dies bei den Osteuropäer*innen (aus Staaten innerhalb und außerhalb der EU) und den 45 Personen, die Probst insgesamt befragt hat, funktioniert habe.

Gerade das ProstSchG zeige, so die Referent*in, wie wichtig der Blick auf die Lebensrealitäten der davon Betroffenen sei. Zwar habe das Gesetz die Möglichkeit eines sozialversicherungspflichtigen Anstellungsverhältnisses ermöglicht. Sexarbeit finde zumeist jedoch freiberuflich statt; die soziale Absicherung müsse selbst besorgt werden. Dieser Umstand betreffe z.B. auch Erntearbeitende aus Osteuropa. Es bestehe zwar die Möglichkeit, sich freiwillig gesetzlich bei einer Krankenkasse zu versichern; dies sei jedoch sehr teuer. Zwar wurde der Mindestbeitrag mittlerweile von 400 € auf 200 € reduziert; dies sei aber immer noch sehr viel Geld. Die von Probst befragten Menschen seien oftmals in irgendeiner Form krankenversichert gewesen, z.T. jedoch nur mit Gültigkeit in den Herkunftsländern und nicht EU-weit. Die Lage sei hier ein riesiges Chaos.

In Deutschland herrsche Versicherungspflicht. Wer nie nach deutschen Bestimmungen gesetzlich krankenversichert gewesen sei, müsse daher bei einer Anmeldung im Rahmen des ProstSchG möglicherweise für Jahre nachzahlen. Auch der Zugang zu Hartz IV setze einen Mindestaufenthalt in Deutschland voraus. Dies könne bei Anträgen auf Hartz IV ebenfalls zu einer Nachzahlungspflicht führen – ein Teufelskreis.

Die Moderatorin stellt eine weitere Frage: Bislang sei viel zu sozioökonomischen Problemen in der Sexarbeit gehört worden. Eigentlich sollte die Prostitution doch dazu beitragen, solche Probleme zu lösen; zumindest dann, wenn Menschen in Sexarbeit erwerbstätig sind. Warum ist Sexarbeit im Einzelfall dann doch kein Ausweg aus den sozioökonomischen Problemen?

Probst macht hierfür die vielen Kosten verantwortlich, die Sexarbeitende haben – das Geld werde für die Krankenkasse, Miete und Kinder ausgegeben und könne nicht angespart werden; insbesondere nicht bei Einnahmen auf Tagesbasis. Sexarbeitende seien darüber hinaus familiär oftmals über Generationen armutsbetroffen und hätten keine Rücklagen, die sie einsetzen könnten. Auch die oftmals fehlende Kreditwürdigkeit von Sexarbeitenden spiele eine Rolle. Sexarbeit sei also nicht für alle sehr lukrativ und das eingenommene Geld dann auch sehr schnell weg.

Eine Mitarbeiterin von Madonna e.V. Bochum hat Klientinnen, die überwiegend aus Rumänien und Bulgarien stammen. Sie bekomme zwar nicht immer mit, wie die Sexarbeit individuell angefangen habe, ein häufiges Narrativ sei aber das Versprechen von Arbeit und anderen Dingen in Deutschland. Die Frauen reisten dann gutgläubig an und fänden sich in der Sexarbeit wieder. An Ursula Probst geht die Frage, ob sie Zahlen dazu habe, wie viele Menschen vor Anreise gewusst hätten, dass sie in die Sexarbeit wollten bzw. nicht gewusst hätten, dass sie in diesem Bereich landen würden.

Probst weist darauf hin, dass ihre Studie nicht repräsentativ sei. Wie auch immer zur Sexarbeit gezwungene Personen seien oftmals nicht greifbar. Die Mehrzahl der von Probst Befragten habe gewusst, dass sie für die Sexarbeit nach Deutschland kommen und habe auch bewusst die Reise angetreten (Stichwort: transnationale Arbeitsmigration). Zu bedenken seien auch die sehr prekären Verhältnisse am Straßenstrich und bestehende Abhängigkeitsverhältnisse. Vielen Befragten sei es beispielsweise bekannt gewesen, dass sie zur Sexarbeit kämen; die Umstände seien ihnen aber nicht klar gewesen, unter denen die Arbeit stattfinden sollte.

Jenny Künkel meldet sich zum Thema "Wohnen" zu Wort und fragt die Referentin, ob diese Lösungen aus ihrer Arbeit hierzu ableiten könne. Es habe in Frankfurt/Main beispielsweise die Idee gegeben, ein Hostel für temporäre Arbeitsmigrant*innen aus Bulgarien und Rumänien zu schaffen, was nie umgesetzt worden sei.

Ursula Probst kennt nur die Berliner Verhältnisse; die Wohnungsproblematik sei hier allen bewusst. Es habe hier nie Ideen zur Abhilfe gegeben. Wohnungsvergaben in Berlin seien *neoliberalism on a rampage* – nicht nur Marginalisierte, sondern auch heterosexuelle Kleinfamilien mit zwei Einkommen stünden hier Problemen in Sachen Wohnen und Wohnungssuche in Berlin gegenüber. Die Frage sei doch auch: wenn man Hostel o.ä. einrichten würde, wie die potentiellen Bewohner*innen dafür erreicht werden könnten. Insbesondere gelte dies für Menschen, die viele schlechte Erfahrungen mit deutscher Bürokratie und Vermieter*innen gemacht hätten. Oftmals gebe es Unkenntnis über Mieter*innenrechte oder darüber, wie viel Miete maximal verlangt werden dürfe. Dies betreffe inzwischen aber nicht mehr nur Sexarbeitende, sondern einen Großteil der Berliner Mieter*innen. Bürger*inneninitiativen gegen Mietwucher sollten also einbezogen werden.

Giovanna Gilges fragt, inwieweit der Öffentliche Gesundheitsdienst von den von Probst Befragten als Orte der Kompetenz wahrgenommen worden seien.

Probst verweist darauf, sie habe ihre Feldforschung 2017/2018 gemacht, als die Beratung nach ProstSchG in Berlin noch nicht verpflichtend gewesen sei. Einige der Befragten hätten die HYDRA-Angebote gekannt, andere hätten die Berliner Gesundheitszentren aufgesucht, um hier anonyme und kostenlose STI-Tests zu machen – nicht zuletzt auch deshalb, weil dort akzeptierender Umgang mit ihnen vorgeherrscht habe. Probsts Eindruck sei gewesen, dass die Frauen Behörden nur aus Pflicht aufgesucht hätten und nicht aus der Erwartung heraus, dass

dies etwas bringen werde. Sprachbarrieren und fehlende Bildung der Betroffenen erschwerten ganz deutlich bei Behörden die angemessene Kommunikation und Beratung.

Abgeschlossen wird dieser Teil der Fachtagung mit einem Input der Mitarbeiterin von ragazza e.V. Hamburg, da im Online-Chat und vor Ort im Pausengespräch irritiert und entsetzt rezipiert worden sei, dass der Einrichtung das Geld gestrichen werden solle.

Die Einrichtung leistet aufsuchende Arbeit in Bordellen und Bordellwohnungen und hat inzwischen eine Nachfolgeorganisation: ragazza Kontakt¹¹. Migrantische Sexarbeiterinnen werden dabei auch nach der Freiwilligkeit gefragt und dazu, ob sie gewusst haben, dass sie Sexarbeit machen sollten. Den meisten sei dies klar gewesen; die ihnen bevorstehenden Umstände seien ihnen jedoch nicht klar gewesen.

Unabhängige Beratungsstellen seien eminent wichtig. Zwar würden über die Zwangsberatung des ÖGD nach ProstSchG Menschen erreicht, die ragazza vielleicht nicht erreichen würde. Dafür würden Einrichtungen wie ragazza wiederum an diejenigen herankommen, die nie zu einer Behörde gehen würden. Die bevorstehende Streichung der Gelder für ragazza e.V. sei durch die COVID-19-Pandemie und damit verbundene Sparmaßnahmen begründet worden und treffe damit ein weltweit einzigartiges Projekt zur Unterstützung drogengebrauchender Frauen* mit einem eigenen Konsumraum. Es sei unklar, ob sich an der angekündigten Streichung noch etwas ändern werde. Die Auswirkungen durch COVID-19 haben zwar Marginalisierung sichtbar gemacht; jetzt sollte diese Sichtbarkeit aber wieder beendet werden. In diesem Dunstkreis sei wohl auch die Streichung der Geldern von ragazza angesiedelt. COVID-19 werde immer als Argument ins Feld geführt, um Kürzung zu rechtfertigen. Das Argument von ragazza, dass sich die Investition im sozialen Bereich durch eine erhöhte Sozialrendite Einsparungen bemerkbar machen werde ("social return on investment"), finde hier dann keine Beachtung.



¹¹ Ragazza Kontakt führt Aufsuchende Arbeit in Bordellen und sogenannten Modellwohnungen durch und bietet den Frauen am ihrem Arbeitsplatz Beratung zu sozialen und rechtlichen, vor allem aber gesundheitlichen Themen an. Diese Arbeit verteilt sich auf alle Hamburger Stadtteile. Zudem wird eine Telefonsprechstunde angeboten, in der die in der Sexarbeit tätigen Frauen Fragen stellen und Auskünfte erhalten können. Mehr dazu unter <https://ragazza-hamburg.de/de/offer/mobile-outreach-work>; zuletzt eingesehen am 18.12.2021



VORTRAG III: Von wegen Superspreader – Politische Selbstorganisation und Gesundheit von Sexarbeitenden

Joana Lilli Hofstetter



Vielen Dank an Beate Middeke für die Einladung zu dieser Fachtagung und danke an Harriet Langanke für die nette Vorstellung. Wie schon angeklungen ist, beschäftige ich mich in meiner Forschung schwerpunktmäßig mit der politischen Selbstorganisation von Sexarbeitenden, also damit wie Sexarbeitende selbst versuchen, durch ihre gemeinsame Organisation Einfluss auf politische Prozesse und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu nehmen. Damit bin ich selbst eher über Umwege zum Thema Gesundheit von Sexarbeitenden gelangt. 2014 habe ich in meinem Masterstudium angefangen, zur deutschen Prostitutionspolitik zu forschen. Dabei bin ich schnell auch auf Sexarbeitsaktivist*innen gestoßen, die zu der Zeit in der Öffentlichkeit auftraten und sich für Sexarbeit engagierten. Für mich waren diese Aktivist*innen in meiner Beschäftigung mit Sexarbeit sehr wichtig, da sie wesentliche Perspektiven einbrachten und wichtige Aufklärungs- und Bildungsarbeit leisteten, von der ich in meiner Arbeit sehr profitierte. Auch heute tue ich dies in meiner Promotionsarbeit weiterhin.

Wer jetzt etwa durch die eigene berufliche Tätigkeit bei Fachberatungsstellen oder bei Gesundheits- und Ordnungsämtern recht neu zum Thema Sexarbeit kommt und sich darüber informiert, dem geht es vielleicht ähnlich. Wir haben auch hier bei der Tagung mit Ruby Rebelde, Madame Kali, Stephanie Klee, Nicole Schulze und anderen Sexarbeitsaktivist*innen dabei, die weiterhin unermüdlich diese wichtige politische Arbeit leisten. Sexarbeitsaktivist*innen sind oft gut vernetzt, verfügen über umfassende Fachkenntnisse über ihren Beruf, Gesetze und Gesundheit, haben gute Sprachkenntnisse, und arbeiten selbstständig

und recht selbstbestimmt in verschiedenen Bereichen der Sexarbeit, zum Beispiel in BDSM oder Tantra Studios, im Escort, in Bordellen oder auf der Straße. Gegner*innen der Prostitution werfen diesen Aktivist*innen gerne vor, sie seien eine "privilegierte" und damit "unrepräsentative" Minderheit, deren politische Forderungen falsch seien und denen man kein Gehör schenken solle. Sicherlich verfügen viele Sexarbeitsaktivist*innen über Ressourcen, die nicht allen Sexarbeitenden zugänglich sind, und haben außerdem selbst eher wenig Bedarf nach gesundheitlicher Beratung – damit stellen sie auch nicht unbedingt das Hauptklientel von Fachberatungsstellen dar.

Wie kommen die Themen politische Selbstorganisation und Gesundheitsfürsorge von Sexarbeitenden also zusammen? In diesem Vortrag werde ich darstellen, dass Gesundheitsfürsorge und politische Selbstorganisation von Sexarbeitenden schon immer eng verwoben waren und es weiterhin sind. Dazu möchte ich zuerst ein paar grundlegende wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Gesundheitsschutz von Sexarbeitenden wiederholen. Dann werfe ich einen Blick in die Geschichte von Sexarbeitsbewegungen weltweit und stelle Beispiele aus dem internationalen, dem europäischen und dem nationalen Kontext dar. Manchen Anwesenden werden einige sicher schon bekannt sein, vielleicht auch weil sie selbst als Aktivist*innen mit dabei waren. Abschließend gehe ich noch genauer auf die aktuelle Sexarbeitsbewegung in Deutschland und deren jüngste Herausforderungen ein, und führe aus, warum die Zusammenarbeit zwischen Organisationen im Gesundheitswesen und Sexarbeitenden weiterhin wichtig ist. Anschließend freue ich mich auf den Austausch mit euch, und darauf, Erfahrungsberichte aus der Praxis zu hören.

Es ist sicher kein Geheimnis, dass historisch gesehen vor allem weibliche Sexarbeiterinnen immer wieder als Überträgerinnen von Krankheiten (vor allem sexuell übertragbarer Infektionen) und damit als Risiko für die Gesundheit der Allgemeinheit dargestellt werden. Folglich werden sie staatlicher medizinischer Kontrolle unterstellt, etwa in Form von verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen. Diese sind, wie wir wissen, nicht nur invasiv, diskriminierend, stigmatisierend und Grundrechte verletzend, sondern zudem ineffektiv, da sie nicht nachweislich zu mehr Gesundheitsschutz von Sexarbeitenden führen. Wie bei Katja Sabisch (2015) dargestellt, ermöglichte die Stigmatisierung von Prostituierten als Krankheitsüberträgerinnen stattdessen unter anderem straffreie medizinische Experimente an ihnen.



Es ist sicher kein Geheimnis, dass historisch gesehen vor allem weibliche Sexarbeiterinnen¹² immer wieder als Überträgerinnen von Krankheiten (vor allem sexuell übertragbarer

¹² Sexarbeitende anderer Geschlechter werden in diesen Narrativen weitestgehend ignoriert.

Infektionen) und damit als Risiko für die Gesundheit der Allgemeinheit dargestellt werden. Folglich werden sie staatlicher medizinischer Kontrolle unterstellt, etwa in Form von verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen. Diese sind, wie wir wissen, nicht nur invasiv, diskriminierend, stigmatisierend und Grundrechte verletzend, sondern zudem ineffektiv, da sie nicht nachweislich zu mehr Gesundheitsschutz von Sexarbeitenden führen. Wie bei Katja Sabisch (2015) dargestellt, ermöglichte die Stigmatisierung von Prostituierten als Krankheitsüberträgerinnen stattdessen unter anderem straffreie medizinische Experimente an ihnen.

Bei Sexarbeitenden gilt jedoch das im Bereich sexuelle Gesundheit oft zitierte Prinzip: Es gibt keine generell sicheren Personen, sondern nur sicheres bzw. *sichereres* Verhalten. Folglich gibt es auch keine generell "unsicheren" Personengruppen, sondern nur "unsicheres" Verhalten. Entscheidend für das Gesundheitsrisiko von Sexarbeitenden ist damit nicht die Tatsache, dass sie sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt anbieten, sondern unter welchen Bedingungen sie dies tun. Die Gesundheit von Sexarbeitenden wird durch schlechte Arbeitsbedingung und Marginalisierung beeinträchtigt. Vulnerabel, also verletzlich für Gesundheitsrisiken sind insbesondere Sexarbeitende, die durch Gesetze kriminalisiert und illegalisiert werden. Vor allem eine restriktive Prostitutions- und Migrationspolitik beschränkt legales Arbeiten stark oder verunmöglicht es sogar. Zudem erschwert oder behindert das gesellschaftliche Stigma den Zugang zur Gesundheitsfürsorge. Die Gesundheitsfürsorge setzt daher seit langem erfolgreich auf Prinzipien wie Freiwilligkeit, Empowerment von Sexarbeitenden und die Wahrung ihrer Menschenrechte.

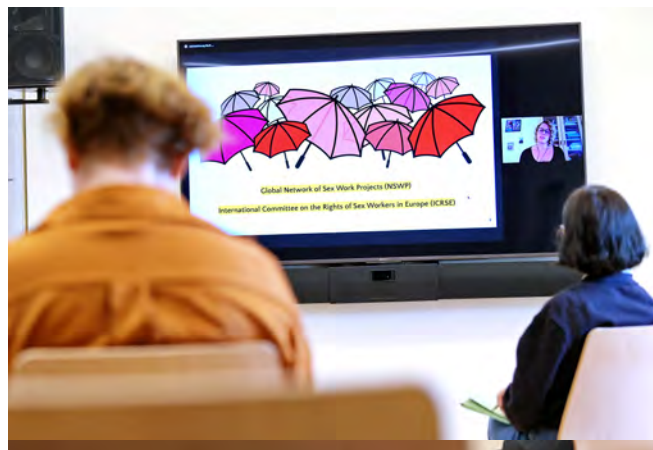


Diese Erkenntnisse aus Forschung und Praxis sind im Gesundheitsschutz von Sexarbeitenden heute etabliert. Zur Etablierung und zur anschließenden Verbreitung dieses Fachwissens haben politisch organisierte Sexarbeitende ganz entscheidend beigetragen. Gesundheitsprogramme und -organisationen waren wiederum für die Entwicklung und den Erfolg von

Sexarbeitsbewegungen weltweit unabdingbar. Diese gemeinsame Geschichte von Sexarbeitsbewegungen und Gesundheitsorganisationen beginnt in einer sehr herausfordernden Zeit, und zwar in der AIDS-Pandemie in den 1980er Jahren. Im Zuge dieser gerieten Sexarbeitende zuerst als Krankheitsüberträger*innen in den Fokus. Sie organisierten sich jedoch kollektiv und leisteten Widerstand gegen diese Stigmatisierung, Diskriminierung und gegen staatliche Gesundheitskontrollen. Dadurch schafften es Sexarbeitende, von Gesundheitsorganisationen als wertvolle Kooperationspartner*innen und als Expert*innen anerkannt zu werden. Nationale Sexarbeitsorganisationen, die sich zu der Zeit formierten, konnten sich vor allem durch ihre Teilnahme bei internationalen AIDS-Konferenzen global vernetzen und eine internationale Bewegung etablieren. Die profitierten außerdem von den finanziellen Ressourcen und von der politischen Legitimität, die sie durch die Zusammenarbeit mit diesen Institutionen erhielten (Kempadoo & Doezema, 1998).

Das Bild der Sexarbeiterin wandelte sich damit weg von der Krankheitsüberträgerin hin zum "Profi" in Sachen Safe(r) Sex und AIDS-Prävention, wie auf dem Plakat einer Kampagne von Madonna in Bochum (damals noch "Prostituierten-Initiative" genannt) aus dem Jahr 1994 ersichtlich (Eickel, 2021). Politisch organisierte Sexarbeitende konnten das Stigma also abwehren, ihr Image zum Positiven verändern und eine bedrohliche Situation letztendlich in einen politischen Vorteil umwandeln.

Mittlerweile gibt es eine etablierte, internationale Sexarbeitsbewegung, deren Symbol der rote Regenschirm ist. Das Global Network of Sex Work Projects (NSWP), eine globale Dachorganisation von Sexarbeitsprojekten, zählt aktuell etwa 301 Mitgliedsorganisationen in 98¹³ Ländern. Mitglieder des NSWP setzen sich für die Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit, für die vollständige Entkriminalisierung von



Sexarbeit und für die Selbstorganisation und Selbstbestimmung von Sexarbeitenden ein. In Europa zählt das regionale Netzwerk ICRSE (International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe) momentan 112 Mitgliedsorganisationen in 35 Ländern.

Trotz dieser langen und globalen Präsenz von Sexarbeitsbewegungen ist die Forschung über sie noch dünn, vor allem die deutschsprachige. Auch in dieser Forschungslücke in den Sozial-, Politik- oder Geschichtswissenschaften können wir das gesellschaftliche Hurenstigma wiedererkennen: Sexarbeitende werden oft nicht als Akteur*innen mit politischem Verständnis, politischer Handlungsfähigkeit oder politischer Relevanz wahrgenommen. Sie werden stattdessen oft als Opfer ihrer Umstände gesehen, die der Hilfe und politischen Fürsprache Anderer bedürfen, oder als randständig ignoriert. Einige Forschungsarbeiten aus

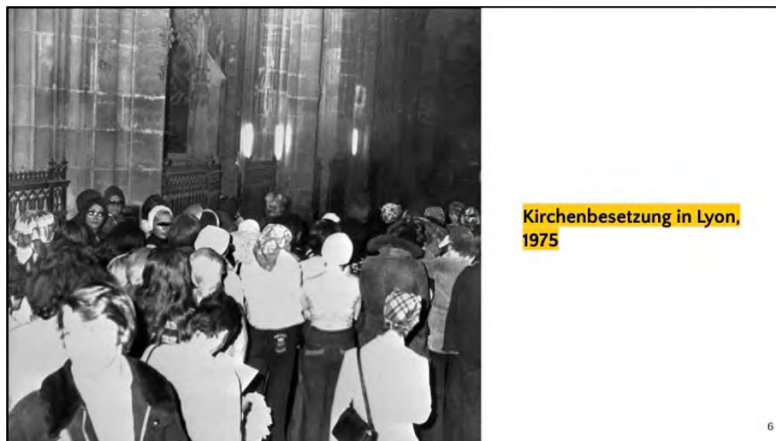
¹³ Stand September 2021, siehe <https://nswp.org/>

den letzten Jahren tragen der Tatsache Rechnung, dass Sexarbeitende für sich selbst sprechen können, öffentlich auftreten und sich politisch agieren.

Die für Deutschland sicherlich wichtigste ist die Dissertation der Historikerin Mareen Heying (2019), in der sie die deutsche Hurenbewegung von 1980 bis 2001 parallel zur italienischen analysiert. Die englischsprachige Forschung der letzten Jahre ist darüber hinaus etwas breiter aufgestellt: So beschreibt die Rechtswissenschaftlerin Chi Adanna Mgbako (2016) Sexarbeitsaktivismus in verschiedenen afrikanischen Ländern, während die Historikerin Melinda Chateaufvert (2015) die Geschichte der Sexarbeitsbewegung in den USA nachzeichnet und deutlich macht, dass **Sexarbeitsaktivist*innen** bereits an den für die Entwicklung der LGBT-Bewegung entscheidenden Stonewall-Aufständen in New York beteiligt waren. Der intersektionale und internationale Blick, den die Sexarbeiterinnen Juno Mac und Molly Smith (2018) auf Sexarbeitsbewegungen werfen, demonstriert, dass auch Sexarbeitende selbst zu diesem Forschungsfeld beitragen.

Die Anfänge der politischen Selbstorganisation von Sexarbeitenden werden oft in den 1970er Jahren in den USA und Europa verortet. Diese Erzählung spiegelt jedoch vielmehr die einseitige Fokussierung der (Soziale Bewegungs-)Forschung auf den globalen Norden wider, durch die Phänomene außerhalb dieser Regionen missachtet und unerforscht bleiben. Tatsächlich zeigen neuste wissenschaftliche Beiträge zunehmend, dass sich Sexarbeitende auch bereits vor den 1970er Jahren und in verschiedensten Ländern des globalen Südens politisch organisierten. Wie die Kulturwissenschaftlerin Amalia L. Cabezas (2019) an Lateinamerika aufzeigt, spielte Gesundheit hierbei stets eine zentrale Rolle: Bereits Ende des 19. Jahrhunderts bildeten Prostituierte in Havanna, Kuba, ein Kollektiv, das unter anderem eine Zeitung "von Sexarbeitenden für Sexarbeitende" herausgab. Die Aktivist*innen protestierten darin gegen die

ö f f e n t l i c h e n
Hygieneverordnungen, die ihnen vorschrieben, sich zu registrieren, einen Nachweis darüber mit sich zu tragen und sich r e g e l m ä ß i g e n gynäkologischen Untersuchungen zu unterziehen. Auch wenn aus diesem Kollektiv keine dauerhafte politische



Bewegung entstand, wird deutlich, dass weiterhin Forschungsbedarf besteht, um die Bandbreite der politischen Organisation von Sexarbeitenden sichtbar zu machen.

Die erste in Europa dokumentierte politische Organisation von Sexarbeitenden ereignete sich am 02. Juni 1975 in Lyon, Frankreich, wo etwa 100 Prostituierte eine Kirche besetzten, um gegen Polizeigewalt zu protestieren. Dieses Ereignis inspirierte die Gründung von Sexarbeitskollektiven in ganz Europa. Der 2. Juni erinnert heute als internationaler Hurentag an

die Besetzung und stellt für Sexarbeitsbewegungen einen wichtigen Jahrestag für Proteste dar. Auch in den USA und Asien gründeten sich in den 1970er und 1980er Jahren erste Prostituiertenselbsthilfeorganisationen, wie etwa ‚Empower‘ in Thailand. 1986 produzierte Empower das erste in Thailand öffentlich erhältliche Informationsmaterial zu HIV und wirkte dadurch auch an der gesundheitlichen Aufklärung der Allgemeinbevölkerung mit.



In Deutschland entstanden in den 1980er Jahren die ersten Prostituiertenselbsthilfeorganisationen. Der Widerstand gegen die verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen, die durch das seit 1927 geltende "Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" geregelt waren, war für deren Aktivismus zentral. Die erste "autonome Hurenorganisation" war Hydra in Berlin, die 1980 einem Projekt aus Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamts, Sozialarbeiterinnen, einer Sexarbeiterin und anderen Beteiligten entwuchs. Hydra wurde schnell durch provokante politische Aktionen bekannt: So veranstalteten die Aktivist*innen etwa 1989 eine "Bockscheinaktion"¹⁴ vor dem Gebäude des Gesundheitssenats (Heying, 2019). Hierzu platzierten sie einen gynäkologischen Stuhl, umgangssprachlich "Bock", vor dem Gebäude des Berliner Gesundheitssenats und stellten "Bockscheine" (Gesundheitsnachweise) auf alle Männer aus, die zu der Zeit in der Berliner Verwaltung arbeiteten. Damit wendeten die Aktivist*innen den stigmatisierenden, kontrollierenden medizinischen Blick von sich ab und warfen ihn auf die Kunden und staatlichen Entscheidungsträger. Die Aktion rief natürlich große Empörung hervor und generierte viel Aufmerksamkeit für die Sache der Sexarbeitenden.

Zusammen mit zahlreichen weiteren Selbsthilfeorganisationen bildete Hydra die damalige Hurenbewegung. Einige dieser Organisationen existieren auch heute noch als Fachberatungsstellen weiter, z.B. Cassandra in Nürnberg, Phönix in Hannover oder Madonna in Bochum. Neben gesellschaftlicher Akzeptanz und rechtlicher Gleichstellung war körperliche

¹⁴ Siehe auch <https://hydra-berlin.de/40-jahre-hydra/1112>

Selbstbestimmung eine der zentralen Forderungen der Hurenbewegung. Wichtig für sie war außerdem stets die Zusammenarbeit mit Sozialarbeitenden und Gesundheitsorganisationen. Die Zusammenarbeit verlief nicht immer reibungslos und es gab mitunter Auseinandersetzungen um Fragen der Repräsentation ("Wer spricht für wen?") oder um die Verteilung von entscheidenden Ressourcen und Rollen, etwa, wenn bezahlte Projektstellen durch ausgebildete Sozialarbeiterinnen statt durch Sexarbeiterinnen besetzt wurden. Trotzdem waren Sozialarbeitende ein fester Bestandteil der Hurenbewegung und stets auf den Hurenkongressen, die zwischen 1985 und 1998 jährlich stattfanden, vertreten (Heying, 2019).



Die Aktivist*innen der Hurenbewegung schafften es, durch jahrelanges, unermüdetes Engagement politischen Einfluss zu entwickeln und schließlich Gesetzesänderung zu erreichen. Durch die Einführung des Infektionsschutzgesetz 2001 wurde die verpflichtende Untersuchung endgültig abgeschafft, und mit dem 2002 eingeführten Prostitutionsgesetz schließlich auch die Sittenwidrigkeit. Damit hatten Sexarbeitende – zumindest rein rechtlich gesehen – Zugang zur gesetzlichen Sozial-, Kranken- und Rentenversicherung und konnten ihre Löhne einklagen. Die Hurenbewegung klang nach der Einführung des Prostitutionsgesetzes weitestgehend ab und die Selbsthilfeprojekte institutionalisierten sich hin zu staatlich finanzierten Beratungsstellen (Heying, 2019).

Das heißt jedoch nicht, dass Sexarbeitende sich nicht mehr weiter politisch organisierten: Einzelne Aktivist*innen kritisierten auch nach 2002 die fehlende Umsetzung des Prostitutionsgesetzes (Stephanie Klee ist hier z.B. als eine kontinuierlich kritische Stimme zu nennen), oder intervenierten in den Medien gegen die in diesem Zeitraum zunehmende Gleichsetzung von Sexarbeit mit Gewalt und Menschenhandel. In Deutschland organisieren sich Fachberatungsstellen, Sozialarbeitende und Sexarbeitende seit 2009 gemeinsam im bufas, dem Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter. Der bufas setzt sich für eine solidarische Vernetzung mit Sexarbeitenden ein und für die Entkriminalisierung von Sexarbeit. Durch die Fachberatungsstellen wurden auch nach dem Abklingen der

Hurenbewegung überdauernde Strukturen solidarischer Vernetzung geschaffen, auf die Sexarbeitsaktivist*innen später wiederaufbauen konnten.

Eine neue Sexarbeitsbewegung bildete sich in Deutschland schließlich wieder im Kontext der Pläne zum Prostituiertenschutzgesetz. Am sichtbarsten organisierte sich der Widerstand gegen diese Pläne in Form des 2013 gegründeten Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD). Mit dem BesD gab es erstmals wieder eine gemeinsame Organisation und eine politische Interessenvertretung für ausschließlich ehemalige und aktive Sexarbeitende. Bufas und Organisationen wie die Deutsche Aidshilfe unterstützten die Selbstorganisation der Sexarbeitenden von Anfang an aktiv, so z.B. auf den Sexarbeitskongressen 2014 in Berlin und 2016 in Hamburg, bei denen auch Forschende und zahlreiche Politiker*innen vertreten waren.

Die Kritik der Sexarbeitenden und Fachberatungsstellen richtete sich unter anderem auch gegen die in den Gesetzesplänen vorgesehene verpflichtende Gesundheitsberatung (z.B. BesD, 2014; bufas, 2015; Deutscher Juristinnenbund, 2015), die dem in der Gesundheitsfürsorge für Sexarbeitende bewährten Prinzip der Freiwilligkeit widerspricht und das alte, stigmatisierende Bild der Sexarbeiterin als unaufgeklärte und unmündige Krankheitsüberträgerin wiedererweckt. Seit der Einführung der verpflichtenden Gesundheitsberatung im Zuge des Prostituiertenschutzgesetzes 2017 wissen wir aus Erfahrungen auch, dass die verpflichtende Beratung das Angebot freiwilliger Beratung unsichtbarer macht (Körner et al., 2020).

Politische Zusammenarbeit zwischen Sexarbeitenden und Fachberatungsstellen ist mit dem Prostituiertenschutzgesetz auch schwieriger geworden: 2018 kam der geplante Sexarbeitskongress in Nürnberg nicht zustande, da die Umsetzung des Gesetzes schlicht auf allen Seiten grundlegende Kapazitäten beanspruchte und der Verwaltungsaufwand sowie der Beratungsbedarf zunahm. Fachberatungsstellen beraten meist Frauen, die unter sehr prekären Bedingungen arbeiten, wo die Sicherstellung der Lebensgrundlage Vorrang hat und politische Arbeit weit weg **erscheint**. **Zudem sind** Beratungsstellen in ihren oft sehr begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten auf die Beratungsarbeit beschränkt und an die politische Linie der Institutionen gebunden, die sie finanzieren. Hier gibt es auch für politisch engagierte Personen einen nur sehr beschränkten Spielraum für Kritik oder alternative Handlungsweisen. Außerdem schafft das Zusammentreffen zwischen Beratenden und Sexarbeitenden in einem verpflichtenden Gespräch nicht den idealen Nährboden für politische Zusammenarbeit. Zudem finden sich im Bereich der Gesundheitsfürsorge eine Bandbreite an Akteur*innen mit verschiedenen Erfahrungshintergründen: Diese reicht von den Fachberatungsstellen, die auf die lange, politisierte Geschichte der Hurenbewegung aufbauen, bis hin zu ganz neu geschaffenen Stellen in der Verwaltung, wo sich die dort Tätigen in einem komplexen Themenbereich **und komplexen politischen** Feld erst zurechtfinden müssen.

Dass die politische Zusammenarbeit zwischen Sexarbeitenden, Fachberatungsstellen und Gesundheitsorganisationen aber weiterhin notwendig ist, zeigte sich zuletzt im Zuge der Covid-19 Pandemie. Hier **wurde die** Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeitenden erneut sichtbar: Prostitutionsstätten blieben in vielen Bundesländern deutlich länger geschlossen als z.B. medizinische Massagestudios oder die Läden von Friseur*innen. Außerdem



Deutschlandweite Proteste gegen Prekarisierung & Illegalisierung

Köln, 2020

11

wurde deutlich, dass Sexarbeitende unter verschlechterten Bedingungen mit höheren Gesundheitsrisiken weiterarbeiten mussten, weil trotz der pandemiebedingten Verbote eine ausreichende soziale Absicherung fehlte (Gilges & Hofstetter, 2020). Gegen die daraus resultierende Prekarisierung und Illegalisierung organisierten verschiedene Organisationen von Sexarbeitenden deutschlandweit Proteste, wie etwa hier in Köln im Sommer 2020.

Gleichzeitig unterstellten Prostitutionsgegner*innen (darunter auch Mitglieder des Bundestages), Sexarbeitende seien "Superspreader" des Coronavirus und Sexarbeit solle deshalb (im gesellschaftlichen, wie auch im vorgeblichen Interesse der Sexarbeitenden selbst) über die Pandemie hinaus verboten bleiben (Hussein Kantorowicz, 2020; Mitglieder des Deutschen Bundestages, 2020). Für diese Superspreader-Vorwürfe gibt keine wissenschaftliche Grundlage. Stattdessen ist hinreichend wissenschaftlich erwiesen, welche nachteiligen Auswirkungen Stigmatisierung und Kriminalisierung auf die Gesundheit von Sexarbeitenden haben (z.B. Benoit et al., 2018; Levy & Jakobsson, 2014). Trotzdem können wir seit Anfang der 2000er in Europa eine Erstarkung der politischen Bewegung beobachten, die die Abschaffung der Prostitution mit genau diesen Mitteln fordert – vorgeblich durch die ausschließliche Kriminalisierung von Kund*innen, die sexuelle Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Wie während der Covid-19 Pandemie deutlich wurde, geht es allerdings vielmehr um ein grundlegendes Verbot der Sexarbeit ungeachtet der negativen Auswirkungen auf Sexarbeitende selbst. Es handelt sich politisch also um eine rückläufige Tendenz, in der statt Zugang zu Rechten, Akzeptanz und Unterstützung bei der Selbstorganisation wieder mehr Kriminalisierung und Kontrolle gefordert werden.

Gleichzeitig wuchs in den letzten Jahren aber auch die Sexarbeitsbewegung in Deutschland weiter an und verfügt mittlerweile über eine Diversität an Kollektiven und Protestformen: Die als Reaktion auf das Prostituiertenschutzgesetz gegründete Kampagne "Sexarbeit ist Arbeit, Respekt!" betrieb unter anderem Aufklärung durch öffentliche Kunstaktionen, die gemeinsam mit Beratungsstellen in Berlin und Hannover veranstaltet wurden.¹⁵ Es gibt Podcasts von Sexarbeitenden, wie etwa "Whoroscope" von Ruby Rebelde und Fabienne Freymadl.¹⁶ In Berlin

¹⁵ Siehe <https://bsd-ev.info/strich-code-move/>

¹⁶ Siehe <https://whoroscope.eu/>

gründeten Stripperinnen 2019 ein Kollektiv, das sich unter anderem durch politisches Cabaret für bessere Arbeitsbedingungen organisiert.¹⁷ Andere Sexarbeitende tun dies seit Juni 2021 durch gewerkschaftliche Organisation im Rahmen der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union.¹⁸ Zudem organisiert sich z.B. das Black Sex Worker Collective¹⁹ speziell für die Belange Schwarzer Sexarbeitender in Berlin.

Die Sexarbeitsbewegung wird hierdurch zunehmend intersektional und Aktivist*innen stellen immer mehr in den Fokus, wie sich verschiedene gesellschaftliche Unterdrückungsformen entlang von Geschlecht, Migrationsstatus, sozialer Klasse oder Sexualität überschneiden und gegenseitig verstärken. Damit verbinden sie auch verschiedene politische Kämpfe miteinander und schlagen Brücken zu anderen politischen Bewegungen. Die Gruppe trans*Sexworks, die sich in Berlin hauptsächlich für migrantische trans Sexarbeiterinnen aus Bulgarien organisiert, verknüpft durch den Slogan "Sex Work is Work, Being a Landlord isn't" ihren Sexarbeitsaktivismus mit Kritik an hohen Mieten, Gentrifizierung und Wohnungslosigkeit und unterstützt damit breitere politische Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum.²⁰

Der Vorwurf, Sexarbeitsaktivist*innen seien eine "privilegierte Elite" oder "nicht repräsentative Minderheit" ist angesichts dieser Bandbreite unhaltbar. Außerdem werden durch ihn falsche Dichotomien geschaffen, die scheinbar klar abgetrennte Gruppen mit scheinbar gegensätzlichen Interessen in der Sexarbeit suggerieren. In einer ohnehin emotional aufgeladenen und polarisierten Debatte ist dies insofern sogar schädlich, als es die Entsolidarisierung mit Sexarbeitenden fördert, weil andere politische Organisationen sich scheuen, öffentlich Position zu Sexarbeit zu beziehen oder Sexarbeitende aktiv zu unterstützen. Das ist mehr als bedauerenswert, weil sich aus dem gesundheitlichen Fachwissen und aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte insbesondere für die Sozialarbeit und die Gesundheitsfürsorge ganz fundiert Position beziehen lässt: und zwar Position *für* die Entkriminalisierung der Sexarbeit, *für* die Förderung der Selbstorganisation von Sexarbeitenden und *für* die solidarische Zusammenarbeit.

Sexarbeitsaktivist*innen selbst leisten enorm viel Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich Gesundheit und sind in ihren Communities gut vernetzt. Damit stellen sie ideale Kooperationspartner*innen für Institutionen der Gesundheitsfürsorge dar. Auch wenn eine Zusammenarbeit nie konfliktfrei verläuft und im Laufe der Zeit mit neuen politischen Herausforderungen immer wieder neu verhandelt werden muss, ist sie Grundlage für positive Veränderungen für Sexarbeitende. Vor allem mit der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes, die nächstes Jahr beginnt, beinhaltet die Prostitutionspolitik in Deutschland weiterhin Potenzial für Umschwünge. Um dieses Potenzial im Sinne von Sexarbeitenden zu nutzen und Gesundheitsfürsorge mitgestalten zu können, braucht es die historisch gewachsene Zusammenarbeit daher weiterhin. Damit bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und freue mich sehr auf Anmerkungen, Fragen und Diskussionspunkte.

¹⁷ Siehe <https://berlinstripperscollective.com/>

¹⁸ Siehe <https://www.swactiongroupberlin.com/blank-page-1>

¹⁹ Siehe <https://www.blacksexworkercollective.org/>

²⁰ Siehe <http://transsexworks.com/>

Literatur

- Benoit, C., Jansson, S. M., Smith, M., & Flagg, J. (2018). Prostitution Stigma and Its Effect on the Working Conditions, Personal Lives, and Health of Sex Workers. *The Journal of Sex Research*, 55(4–5), 457–471. <https://doi.org/10.1080/00224499.2017.1393652>
- BesD. (2014). *Stellungnahme zur Anhörung „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ BMFSFJ*. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/83062/fc71831b5cfe03d9589135483036b4d/anhoeerung-regulierung-prostitution-stellungnahme-panel-2-data.pdf>
- bufas. (2015). *Stellungnahme zum „Eckpunktepapier eines Gesetzes zum Schutz der in der Prostitution Tätigen (Prostituiertenschutzgesetz, ProstSchG)“*. <http://www.bufas.net/DOKUMENTE/StellungnahmeEckpunkteProstG.pdf>
- Cabezas, A. L. (2019). Latin American and Caribbean Sex Workers: Gains and challenges in the movement. *Anti-Trafficking Review*, 12, 37–56. <https://doi.org/10.14197/atr.201219123>
- Chateauvert, M. (2015). *Sex workers unite: A history of the movement from Stonewall to Slutwalk*. Beacon Press.
- Deutscher Juristinnenbund. (2015). *Stellungnahme 15-10 zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG-RefE)*. www.djb.de/presse/pressemitteilungen/detail/st15-10
- Eickel, M. (2021). Madonna e.V. - Verein zur Förderung der beruflichen und kulturellen Bildung von Sexarbeiterinnen. *Digitales Deutsches Frauenarchiv*. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/madonna-ev>
- Gilges, G., & Hofstetter, J. L. (2020). Pandemie // Sexarbeit und Corona: Die Pandemie als Druckmittel der Verdrängung. *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*. <https://doi.org/10.17185/gender/20201007>
- Heying, M. (2019). *Huren in Bewegung. Kämpfe von Sexarbeiterinnen in Deutschland und Italien, 1980 bis 2001*. Klartext Verlag.
- Hussein Kantorowicz, L. (2020, December 21). How Germany Failed Sex Workers. *RLS-NYC*. <https://rosalux.nyc/how-germany-failed-sex-workers/>
- Kempadoo, K., & Doezema, J. (1998). *Global sex workers: Rights, resistance and redefinition*. Routledge.
- Körner, C., Netzelmann, T. A., Ceres, M., Hacke, D., & Steffan, E. (2020). Sexuelle Gesundheit in der Sexarbeit vor dem Hintergrund des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG): Einschätzungen von Berater*innen und Sexarbeiter*innen. *Zeitschrift für Sexualforschung*, 33(4), 204–213. <https://doi.org/10.1055/a-1284-9168>
- Levy, J., & Jakobsson, P. (2014). Sweden's abolitionist discourse and law: Effects on the dynamics of Swedish sex work and on the lives of Sweden's sex workers. *Criminology and Criminal Justice*, 14(5), 593–607.
- Mac, J., & Smith, M. (2018). *Revoluting Prostitutes—The Fight for Sex Workers' Rights*. Verso.

Mgbako, C. (2016). *To live freely in this world: Sex worker activism in Africa*. New York University Press.

Mitglieder des Deutschen Bundestages. (2020, May 15).

20-05-15_MP_Kretschmann_Shut_down_fuer_Bordelle_Unterstuetzung_fuer_Nordisches_Modell.pdf. <https://www.leni-breymaier.de/dl/>

20-05-15_MP_Kretschmann_Shut_down_fuer_Bordelle_Unterstuetzung_fuer_Nordisches_Modell.pdf

Sabisch, K. (2015). *Das Weib als Versuchsperson* (A. 1, Ed.). transcript Verlag. <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.5555/9783839408360>



– Publikumsgespräch –

Langanke verweist auf die von Hofstetter genannte Allianz von Sexarbeitsaktivismus und HIV. Die Zusammenarbeit zwischen Aidshilfe und Sexarbeit ist also zwar etabliert, aber mit Stigmatisierung verbunden. An Peter Struck von der Aidshilfe Bielefeld stellt sie die Frage, warum diese eine Tagung und ein Projekt wie das Netzwerk zur Gesundheitsförderung für Sexarbeitende in der Stadt Bielefeld, im Kreis Gütersloh und im Kreis Herford unterstützt.

Struck berichtet, zu Beginn der AIDS-Pandemie in den 1970er/80er habe die starke Stigmatisierung der Hauptbetroffenengruppen deren Selbstorganisation befördert. Die Hauptbetroffenen seien dadurch aber auch zu Ansprechpartner*innen für die Kommunen geworden und hätten vieles bewirken können. Die Institutionalisierung von Beratungsstellen der Sexarbeitenden ähnele dem Institutionalisierungsprozess der Aidshilfen. Und auch der

Begriff der Intersektionalität sei für die Aidshilfe nichts Neues – früher habe man dazu Mehrfach-stigmatisierung gesagt.

Langanke nimmt nun noch Bezug auf den Titel des Vortrags von Hofstetter – heute Corona, früher HIV – wer waren denn damals die Superspreader?



Laut Struck wurde dieses Attribut homosexuellen Männern und auch Sexarbeitern zugeschrieben.

Langanke fragt die Referentin Hofstetter, ob die Kooperation von Aidshilfe und Sexarbeit sich hinderlich auswirke oder etwas Gutes sei. Aus ihrem Vortrag lasse sich beides herauslesen.

Hofstetter bestätigt, dies seien zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Blick auf Sexarbeit sei oft pathologisierend und stigmatisierend, auch in Kooperation mit der Aidshilfe. Das habe Vorteile, aber auch Schattenseiten. Kooperation bedürfe nicht eines Problems, sondern könne auch vor dem Auftreten eines Problems begonnen werden. Der Sexarbeitsaktivismus mache es vor: Über Sexarbeit könne auch aus anderer Perspektive gesprochen werden. Es sollte nicht immer nur auf Bedrohungsszenarien, sondern proaktiv-konstruktiv gearbeitet werden.

Die Moderatorin fragt die Referentin nun nach positiven Impulsen, die nicht Druck ausüben, wie die Aids-Krise oder das bedrohende ProstSchG, sondern die aus dem Empowerment der Sexarbeitenden kommen könnten.

Hofstetter erklärt dazu, durch eine Bedrohungslage kämen Themen wieder auf die Agenda und trügen zur Organisation von Widerstand bei. Im Zeitraum zwischen Prostitutionsgesetz und ProstSchG habe es ja schon Aktivismus und einzelne Stimmen in den Medien gegeben, denen man auch schon hätte zuhören können – das Thema war aber nicht auf der politischen Agenda. Die Fachtagung in Bielefeld sei ein Beispiel für Begegnung mit Respekt und auf Augenhöhe.

Aus dem Plenum wird darauf hingewiesen, dass es historisch einen Unterschied zwischen den Gruppierungen gebe, die mit HIV zu tun haben. Schwule Männer und Drogengebrauchende waren massiv betroffen und HIV sei für Sexarbeitsaktivist*innen ein Mittel gewesen, um Betroffenheit in der Öffentlichkeit zu schaffen, die es aber eigentlich nicht gegeben habe. Dies habe zu Separierungen geführt. NRW habe der Selbstorganisation von Drogengebrauchenden Geld in die Hand gegeben, um sich zu organisieren und sich zu äußern. Viele Strukturen in der Sexarbeit seien jedoch gar nicht finanziert, oder nur, wenn sie Beratung

machen. Schwule seien schon vor HIV organisiert gewesen. Für Sexarbeit gebe es aber bis heute keine vom Land NRW finanzierte Selbstorganisation.

Caspar Tate kommentiert, Solidarität und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen sei Überlebensstrategie. Man habe die Erfahrung gemacht, dass man ihnen als Sexarbeitende nicht zuhöre und dass man sie ignoriere. Seit Corona verhalte sich Trans*Sexworks solidarisch mit anderen marginalisierten Gruppen und entwickle dadurch mehr Schlagkraft. Privilegiere Sexarbeitende hätten seiner Ansicht nach offenbar mehr Probleme bei der Zusammenarbeit mit Aidshilfen aufgrund eigener Vorbehalte und Stigmata im Zusammenhang von HIV und STIs. Einer der größten Erfolge von trans*sexworks sei die Zusammenarbeit mit der Wohnungslosenhilfe in Berlin. Dies sei zunächst schwer gewesen; trans Sexarbeit habe zum Beispiel nicht thematisiert werden dürfen. Jetzt aber gebe es gemeinsame Essensausgaben am trans Straßenstrich in Berlin.

Langanke fragt die Referentin nun nach der Botschaft aus der Historie, um Entsolidarisierung vorzubeugen. Hofstetter hält es für gut, sich an die gemeinsame Geschichte zu erinnern. Die Kämpfe der einzelnen Gruppen seien nicht einander entgegengesetzt: Der Kampf um körperliche Unversehrtheit sei eng an Kämpfe um Schwangerschaftsabbruch etc. gebunden. Solidarität mache Sinn, auch mit feministischen Gruppen. Beim ‚Frauenstreiktag‘ gebe es jetzt auch Sexarbeiter*innen-Blöcke; Sexarbeitende nähmen an Aktionen gegen Lebensschützer*innen teil. Aus dieser Praxis und weniger aus dem politischen Diskurs (der oftmals emotionalisiere) könne Solidarität erwachsen.

Die Moderatorin fragt Hofstetter nach Aspekten, die der Stärkung von Gesundheitsförderung dienlich sein könnten und inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst selbstorganisationsfördernd wirken könne.

Hofstetter rät dazu, Sexarbeitende und deren Organisationen einzuladen. Sie dabei nicht in ein vorgefertigtes Schema zu pressen, sondern zu fragen, welche Themen ihnen wichtig sind. Förderung sei auch möglich durch die Bereitstellung von Räumen oder von finanziellen Mitteln.

Giovanna Gilges möchte den Ansatz Hofstetters erweitern. Gesundheitsämter hätten bei den sogenannten Zwangsuntersuchungen in der Geschichte immer eine Rolle gespielt, wenn auch oft keine heroische. Im ÖGD hätten Mediziner*innen aber auch immer wieder still subversiv und akzeptierend gearbeitet. Es gelte daher, im ÖGD Kompliz*innen und Verbündete zu suchen, weil es diese auch dort immer schon gegeben habe. Der Fachtag heute sei ein Beweis dafür, dass beide Seiten zusammengebracht werden müssten.



VORTRAG IV: Vision Sexarbeit, Vision Sexualität

Dr. iur. Dr. h.c. Brigitte Hürlimann

Es ist höchste Zeit für einen neuen Weg – für eine Vision, einen anderen Umgang mit der Sexarbeit. Schluss mit der Schubladisierung, dem Nichtwissen-wollen, dem Augenschließen, Schluss mit den Ängsten und Vorurteilen, der Stigmatisierung und Ausgrenzung. Wir sprengen das Gedankenkorsett, fokussieren nicht mehr einseitig auf die Probleme, sondern skizzieren ideale Umstände, Träume und Ziele. Und **zwar gemeinsam** mit den Sexarbeiter*innen. Wir holen sie zurück in die Gesellschaft, zu uns, mitten in die Stadt, in unsere Quartiere. Wir sind Nachbar*innen, arbeiten und leben Tür an Tür, begegnen uns auf Augenhöhe. Wir akzeptieren das in einer offenen, liberalen Gesellschaft die selbstbestimmte Sexualität unter Erwachsenen frei ausgelebt werden darf. Entgeltlich oder unentgeltlich. In welcher Konstellation auch immer.



Wir erkennen an, dass die Prostituierten Profis in Sachen Sexualität sind, Berufsleute mit einem anspruchsvollen Job – und dass wir von ihnen lernen können. Es ist falsch, die Sexarbeiter*innen pauschal als Opfer oder aber als Täterinnen und Störenfriede abzustempeln. Es gilt zu differenzieren. Ausbeutung und Übergriffe müssen streng geahndet werden. Ebenso wichtig ist es jedoch, die selbstbestimmte Sexarbeiterin zu stärken. Ihre volle rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Anerkennung trägt Wesentliches dazu bei, kriminellen Ausbeutern das Handwerk zu legen. Stärkung bedeutet auch: Für gute und faire Arbeitsbedingungen im Sexgewerbe zu sorgen. Als Teil unserer Vision erschaffen wir deshalb das perfekte Bordell.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe alle

Lassen Sie uns eine knappe Stunde lang träumen. Lassen Sie uns vorübergehend die Realität vergessen oder zumindest in den Hintergrund rücken. Vergessen wir all die Gesetze und die behördlichen Schikanen, die Diskriminierung, Ausbeutung, den Missbrauch und die Stigmatisierung. Vergessen wir all die bösen Blicke der gutmeinenden Menschen, die Vorurteile, das Unwissen, die Intoleranz und die Ignoranz.

Lassen Sie uns nach den Sternen greifen, hier und jetzt.



Eine Stunde lang stellen wir uns vor, wie es sein könnte. Wir sprengen die Grenzen – und vor allem sprengen wir das Gedankenkorsett. Wir entwickeln Visionen, äußern Wünsche, Hoffnungen, Vorstellungen, Träume, Ideale. Wir erweitern unseren Horizont. Und, Sie werden sehen, was dabei herauskommt, ist keine Utopie. Solche Vorstellungen sind realisierbar. Lassen Sie uns also den ersten Schritt tun.

Um solche Visionen zu konkretisieren, habe ich das Gedankenmodell des «perfekten Bordells» entwickelt. Das perfekte Bordell ist eine Metapher; es steht dafür, wie der Umgang mit Sexarbeit und mit den Sexarbeiter*innen aussehen könnte. Ich habe diese Idee zu Papier gebracht, in einem Artikel, der im Januar letzten Jahres im Schweizer Online-Magazin Republik publiziert wurde.



Begleitet wurde dieser Text von einem Podcast, in dem ich erkläre, warum ich auf die Idee eines «perfekten Bordells» gekommen bin, um was es eigentlich geht.²¹ Diese Erklärung war nach Auffassung der Redaktion unbedingt notwendig, damit wir nicht von einem Shitstorm überwältigt w ü r d e n .
Klammerbemerkung: Der

Shitstorm kam dann natürlich trotzdem, er tobte auf den Social-Media-Kanälen besonders

²¹ Podcastfolge: <https://republik.ch/2020/01/17/podcast-warum-wir-das-perfekte-bordell-entworfen-haben>

heftig. Es war ziemlich übel und teilweise auch unter der Gürtellinie, was ich mir da anhören und vorwerfen lassen musste.

Es ist hier und heute leider immer noch erklärungsbedürftig, warum es gute Bedingungen für die Sexarbeit braucht, warum die Rechte der Sexarbeiter*innen gestärkt werden müssen. Nur schon solche Selbstverständlichkeiten, solche Basisforderungen, wirken auf gewisse Menschen offensichtlich als eine Provokation.

Nun, als Erklärung dafür, warum es das «perfekte Bordell» braucht, nannte ich im Podcast Banales: Es geht darum, anzuerkennen, dass die Sexworker Menschen sind wie du und ich – und die Freier übrigens auch. Dass die Freier unsere Brüder, Ehemänner, Onkel, Neffen, Arbeitskollegen und Freunde sind. Keine abartigen Monster. Und dass es an der Zeit ist, die Sexarbeiter*innen zurück in die Gesellschaft zu holen, mitten in die Stadt, dass sie nicht auf Brachen und abgelegene Industriegebiete verbannt werden dürfen. Denn sie gehören zu uns, sie sind unsere Arbeitskolleginnen, Nachbarinnen und Freundinnen, sie bringen ihre Kinder in die gleichen Kindertagesstätten wie wir, kaufen beim gleichen Bäcker ihre Brötchen, trinken im gleichen Café ihren Cappuccino und trainieren neben uns im Fitnessstudio. Man kann es nicht genug betonen: Es sind Menschen wie du und ich, und es gibt keinen Grund, sie nicht in unserer Mitte haben zu wollen.

Neben diesem Podcast und dem Hauptartikel zum «perfekten Bordell» publizierte ich einen längeren Text über eine Bordellchefin in der Schweiz, die auch als Sexarbeiterin tätig ist. Sie nennt sich Clementine, das ist einer ihrer Künstlernamen. Sie gehört zu den wenigen Sexarbeiterinnen in der Schweiz, die es wagen, öffentlich Stellung zu nehmen, öffentlich aufzutreten, zu widersprechen und zu sagen: Nehmt mich ernst. Und ich bin kein Opfer. Ich bin eine erfolgreiche Geschäftsfrau, und als das möchte ich behandelt und anerkannt werden.

Die Zurückhaltung der meisten anderen Sexworker oder die Singularität einer Clementine sagt viel über die Stellung der Sexarbeiter*innen in der Gesellschaft aus. Es ist nachvollziehbar, dass sie sich in einem Klima der Vorurteile und der Repressionen nicht outen wollen. Diese Zurückhaltung ist aber gleichzeitig auch problematisch. Sie schürt die Mythen und Märchen, die grassieren. Eine breite Öffentlichkeit kennt die Sexarbeit nur anhand von Sensationsstories. Man kennt das Elend, die Ausbeutung, die Kriminalität – der Alltag und das Unspektakuläre bleiben weitgehend unbekannt. Je mehr Sexworker es wagen würden, sich öffentlich zu äußern, desto eher könnten Vorurteile beseitigt werden. Irgendwie stecken wir in einem Teufelskreislauf fest: Sexarbeiter*innen zeigen sich nicht, weil sie Diskriminierung und Stigmatisierung befürchten – und die Gesellschaft bleibt mit ihrem Nichtwissen in den Vorurteilen gefangen.

Nicht zuletzt wegen dieser ungemütlichen und ungünstigen Ausgangslage habe ich, als Höhepunkt des ganzen Pakets rund um das «perfekte Bordell», drei Sexarbeiterinnen zu einem Podiumsgespräch in einem der coolsten Lokale Zürichs eingeladen. Clementine war eine von ihnen – und sie war furios. Drei Frauen saßen neben mir auf der Bühne und erzählten in aller Öffentlichkeit und in aller Offenheit von ihrem Arbeitsalltag – ohne ihr Gesicht zu verbergen. Zwei von ihnen traten mit ihren Künstlerinnennamen auf, Judith Aregger mit dem vollen bürgerlichen Namen – und im Wissen darum übrigens, dass ihre Mutter zuvorderst in den

Zuschauerreihen sitzt. Es war das erste Mal, das hat mir Judith nach der Veranstaltung gesagt, dass ihre Mutter mitkam, an einen solchen öffentlichen Anlass, und miterlebte, wie die Tochter über ihre Erfahrungen in der Sexarbeit berichtet.



Die drei Frauen erzählten von ihrem Job, wie sie dazu gekommen sind, was ihnen Freude und was ihnen Sorge bereitet. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte es in der Schweiz noch nie gegeben. Das Publikumsinteresse war überwältigend, Dutzende von Besucher*innen mussten abgewiesen werden. Die meisten der Gäste hatten vermutlich noch nie eine Sexarbeiterin Face-to-Face gesehen, noch nie reden gehört. Und sie hatten

wohl nicht damit gerechnet, was sie antreffen und hören würden: Drei total unterschiedliche Frauen, die in ganz unterschiedlichen Bereichen in der Sexarbeit tätig sind, mit unterschiedlichen Spezialisierungen – und dies seit vielen Jahren. Die ganz normal sind; normal, sympathisch, witzig, eloquent und klug. Es wurde viel gelacht auf dem Podium, kritisiert, widersprochen – aber ganz im Zentrum der Veranstaltung stand die simple Aufklärungsarbeit.

Drei Sexarbeiterinnen berichten von ihrem Job. Punkt. Und sie waren weder Opfer noch Täterinnen oder irgendwelche abwegigen Persönlichkeiten. Diese Message war ungeheuer wichtig. Man kann es nicht genug betonen: Die Sexarbeiter*innen gehören zu uns, sie sind Teil der Gesellschaft. Und mehr noch: Sie sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Sie üben einen sehr anspruchsvollen, sehr nachgefragten Job aus, einen Job, den es vermutlich immer schon gegeben hat.

So, nun aber schleunigst zurück zum Kern meines Referats, zurück zum «perfekten Bordell».

Ich werde Sie kurz, in wenigen Stichworten, durch dieses Bordell führen und danach auf einige Aspekte und Ideen noch detaillierter eingehen.

Fangen wir ganz unten an, auf dem Gehsteig, blicken ins Erdgeschoss und in den Keller runter:

Rund um das perfekte Bordell soll der Straßenstrich möglich sein, für jene Sexworker, die diesen Arbeitsort vorziehen und sich nicht in feste Strukturen einbinden lassen wollen. Der Straßenstrich ermöglicht flexible, ungebundene Arbeitseinsätze ohne Infrastruktur. Es ist nicht einzusehen, warum es die Quartierbevölkerung stören soll, wenn Frauen auf der Straße stehen oder herumspazieren. Viele dieser Frauen sind Mütter. Jedes Kind, das an ihnen vorbeigeht, befindet sich in absoluter Sicherheit. Und für jede Frau gibt es nichts Angenehmeres, als einer Straße entlang zu gehen, auf der sich viele andere Frauen befinden – ob sie nun einen kurzen Rock tragen oder nicht. Apropos kurze Röcke:

Frauen sollen anziehen dürfen, was sie wollen, das gilt für die Sexworker wie für die Nichtsexworker auch. Hat sich schon jemals jemand daran gestört, dass junge Frauen meist keine langen, wallenden Kleider tragen, wenn sie in die Disco gehen?

Im Erdgeschoss befindet sich eine Kontaktbar, und im Keller unten sehen Sie rotes Licht aufflackern. Das könnte der Arbeitsplatz einer Domina sein oder aber ein separates Lokal für einen Swingerclub. Ebenfalls im Erdgeschoss ist ein Friseur- oder Kosmetiksalon eingerichtet. Die Idee dahinter ist, unter anderem, dass im «perfekten Bordell» auch Arbeitsplätze für jene Sexworker angeboten werden sollen, die sich beruflich verändern möchten. Denkbar wären auch ein Nailstudio, ein Kleiderladen, irgendetwas, wovon das ganze Quartier profitieren kann.

Im ersten Stock des perfekten Bordells sehen Sie einen kleinen Raum für die Administration, das Arbeitszimmer einer Sexualbegleiterin oder Berührerin – die Bezeichnungen für diese Spezialisierung sind unterschiedlich. Es geht um Sexworker, die sich auf Dienstleistungen für handycapierte oder betagte Kunden spezialisiert haben. Idealerweise verfügt das perfekte Bordell über rollstuhlgängige Räume. Gleich daneben und immer noch auf dem ersten Stock sehen Sie ein Zimmer mit Jacuzzi einer weiteren Arbeitskollegin, die vermutlich klassische sexuelle Dienstleistungen anbietet.

Im zweiten Stock ist ein Raum für die Aus- und Weiterbildung der Sexworker eingerichtet, ein ganz wichtiger Aspekt des «perfekten Bordells». Es geht darum, dass Berufseinsteiger*innen von erfahrenen Arbeitskolleg*innen in die Sexarbeit eingeführt werden, dass aber auch regelmäßig Weiterbildung angeboten wird. Nicht nur direkt zur Sexarbeit, sondern auch in Bezug auf Gesundheit, Recht, Management, Buchhaltung, und so weiter. Im Bordell sollen Anwälte*innen, Ärzt*innen, NGO-Vertreter*innen und weitere externe Fachleute für Vorträge und Workshops eingeladen werden. Und was zudem vorstellbar und wünschbar wäre: dass die Sexarbeiter*innen Kurse für Nichtsexarbeiter*innen anbieten. Dass sie also ihre Erfahrungen an andere Frauen weitergeben oder einfach Fragen rund um die Sexualität beantworten. Dieses Anliegen ist mir im Laufe der Recherche von Journalistinnenkolleginnen zugetragen worden. Ich finde die Idee bestechend. Neben dem Weiterbildungsraum sehen wir ein weiteres Arbeitszimmer für eine Domina.

Im dritten Stock oben Arbeitsräume für die klassische Sexarbeit, im Dachgeschoss könnten Pausenräume für die Sexworker eingerichtet werden, allenfalls auch Übernachtungsmöglichkeiten. Und, wie Sie sehen, auch die Dachterrasse lässt sich vortrefflich nutzen.

Soweit ein erster, kurzer Einblick ins perfekte Bordell. Lassen Sie uns nun folgende vier Aspekte näher beleuchten:

1. Welche Dienstleistungen könnten unter dem gleichen Dach angeboten werden, wo stoßen wir hier an Grenzen?

2. Was ist die rechtliche Struktur des Bordells – braucht es einen Chef oder eine Chefin, oder geht's allenfalls auch ohne?
3. Wo genau soll sich das Bordell befinden?
4. Wie gehen wir mit den Behörden um – und sie mit uns um?

1. Welche Dienstleistungen passen unter ein Dach? Und welche lagern wir besser aus?

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich diese Frage als Nichtsexarbeiterin mit der allergrößten Naivität angegangen bin. In meinen Wunschvorstellungen hätten im perfekten Bordell einfach alle Platz gehabt: Die klassisch arbeitende Hure, die Domina, die Erotik Artistin, die Sexualbegleiterin, die Fetisch-Spezialistin, die Trans-Sexworker, der Call-Boy, der Stricher, die Tantra-Masseurin, schrankenlos einfach alle, die in irgendeiner Form und für welche Klientel auch immer Sexarbeit anbieten.

Meine Gesprächspartnerinnen, die Fachfrauen also, haben mir von solchen Ideen abgeraten. Sie sagten mir, dass sich bestimmte Gruppen von Kundinnen und Kunden im Haus einfach nicht begegnen möchten. Dass ein Freier nicht damit rechnen will, im Foyer oder in der Bar auf seine Ehefrau oder Tochter zu stoßen. Dass sich homosexuelle Kunden lieber in einem anderen Milieu mit Strichern treffen und sich nicht so gerne mit Heterosexuellen kreuzen. Was hingegen zu funktionieren scheint, ist die Kombination von weiblichen Sexworkern und trans Sexworkern unter dem gleichen Dach. Clementine beispielsweise hat damit gute Erfahrungen gemacht.

Weniger erfolgreich hingegen waren die Versuche, in einem auf männliche Kundschaft ausgerichteten Bordell auch Sexworker für eine weibliche Kundschaft unterzubringen. Die wenigen derartigen Beispiele, die ich kenne, sind gescheitert. (Und das nur als Klammerbemerkung: Die wenigen Frauen, die ich kenne, die sich mehr oder minder offen als Käuferinnen von Sex bekennen, haben ihre Dienstleister im Ausland kennengelernt. Sie sprechen auch lieber von einem Ferienflirt als von gekauftem Sex, obwohl kein Unterschied ersichtlich ist und Geld in die eine Richtung geflossen ist – für entsprechende Gegenleistungen.)

Problemlos dürfte im Bordell die Kombination von klassischer Sexarbeit mit Domina-Studios sowie die Integration von Räumen für handycapierte Kunden möglich sein. Je mehr die Sexarbeiter*innen unterschiedliche Spezialisierungen anbieten, desto weniger konkurrenzieren sie sich gegenseitig.

Zu den handycapierten Freiern noch ein Gedanke. Ich weiß nicht, wie das in Deutschland und in anderen europäischen Ländern geregelt ist. In der Schweiz haben wir die absurde Situation, dass vielerorts sexuelle Dienstleistungen für handycapierte oder betagte Menschen anders geregelt werden. Diese Berufskolleginnen gelten nicht als Huren und unterstehen nicht den strengen Auflagen und Restriktionen, die für alle anderen Sexworker gelten.

In der Schweiz gibt es gut ein Dutzend kantonaler und kommunaler Prostitutionsgesetze. Wir sind ein sehr kleines Land. Das heißt, alle paar Kilometer gilt ein anderes Rechtsregime für

Sexarbeiter*innen – es ist ein Dschungel an Gesetzen und Behördenpraxis, niemand hat den Überblick, die Situation muss als kafkaesk bezeichnet werden. Eigentlich wäre die Sexarbeit in der Schweiz seit 1942 erlaubt, und schon 1973 hat unser höchstes Gericht anerkannt, dass die Sexarbeit unter dem Schutz der verfassungsmässigen Wirtschaftsfreiheit steht.

Dennoch ist es den Kantonen (das wären bei Ihnen die Bundesländer) erlaubt, regionale Regeln zur Ausübung der Prostitution aufzustellen.

Im Prostitutionsgesetz des Kantons Genf, der im Wesentlichen aus der Stadt Genf besteht, heißt es ausdrücklich, dass Berührer*innen oder Sexualassistentinnen nicht unter das Prostituiertengesetz fallen.

Die Unterscheidung ist schlicht absurd. Natürlich braucht es eine Zusatzausbildung für die Arbeit mit schwerbehinderten oder mit betagten oder mit dementen Kunden. Aber warum soll es weniger verwerflich sein, wenn sexuelle Dienstleistungen für handycapierte Menschen angeboten werden, als wenn genau das gleiche für nichthandycapierte Menschen geschieht? Und wo bitte soll hier die Grenze gezogen werden?

Weil nun also nicht alle Facetten der Sexarbeit unter dem Dach des perfekten Bordells Platz finden dürften, habe ich die Lösung vorgeschlagen, dass wir in den Betrieb einen Escort-Service integrieren, mit Chauffeurdiensten und, falls erwünscht, mit Bodyguards. Das hat den Vorteil, dass die Frauen und Männer, die lieber als Escort arbeiten, dennoch ins Bordell eingebunden sind, hier Arbeitskolleg*innen kennenlernen, an die Weiterbildungen kommen, den Frisörsalon und die Bar nutzen können – die übrigens, in meiner Wunschvorstellung, tagsüber als ganz normale Café-Bar fürs Quartier funktionieren soll. Denn eben: Wir wollen uns ja nicht abgrenzen. Es sollte kein Problem sein, wenn die Nichtsexarbeiter*in mit der Sexarbeiter*in am gleichen Tisch einen Kaffee trinkt.

2. Die Rechtsform des «perfekten Bordells» und die Frage, ob es einen Chef oder eine Chefin braucht

In meiner Wunschvorstellung wäre das perfekte Bordell genossenschaftlich organisiert. Es wäre ein selbstverwaltetes, nicht gewinnorientiertes Genossenschaftspuff. Die Erlöse sollten im allergrößten Umfang bei den Sexarbeiter*innen bleiben. Es ist nicht die Idee, dass sich ein Betreiber oder eine Betreiberin bereichert. Idealerweise würde das Bordell von erfahrenen Sexarbeiter*innen geführt. Und das Puff würde vielseitige Arbeitsweisen ermöglichen. Eben zum Beispiel auch den Straßenstrich oder einen Escort-Service, den Frisörsalon und das Café. Dann gibt es die bereits erwähnte Kontaktbar, in der sich Sexworker und Kunden kennenlernen. Die Kontaktbar bietet zudem die Möglichkeit, stunden- oder halbstundenweise Zimmer zu mieten, also eine Art von Hotelservice. Wer sich länger installieren möchte, hätte im perfekten Bordell die Möglichkeit, wochen- oder monataweise ein Zimmer zu mieten – und zwar anständige Räume zu anständigen Preisen, keine Rattenlöcher, die ein Vermögen kosten. Im Sauna- oder Swingerclub gälte die Regel, dass sowohl die Kundschaft als auch die Sexworker einen Eintrittspreis bezahlen, dass die Huren danach aber alles behalten können, was sie mit

ihren Dienstleistungen verdienen. Sie sind niemandem Rechenschaft darüber schuldig, mit wem sie aufs Zimmer gehen und was sie mit ihrer Kundschaft tun.

Ein wichtiger Aspekt ist: Unser perfektes Bordell bietet sowohl Platz für Sexworker, die innerhalb eines Arbeitsvertrags tätig sein möchten als auch für Berufsleute, die ihre Dienstleistungen als Selbständigerwerbende anbieten; sie mieten wie erwähnt ein Zimmer, nutzen den Hotelservice oder schließen sich dem Escort-Dienst an.

Wer dies wünscht, soll aber auch die Chance auf einen ganz normalen Arbeitsvertrag haben, mit all den sozialen Absicherungen und Annehmlichkeiten, wie sie die meisten von uns kennen. Das heißt: bezahlte Ferien, Elternurlaub, Absicherung im Krankheitsfall, Kinderzulagen, Arbeitslosenversicherung, und so weiter und so fort.

In der Schweiz wird bis heute immer noch darüber diskutiert, ob ein Arbeitsvertrag rechtlich zulässig ist, oder ob er nicht zu stark in die Persönlichkeitsrechte der Sexarbeiter*innen eingreift: wegen des Weisungsrechts des Arbeitgebers oder aber wegen der Kündigungsfrist.



Bei Letzterem geht es um die Frage, ob einer Sexarbeiter*in zugemutet werden kann, während einer Kündigungsfrist ihre Dienstleistungen immer noch anbieten zu müssen.

Beide arbeitsvertragstypischen Merkmale, das Weisungsrecht der Arbeitgeberin wie auch die Kündigungsfrist, die ja gegenseitig gilt, lassen sich indes so ausgestalten, dass das Persönlichkeitsrecht der Sexarbeiterin nicht im Übermaß tangiert wird. Das Weisungsrecht kann problemlos stark eingeschränkt werden, wie das bei anderen Berufen auch der Fall ist, etwa bei Pilotinnen oder bei Pfarrern. Während der Kündigungsfrist könnten jene Angestellten, die keine sexuellen Dienstleistungen mehr erbringen wollen, andere Arbeiten im Bordell

übernehmen oder freigestellt werden – beides ist in der Arbeitswelt alles andere als ungewöhnlich.

Zur Frage, ob es im «perfekten Bordell» einen Chef oder eine Chefin braucht, hätte ich als außenstehende Nicht-Fachfrau dazu tendiert, mit einem Nein zu antworten. Die Gesprächspartnerinnen während meiner Recherche sehen dies anders. Sie befürworten eine ordnende Hand im Bordell und sind eher skeptisch, was die Selbstverwaltung betrifft. Was die Sexworker von einem Chef oder einer Chefin jedoch ganz klar und in erster Linie verlangen, ist: Dass sie den Huren Spielraum gewähren, sie ernst nehmen, sie nicht in strikte Abläufe und enge Vorgaben einbinden. Weder zeitlich noch was die Art der Dienstleistung, die Wahl der Kunden oder die Anzahl der Kunden betrifft. Hier müssen die Sexworker unbedingt und zwingend absolut autonom entscheiden können. Alles andere verletzt ihr Selbstbestimmungsrecht und damit ihre Persönlichkeitsrechte. Es wäre gesetzeswidrig, verstößt gegen das Strafrecht und gegen das Zivilrecht. Es ist schlicht unzulässig. Und übrigens auch unnötig. Sexworker tun ihren Job dann am besten, wenn sie ihn so ausüben, wie sie es wollen.

Lady Kate sagte mir zu diesem Thema: Ein guter Chef muss auf die Loyalität und die Kreativität der Sexarbeiterin zählen. Er muss auf sie hören und ihr eine Stimme geben. Er darf nicht in erster Linie den Gewinn im Auge haben, sondern muss ans Wohlergehen der Frauen denken. Er sollte sich auf ihre Seite stellen, wenn es zum Konfliktfall kommt, wenn ein Kunde bei ihm reklamiert.

3. *Wo soll das perfekte Bordell stehen?*

Die Frage ist aus meiner Sicht einfach zu beantworten: Mitten in der Stadt. Neben meinem Wohnhaus oder neben meinem Büro, neben dem Stadthaus oder neben dem Kino-komplex. Ein Bordell stört die öffentliche Ordnung nicht per se. Auflagen darüber, wie es nach außen hin wirkt und wirbt, sind zu tolerieren. Das perfekte Bordell muss nicht mit grellem Neonlicht oder mit anstößigen Bildern das Stadtbild beeinflussen. Es ist ein Haus unter vielen, die Erotik findet drinnen statt, kein Kind und keine Stadtbewohnerin soll davon behelligt werden. Meiner Auffassung nach – aber vielleicht werden Sie mir widersprechen – stört es die Ruhe und Ordnung einer Stadt nicht, wenn Frauen draußen stehen und Kunden anwerben. Ich kann mich noch an die Zeiten in Zürich erinnern, als die Huren in der Altstadt stehen und durch die Gassen schlendern durften, Tag und Nacht. Es hat mich nie gestört, und ich konnte mir nicht vorstellen, dass dies störend wirken könnten. Ich fühlte mich sicher, mit all den Frauen auf der Straße. Ist eine solche Auffassung heute noch vorstellbar, realisierbar?

Das perfekte Bordell soll zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein, für die Sexworker und für die Kundschaft. Heute sind die Sexarbeiter*innen in manchen Städten auf Taxifahrer angewiesen, die sie an den Arbeitsplatz bringen und zu später oder früher Stunde wieder zurück nachhause, weil ihr Arbeitsplatz an den Rand verbannt wurde: Auf Industriebrachen, in Außenquartiere. Das Taxi kostet viel Geld. Und am Rande der Stadt kann es gefährlich sein. Es sind abgelegene, dunkle Arbeitsplätze mit wenig Licht, wenig Passanten

und wenig Straßenverkehr. Es gibt keine Möglichkeit, sich für eine Pause in ein Café oder in eine Bar zu setzen. Alle Sexarbeiterinnen, die ich befragte und die es vorziehen, auf der Straße zu arbeiten, haben mir gesagt: Es wäre in jeder Hinsicht so viel angenehmer, wenn wir in der Stadt arbeiten könnten. Und wir hätten auch eine größere Auswahl, was die Kunden betrifft.

Erlauben Sie mir noch diese Nebenbemerkung, sie ist mich wichtig: Prostituierte haben einen Beruf, sie bieten sexuelle Dienstleistungen an. Daneben sind sie Frauen und Männer mit einem Privatleben und einer Freizeit. Sie SIND nicht Prostituierte, sie arbeiten als Prostituierte. Die Unterscheidung zwischen Sexworker und Nicht-Sexworker ist im Übrigen unscharf. Wer sich von einem gut betuchten Liebhaber aushalten lässt, gilt land-läufig nicht als Prostituierte, auch wenn sie vom Geld und den Geschenken des Liebhabers lebt. Sich eine Wohnung zahlen lässt, beispielsweise, Gold-, Perlenketten und Diamantringe entgegennimmt. Die Studentin, die gelegentlich Escort-Services anbietet und damit ihr Studium finanziert, ist beides: Gelegenheits-Sexarbeiterin und Studentin. Und in keiner Weise ist es bekanntlich gesellschaftlich verpönt, dass jemand nur deshalb eine Ehe eingeht, weil der Ehemann oder die Ehefrau für ein angenehmes Leben ohne finanzielle Sorgen sorgt. Die Grenzen verwischen sich. Die vielen Auflagen und das gesellschaftliche Unverständnis hingegen fokussiert sich nur auf eines: Die Sexarbeit, die Sexworker.

Aber warum bloß soll es uns Quartier- oder Hausbewohnerinnen mehr stören, wenn ein Ehepaar miteinander Sex hat, als wenn es eine Hure und ihr Kunde tun? Ausbeutung und Gewalt, das wage ich zu vermuten, kommt in der Ehe wohl mindestens so häufig, wenn nicht sogar häufiger, vor, als in der Beziehung zwischen einer Prostituierten und ihrer Kundschaft. Ist jemand deshalb schon auf die Idee gekommen, die Ehe zu verbieten? Weil es dort zu Gewalt und zu Kriminalität kommt?

In keiner Art und Weise soll mit dieser Aussage negiert werden, dass es innerhalb des Sexgewerbes zu Ausbeutung, zu Gewalt und Verbrechen kommt. Das gibt es. Und es muss mit aller Schärfe geahndet und bestraft werden. Menschenhandel und Zwangsprostitution, die Überwachung von Sexarbeiter*innen, jegliche Einflussnahme auf ihr Selbstbestimmungsrecht, sind inakzeptabel.

Aber: Menschenhandel und Zwangsprostitution sind nicht mit Sexarbeit gleichzusetzen. Die kriminellen Auswüchse im Gewerbe sind zu bestrafen – nicht die Sexworker insgesamt. Sie alle zu Opfern zu machen ist ebenso eine Stigmatisierung, wie sie als Störe-friede oder moralisch fragwürdige Persönlichkeiten abzustempeln. Die Sexworker zu stärken, ihnen Rechte zu geben, sie nicht an die Ränder zu verbannen, sie nicht in die Schmutzdecke zu drücken – das ist die wirksamste Prävention gegen Ausbeutung und Kriminalität. Das nimmt verbrecherischen Banden den Nährboden ihres Wirkens weg. Denn in einer solchen Atmosphäre der Anerkennung und Gleichbehandlung braucht es die schmierigen Aufpasser und Helfer schlicht und einfach nicht mehr. Sie werden überflüssig, verlieren ihre Jobs, ihr bequemes Einkommen.

In jedem Gewerbe, sei es die Landwirtschaft, die Baubranche, das Gastgewerbe oder die privaten Haushalte, muss die Ausbeutung bekämpft werden, sind die Opfer zu erkennen und zu retten. In keinem anderen Gewerbe außer der Sexarbeit werden kriminelle Auswüchse jedoch zum Anlass genommen, das Gewerbe insgesamt verbieten zu wollen. Das sogenannte

nordische Modell, die Bestrafung des Sexkaufs, ist nichts anderes als ein verkapptes Prostitutionsverbot. In der Sexarbeit werden zweiseitige Verträge abgeschlossen, meist mündlich, es ist die Abmachung zwischen der Sexarbeiterin mit ihrem Freier. Ich biete folgende Dienstleistung, und du bezahlst mir folgende Summe Geld dafür. Solche Verträge zwischen zwei Parteien werden von Anfang an unmöglich, wenn die eine Vertragspartei, der Freier, eine kriminelle Handlung begeht.

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Der Staat erlaubt der Bäckerin, einen Laden zu eröffnen, teilt ihr aber mit, dass jeder Kunde, der den Laden betritt und Brot kaufen möchte, sofort verhaftet und bestraft wird. Schützt der Staat damit die Bäckerin? Wovon soll sie leben? Warum sagt der Staat nicht gleich von Anfang an, dass es verboten ist, eine Bäckerei zu führen?

Das Beispiel der Bäckerei führt uns zurück zum Standort des perfekten Bordells. Ich möchte Ihnen von Nicole erzählen, einer meiner Gesprächspartnerinnen. Nicole hat ein sehr erfolgreiches Berufsleben als Sexworker und Domina hinter sich, sie hat zu ihren besten Zeiten mehrere Zehntausend Schweizerfranken pro Monat verdient. In den letzten 10 Berufsjahren arbeitete sie als Domina in einem Wohnblock in der Agglomeration Zürichs. In einem Haus also, in dem Dutzende von Familien lebten, mit und ohne Kinder, alte und junge Menschen. Niemand wusste, dass in einer Wohnung unter ihrem Dach eine Domina arbeitete und dort Kunden empfing. Zehn Jahre lang hat das niemand, gemerkt, hat sich niemand gestört daran.

Und wenn sie es gewusst hätten? Wenn Nicole die Nutzung der Wohnung offengelegt hätte. Es wäre zu einem Aufschrei des Entsetzens gekommen, mit großer Sicherheit zu einer enormen allgemeinen Empörung. Nicole hätte ihr diskretes, gut funktionierendes Studio wohl aufgeben müssen. In der Schweiz wird es den Sexarbeiter*innen sehr schwer gemacht, in einem Wohnquartier zu arbeiten, und es ist fast unmöglich, in einer Wohnung, in der sie hauptsächlich leben, nebenbei auch noch zu arbeiten. Ein Recht, das für alle Nichtsexarbeiter*innen völlig normal und selbstverständlich ist. Und dies nicht erst seit der COVID-19-Pandemie, wohlgemerkt. Die Buchhalterin, Lehrerin, der Architekt oder die Journalistin, alle dürfen in ihrer Wohnung auch noch arbeiten, solange dies keinen übermäßigen Lärm oder sonstige übermäßige Beeinträchtigungen verursacht.

So still und diskret eine Sexarbeiterin auch in ihrer Wohnung arbeitet, sie muss stets mit einem Verbot rechnen. Das Zauberwort für die Bekämpfung ihrer Tätigkeit in Wohnblöcken oder Wohnzonen lautet – zumindest in der Schweiz: ideelle Immissionen. Hinter diesem schrecklich schwammigen juristischen Begriff steckt die Idee, dass Anwohnerinnen und Hausmitbewohner eine übermäßige psychische Beeinträchtigung erleiden könnten, wenn zwei Personen miteinander Sex haben – und die eine Person dafür bezahlt. Aus Gründen dieser ideellen Immissionen hat in der helvetischen Alpenrepublik schon so manche Sexarbeiterin einen sicheren Arbeitsplatz verloren – oder musste ihre Wohnung verlassen.

4. *Wie gehen wir mit den Behörden um – und wie gehen sie mit uns um?*

Die Betreiber*innen des «perfekten Bordells» arbeiten eng mit den Behörden zusammen, denn sie haben nichts zu verbergen. Sie haben im Gegenteil ein Interesse daran, dass den kriminellen

Banden, den Menschenhändlern und Ausbeutern das Handwerk gelegt wird, dass sie in Ruhe und unbehelligt arbeiten können. In Ruhe arbeiten heißt jedoch auch: Nicht durch ständige Razzien gestört werden. Ein Puff, so anständig, diskret, korrekt und gesetzestreu es auch betrieben wird, hat keine Überlebenschancen, wenn ständig die Polizei vor der Türe steht, wenn die Kundschaft und die Sexarbeiter*innen ständig kontrolliert werden. Kein Gewerbebetrieb, sei es eine Bäckerei oder eine Kneipe, würde unter solchen Umständen überleben. Razzien sind zudem für die Sexworker und die Kunden ein demütigendes, stressiges Prozedere – auch dann, wenn niemand etwas zu verbergen hat.

Wenn es schon zu Kontrollen im Bordell kommt, dann sollten die Arbeitsinspektoren vorbeischaun und überprüfen, ob die Arbeitsbedingungen stimmen. Das Sexgewerbe primär bei der Polizei anzusiedeln, was immer noch der Regelfall ist, ist stigmatisierend und inhaltlich nicht zu begründen. Sexarbeiter*innen polizeilich zu registrieren, sie mit immer mehr Auflagen zuzudecken, erhöht nicht deren Sicherheit, sondern vereinfacht die Arbeit der Polizei. Die Polizei hat einen enormen Datenhunger – und es liegt an uns Bürger*innen, ihrem Eingreifen in unser Alltagsleben einen Riegel vorzuschieben. Prävention darf nicht dazu dienen, dass wir zum gläsernen Menschen werden. Was wir in aller Legalität tun, geht die Polizei nichts an.

Und einmal mehr: Was unbestrittenermaßen zu mehr Sicherheit führt, ist die Bestärkung der selbständig und eigenständig arbeitenden Hure. Nur wer in Ruhe und Sicherheit tätig sein kann, sich nicht verstecken muss und keine Behördenschikane befürchtet, wird sich melden, wenn es bei der Arbeit zu Problemen und Unregelmäßigkeiten kommt. Und wird die Möglichkeit haben, Berufskolleg*innen zu erkennen und ihnen behilflich zu sein, die unter prekären, ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Das alles ist nur möglich, wenn die Sexarbeiterin als gleichwertiges Mitglied in der Gesellschaft anerkannt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um Würde und Respekt für alle. Es geht um Existenzen. Es geht ums Leben.

Ich möchte meine Ausführungen mit der Erinnerung an Karla beenden. Karla hieß mit richtigem Namen Hilario Reyes Gallegos. Sie arbeitete als transsexuelle Prostituierte in der



nordmexikanischen Grenzstadt Ciudad Juarez. Karla hätte im Sommer 2016 in die Schweiz, nach Zürich, reisen sollen. Sie war eingeladen worden, um am Kulturevent **M a n i f e s t a** teilzunehmen, um sich vor dem kulturell interessierten Publikum mit ortsansässigen Arbeitskolleg*innen

über ihren Beruf auszutauschen. Doch wenige Monate vor der Manifesta wurde Karla ermordet, mit einem Steinbrocken erschlagen. Sie wurde 64 Jahre alt. Die Täter wurden bis heute nicht gefunden.

Was hätten ihr die Sexarbeiter*innen in der Schweiz erzählt? Die Huren, Dominas, die Stricher, Call-Boys, die Erotic-Artists, Berührerinnen, Sexualassistentinnen, die fleurs de pavé, wie es auf Französisch so schön heißt? Sie alle hätten Karla vielleicht erzählt, dass die Prostitution in der Schweiz seit 1942 legal ist. Dass den Sexarbeiter*innen aber bis heute die gesellschaftliche Anerkennung und die volle rechtliche Gleichstellung versagt bleibt. Dass es immer noch zu viel Diskriminierung gibt. Und dass man in der Schweiz zwar nicht mit Steinen, aber mit Blicken getötet wird, mit Geringschätzung und Missachtung bestraft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

– Publikumsgespräch –

Harriet Langanke möchte nun wissen, wie nah die Schweiz denn an dem *perfektem Bordell* dran sei.

Hürlimann räumt ein, dass man noch ganz weit von der Umsetzung entfernt sei. Den heutigen Vortrag halte sie dabei zum ersten Mal. Hürlimann berichtet, sie sei vom Shitstorm auf ihren Artikel in der "Republik" schockiert gewesen und bei der Podiumsdiskussion hätten sie und die Sexarbeitenden dann auch noch übergriffiges Verhalten von "survivors" erdulden müssen, die die anwesenden Sexarbeitenden direkt angegriffen hätten.

Langanke fragt, wo in der animierten Darstellung des *perfekten Bordells* der Block bzw. der Untersuchungsraum für Beratungen nach § 10 ProstSchG untergebracht wäre – der habe gefehlt.

Dazu bemerkt Hürlimann unter Applaus des Publikums: „Den könnt ihr euch irgendwohin stecken.“ Das ProstSchG sei für sie nichts anderes als die Wiedereinführung des Bockscheins. In der Schweiz gebe es zwar kein ProstSchG; dennoch hätten die Verbotsbefürworter*innen aber starken Aufwind, gerade im Zusammenhang mit COVID-19. Dabei habe es aber im Schweizer Sexarbeitsbereich keine Ausbrüche von COVID-19 gegeben.

Die Moderatorin bleibt noch eine Weile bei der Animation des *perfekten Bordells*. Was soll denn im dort gezeigten Schulungsraum, der auch von Nicht-Sexarbeitenden genutzt werden soll, unterrichtet werden? Was sollten Sexarbeitende dort vermitteln?

Für Hürlimann ist die Sache ganz klar – wie geht Sex? Wie macht es mir Spaß? Kurse solcher Art würden sicher überrannt und sollten am besten erst mal nur von Frauen für Frauen angeboten werden. Frauen fühlten sich sicherer unter Frauen.

Gudrun Grebe von ragazza e.V. merkt an, das Träumen habe bei ihr gut geklappt. Sie erinnert, Katrin Schrader aus dem ragazza-Vorstand habe vor Jahren die Idee eines Hetärenkollegs in die Welt gebracht – ein Gebäude und ein Wohlfühlort für Sexarbeiterinnen. Dazu habe man sogar

eine wissenschaftliche Studie in Auftrag geben können. Die Vorbereitungen seien damals weit gediehen; die Umsetzung sei aber am Geld gescheitert.

Stefanie Klee appelliert an die Anwesenden, alle sollten mehr träumen und Idealvorstellungen entwickeln. Von Hydra in Berlin sei die Idee eines solchen Orts ebenfalls schon vor 20 Jahren verfolgt worden. Es seien sogar schon Genossenschaftsanteile ausgegeben worden, und auch Madonna in Bochum hatte ähnliches probiert.

Klee möchte nun wissen, ob es in der Schweiz einen aktuellen Anlass gegeben habe, um die Idee eines *perfekten Bordells* zu entwickeln.



H ü r l i m a n n beschäftigt sich seit dreißig Jahren mit Sexarbeit; zuletzt habe sie die Verhältnisse in der Schweiz nur noch als schlimm empfunden; ohne Aussicht auf Verbesserung. Ein Befreiungsschlag sei hier erforderlich gewesen – so sei es dann zum *perfekten Bordell* gekommen.

Hürlimann habe auch schon die lokale Politik mit ihrer Idee konfrontiert und Unterstützung eingefordert – dort sei man aber immer überfordert gewesen. Sie warte nun darauf, dass in Deutschland das *perfekte Bordell* eröffnet werde.

Ruby Rebelde kommentiert, es sei erfrischend gewesen, über Visionen nachzudenken. Es seien bei dieser Fachtagung schwere Themen gewälzt worden. Ihre Wahrnehmung bei solchen Tagungen sei – und das sei auch hier in Bielefeld wieder so gewesen –, dass sie als Sexarbeiterin eine Randfigur sei. Oft werde nicht mit Sexarbeitenden gesprochen, und sie seien oftmals nur als Beiwerk eingeladen, weil es sich so gehöre. Auch in Bielefeld sei es zu beobachten gewesen, dass nur wenige das Gespräch mit Sexarbeitenden gesucht hätten – es gebe da immer noch viele Vorurteile, und sie wünsche sich, dass der Gedanke von einem *perfekten Bordell* zukünftig auch in perfekte Fachtagungen und in einen perfekten Austausch übertragen werde. Vor zwei Tagen sei sie in Oldenburg in eine Ausstellung eingeladen gewesen, zum Thema Sexarbeit. Im Eingangsbereich habe eine Sexarbeitsorganisation aus Schottland eine Installation aufgebaut, in Gestalt eines Tisches mit Informationsmaterial. Die Besuchenden seien also aufgefordert gewesen, sich aus erster Hand bei Sexarbeitenden über Sexarbeit zu informieren.

Workshops

Einleitung

Die sieben Workshops haben alle simultan am ersten Tag der Fachtagung stattgefunden. Die Workshopleitenden waren wie die Teilnehmenden entweder online zugeschaltet oder in der Volkshochschule in Bielefeld anwesend.

Im Folgenden sind die Protokolle der sieben Workshops in numerischer Reihenfolge gelistet:

- Workshop I ProfiS – Professionalisierung von Sexarbeiter*innen als Basis der Gesundheitsförderung - für Multiplikator*innen
- Workshop II Zugänge zu Mann-männlichen Sexarbeitern
- Workshop III Gesundheitliche Beratung nach § 10 ProstSchG
- Workshop IV Sprachbarrieren in der Beratungsarbeit
- Workshop V Aufsuchende Arbeit im ländlichen Raum
- Workshop VI Weibliche*Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum – Konsequenzen für die Soziale Arbeit
- Workshop VII Perspektive auf Gesundheit von trans Personen in der Sexarbeit



Dabei ist wie üblich darauf geachtet worden, dass sowohl der Input der jeweils Workshopleitenden Person(en) aufgenommen, als auch die sich ergebenden Gruppengespräche wiedergegeben sind.

Workshop I: „ProfiS – Professionalisierung von Sexarbeiter*innen als Basis der Gesundheitsförderung – für Multiplikator*innen“

Moderatorin Stephanie Klee stellt sich zunächst vor; sie kommt aus Berlin und arbeitet als Sexualassistentin. Anstatt einer gemeinsamen Vorstellungsrunde leitet sie für die Teilnehmenden eine Fantasiereise an. Alle schließen die Augen und hören Klee zu, die die Zuhörenden durch verschiedene Stationen der Abenteuerreise führt.

Wir stellen uns vor, wir wären selbst Sexarbeitende – ein Spiel mit der eigenen Identität: Arbeite ich im Bordell oder arbeite ich auf der Straße? Bin ich eine Stripperin oder ein Escort? Wo auch immer ich arbeiten mag, ich stelle mir vor, wie auf einmal eine Razzia stattfindet. Es ist hektisch, die Stimmung ist angespannt. Viele unterschiedliche Menschen betreten den Raum, ich weiß nicht, wer da alles dabei ist. Sind das Polizist*innen, sind das Menschen vom Gesundheitsamt? Alle Anwesenden werden befragt. Der Mensch, der die Lokalität verwaltet, wird mit Fragen gelöchert. Was muss ich den Beamt*innen alles erzählen? Was muss mein*e Chef*in über mich wissen? Welche meiner Daten gibt mein*e Chef*innen weiter? Wo liegen die Grenzen meiner Privatsphäre; was darf ich für mich behalten? Ich werde unterschiedliche Dinge gefragt wie beispielsweise: Wie viele Kund*innen ich pro Tag habe, ob ich verheiratet bin, wie viele Kinder ich habe und wo ich krankenversichert bin. Brauchen sie diese Informationen? Mit dieser letzten Frage endet die Fantasiereise, die Teilnehmenden kommen zurück in den Workshop.

Klee fragt die Teilnehmenden, welche Behörden bei der fantasierten Razzia anwesend waren. Die Polizei, das Gesundheitsamt, die Ausländerbehörde und das Zollamt werden genannt. Klee fügt hinzu, dass nicht immer alle Beamt*innen direkt zu erkennen seien. Manche seien auch "undercover" unterwegs. Klee erzählt aus ihrem Erfahrungsschatz und veranschaulicht dabei die Notwendigkeit des ProfiS-Projektes. Hinsichtlich des Umgangs mit den eigenen Daten bedürfe es Wissen über Rechte und Pflichten von Sexarbeitenden. Gerade am Beispiel der Razzia ließe sich verdeutlichen, wie wichtig die Kenntnis der eigenen Rechte sei. Hier nämlich sei es tatsächlich nur Pflicht, den Personalausweis vorzuzeigen. Wird man befragt, müsse man nur die Informationen, die auf dem Personalausweis stehen, preisgeben. Alles andere ginge bei einer Razzia niemanden etwas an.



Weiter klärt Klee darüber auf, dass verschiedene Behörden und Gesetze den Arbeitsbereich der Sexarbeit tangierten. Dazu zählten das Prostitutions- und Prostituiertenschutzgesetz, das Strafgesetzbuch, das Ausländergesetz, die Sozialgesetze, Steuergesetze und Festlegungen von Ordnungswidrigkeiten. Zum Prostituiertenschutzgesetz gehörten zusätzlich Kenntnisse des Bau- und Gewerberechts. Außerdem seien kommunale Auslegungen nicht einheitlich. Da

durchzublicken, die eigenen Rechte und Pflichten zu kennen, sei eine schwierige Herausforderung.

Bei all der Undurchsichtigkeit stelle sich die Frage, welche Informationswege adäquates Wissen bieten können und Sexarbeitende erreichen. Übliche Flyer von Fachberatungsstellen und anderen Hilfsinstitutionen wanderten aus den Händen der Sexarbeitenden nicht selten schnell in den Papierkorb. Klee spricht von der Prostitution als eine sprechende Branche. Auch wenn Kontakte und Möglichkeiten über das Internet zunähmen, bedürfe es immer noch eines verbalen Austauschs unter Sexarbeitenden. Daher seien Treffen mit ihnen an den häufig frequentierten Arbeitsplätzen sinnvoll.

In der Arbeitspraxis von Sexarbeitenden zeigen sich viele Verunsicherungen hinsichtlich der Rolle und Aufgaben von Behörden. Beispielsweise könnten Polizist*innen als Freund und Helfer und im nächsten Kontakt als völlig rigide Kontrollinstanz auftreten. Die Mitarbeitenden vom Gesundheitsamt könnten wiederum sehr am Wohl der Sexarbeitenden interessiert wirken; was aber machen diese Behörden mit den persönlichen Daten? Die Intention der Behörden sei nicht immer klar und transparent.

Bei Befragungen von Bordellbetreibenden, Gesundheitsämtern und Fachberatungsstellen komme häufig der Wunsch nach Schulungen, Fortbildungen und Seminaren für Sexarbeitende auf. Viele Fragen, die interessierte Sexarbeitende stellen, könnten von den Genannten häufig nicht schnell und ausreichend klar beantwortet werden. Es bestehe ein großer Wissensdurst in einer unübersichtlichen Strukturenlandschaft.

An dieser Stelle greife das Projekt ProfiS²² und bietet in Clubs und Bordellen Fortbildungen und Informationen an. Im Jahr 2008 sei das Projekt mit Unterstützung der Deutschen Aidshilfe und der Beratungsstelle Madonna e.V. gestartet und seitdem können Trainer*innen für die Fortbildungen ausgebildet werden; seit 2011 fänden ProfiS-Veranstaltungen statt. Die Trainer*innen seien selbst in der Sexarbeit tätig oder ehemalige Sexarbeitende. Diese seien deutschlandweit und in allen Segmenten der Sexarbeit vertreten. Zu den Segmenten gehören die Straße, Bars, Clubs und Wohnungsbordelle. Auch Personal aus Fachberatungsstellen und Mediator*innen könnten die spezialisierende Ausbildung durchlaufen. Laut Klee werden etwa 40 bis 60 Fortbildungen pro Jahr finanziert und allesamt im entsprechenden Jahresabschlussbericht dokumentiert.

Während der andauernden COVID-19-Pandemie seien vermehrt Fortbildungen online initiiert und durchgeführt worden.

Dadurch, dass das Angebot in den Prostitutionseinrichtungen stattfindet, könne den Sexarbeitenden während ihrer Arbeitszeiten Raum zum Austausch am Arbeitsplatz ermöglicht werden. Im Zentrum steht die Peer-to-Peer-Arbeit, die Freiwilligkeit der Teilnahme an den Fortbildungen und der Wunsch nach Antworten auf die eigenen Fragen – dabei sei respektiert, wenn der stattfindende Workshop für die Sexarbeitenden nicht im Fokus stehe. Die Teilnahme an der Fortbildung könne demzufolge je nach Prioritätensetzung der Teilnehmenden ohne

²² <https://move-ev.org/profis/>

Umstände unterbrochen werden; um beispielweise einen Termin mit einem Gast wahrzunehmen. Vielmehr sei die Fortbildung ein Angebot, eine Ergänzung, eine Möglichkeit der Vernetzung, bei der die Sexarbeitenden nicht beurteilt werden. Die Formalität des Bildungsprozesses wird damit aufgelockert. Es empfiehlt sich auch eine Zertifikatserteilung. Dabei steht die Wertschätzung der Bemühungen der Workshop-Teilnehmer:innen im Fokus.

Von Beginn an verstehe sich das Projekt als partizipativ und lege Wert auf Evaluation und Weiterentwicklung. Deswegen fänden regelmäßig train-the-trainer-Veranstaltungen statt, bei denen die eigene Rolle als Trainer*in und die Erfahrungen der durchgeführten Workshops reflektiert werden.

Während der andauernden Corona-Pandemie seien vermehrt Fortbildungen online initiiert und durchgeführt worden

Das Projekt lehne ersichtlich die klassische und sehr übliche Problemzentrierung in der Arbeit mit Sexarbeitenden ab. Im Fokus stehen nicht mögliche Schulden, die Durchführung von Razzien oder Adressierung von Drogengebrauch. Es gäbe unter der Diversität der Sexworker*innen zwei zentrale vereinende Faktoren: Erstens das Anbieten sexueller Dienstleistungen. Zweitens die Verachtung durch die Gesellschaft.

Es geht um Stärken und offene Fragen. Kompetenzen und Kreativität sollen ihren Raum bekommen. Klee spricht auch von positiven Ermutigungen innerhalb der Sexarbeit, wie die Kraft des Geldes, das positive Feedback der Kund*innen und den Stolz und die Großzügigkeit, die daraus erwachsen können.

Als häufig auftkommende und beliebte Inhalte der ProfiS-Fortbildungen nennt Klee drei Themen:

1. Buchhaltung: Wie sieht es aus mit Finanzen und Steuern? Wie verschafft man sich einen guten Überblick über die eigenen Ausgaben und behält diese am besten langfristig im Auge? Wie Sorge ich gut für die Zukunft vor?
2. Selbstfürsorge: Wann fängt ein Burn-Out an? Wann sollte man am besten Urlaub machen, um sich gut zu erholen? Was tut einem gut?

In dieses Themengebiet gehörten auch die Belastungen durch das Hurenstigma und ggfs. das erforderliche Doppelleben, das viele Sexarbeitende führen müssen, wenn sie als solche nicht geoutet sind. Dies erfordert ein hohes Maß an Organisationsfähigkeit und kann über längere Zeit auch emotional belasten.

3. Professionelle Entwicklung: Was machen meine Kolleg*innen? Was sind meine Stärken und Alleinstellungsmerkmale? Wie inszeniere ich mein Profil und entwickle dieses aus?
Hier können persönliche wie auch berufliche Ziele gesetzt und geplant werden; auch, auf welchen Wegen man sie erreichen möchte – möglicherweise durch

Besuche von Kursen zu beispielsweise Massagekompetenzen, Spracherwerb und Buchhaltung.

Über die Förderung von einzelnen Individuen hinaus, kann auch die kollegiale Stärke gefördert werden. Der Austausch und Zusammenhalt unter Sexarbeitenden kann unterstützt werden.

Klee rundet den inhaltlichen Input des Workshops mit dem Appell ab, dass es als Sexarbeiter*in wichtig sei, die eigenen Rechte zu kennen, sich nicht zu verstecken, Grenzen zu setzen, sichtbar zu sein und das Selbstbewusstsein zu stärken.

Es beginnt nun eine gemeinsame Runde des Austausches:

Fragen nach potenziellen Sprachbarrieren werden gestellt. In der Beratungsarbeit der fragenden Person seien Sprachmittler*innen von besonderer Bedeutung. Nicht immer sprächen die beratende Person und die Person in der Sexarbeit dieselbe Sprache. Klee spricht von Möglichkeiten, Informationen visuell durch Aufschreiben und Aufzeigen sichtbar zu machen. Viele Sprachkompetenzen gebe es auch am Arbeitsplatz der Sexarbeitenden; Klee spricht von informellen Sprachmittler*innen unter den Sexarbeitenden und erkennt diese Leistungen auch als kulturelle Mediation an.

Von den Teilnehmenden wird die Peer-to-Peer-Arbeit des Projektes gelobt. Klee verweist auf die wichtige Netzwerkarbeit des Projektes, in dem Wissen von (Ex-)Sexarbeiter*innen für interessierte Sexarbeiter*innen angeboten wird. Um das Netzwerk auszubauen sei es förderlich, auch in anderen Städten als bisher Workshops durchzuführen und in weitere Etablissements eingeladen zu werden.

Viele Teilnehmende zeigen Interesse daran, das ProfiS-Projekt mitanzubieten. Klee spricht von der Idee, interdisziplinäre Teams aufzustellen: Eine Tandem-Kombination mit beispielsweise einer Sozialarbeiterin und einer Sexarbeiterin, mit den inhaltlichen Schwerpunkten Sozialgesetze, Gummis und Outfit-Coachings sei denkbar.

Großer Respekt vor Klees Wissen zu verschiedenen Gesetzen, die die Sexarbeit tangieren wird ausgedrückt. Es sei klargeworden, dass aufgrund lokaler Unterschiede in Gesetzesauslegungen auch entsprechende Vor- und Nachbereitungen der Workshops notwendig seien.

Eine Person verweist auf den Aspekt der unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten von interessierten Organisationen. Multiplikator*innen von Organisationen, die finanziell nicht stark aufgestellt sind, sollten bei einer Projektkooperation Vorrang haben.

Die Bedeutsamkeit der Rechte von Sexarbeiter*innen wird betont. Es bedürfe der Kommunikation von Kenntnissen, um die eigenen Rechte wahrzunehmen, sie zu vertreten und sich mithilfe dieser Rechte auch zu wehren.

Zwischenzeitlich wird über eine formale Berufsausbildung zur*in Sexarbeiter*in nachgedacht. Auf einem vergangenen Hurenkongress soll es die Idee zu einer Hurenakademie gegeben haben, die kontrovers diskutiert worden sei: Die Formalisierung würde eine systematische und breite Wissensstruktur schaffen, allerdings würden auch erhebliche Hürden

mit ihr kommen. Ein potenzieller Berufsabschluss samt Prüfungen schaffe auch einen *Berufsausschluss*.

Klee betont die Bedeutsamkeit des kollegialen Austausches unter Sexarbeitenden. Dieser findet vermehrt in Puffküchen statt. Außerdem gäben sogenannte Alt-Huren, in der Rolle einer Art großen Schwester, oftmals ihr Wissen weiter.

Hinsichtlich der Qualität und der Effekte der Workshops wird diskutiert. Gibt es nachweisliche Mindeststandards? Wie effektiv sind die Fortbildungen? Was verändert sich bei den Sexarbeiter*innen nach Teilnahme? Diese Fragen können in zukünftigen Evaluationen mitbedacht werden.

Gerade unter Multiplikator*innen aus Fachberatungsstellen stellt sich die Frage: Wie professionalisieren wir Sexarbeiter*innen? Klassischerweise bieten entsprechende Fachberatungsstellen Beratungen für Ausstiegsinteressierte, mit dem Fokus auf Jobalternativen an. Ebenso breit sollte für Bleibeinteressierte die Beratungsmöglichkeit aufgestellt werden, sich in der Tätigkeit professionalisieren zu können.

Viele Anwesende sehen 40 bis 60 Fortbildungen pro Jahr als ziemlich geringe Veranstaltungsanzahl an. Es bedarf mehr ProfiS-Fortbildungen, diese müssten dann aber auch entsprechend finanziert werden.

Zu den Effekten der COVID-19-Pandemie gehöre auch die Abwanderung von Sexarbeiter*innen weg von den Bordellen hin zur Straße und zu Mietwohnungen. Gehört auch das Internet mitsamt Chats zur neuen Adresse der aktuellen Sexarbeit? Wie sind diese Orte am besten zu erreichen?

Die gesellschaftliche Bedeutung von Sexarbeiter*innen wird thematisiert. Multiplikator*innen, die aus dem Bereich der Sexualpädagogik kommen, erzählen von Gesprächen mit Klient*innen, die sich oftmals mit Problemen von Schuld- und Schamgefühlen hinsichtlich ihrer Sexualitäten bei ihnen meldeten. Nicht selten werden auch Leiden der Suizidalität thematisiert. Die Wichtigkeit der Sexarbeit werde deutlich; es bedürfe hier einer engen Zusammenarbeit zwischen den Professionen. Nicht selten kämen Methoden der Gesprächs-Sexual-Therapie an ihre Grenzen. Die Möglichkeit für Klient*innen, auch Erfahrungen in der Praxis zu machen, habe im Sinne einer Erlebnispädagogik eine große Bedeutung.

Klee nennt in diesem Zusammenhang als Beispiel den Fall einer Sexarbeiterin, die in den USA beauftragt wurde, im Zuge einer Sororat-Therapie im Strafvollzug, einem Häftling ein Setting zu bieten, indem er lernt, sinnlich mit einer Frau zu sein, ohne die vergangene Sexualstraftat zu wiederholen. Dieser Fall soll in Deutschland, vor allem im Raum Bielefeld, medial skandalisiert worden sein. Entsprechende Artikel sprachen von einer Ausnutzung der Sexarbeiterin. Klee suggeriert, dass man der beauftragten Sexarbeiterin auch unterstellen könnte, dass sie wisse, was sie da tue und sie sich auch die Zeit zur Vorbereitung nähme.

Die Meinung, dass Akteur*innen verschiedenster Professionen zusammenarbeiten sollten, wird stark vertreten. Genannt werden Ärzt*innen, Sozialarbeiter*innen, Sexarbeiter*innen und Jurist*innen.

Es fällt der Blick auf das weit verbreitete Problem der Gesellschaft, nur recht schwer sexuelle Nöte und Bedürfnisse kommunizieren zu können; Schuld und Scham seien oftmals vertreten. Es bedürfe sexueller Kompetenzen und Fähigkeiten, die im Kontext zwischenmenschlicher Sorgearbeit eingebettet sind und primär bei Sexarbeiter*innen verortet werden.

Thematisiert werden der Wandel der Sexarbeit und der Gesellschaft. Ab dem Jahr 2020 sei es die COVID-19 Pandemie, in den 1980er und 1990er Jahren die Aids-Krise gewesen, durch die Sexarbeit einen Wandel erfahren habe. Die Osterweiterung der EU habe ebenfalls das Bild der Sexarbeit verändert. Trotz der Wellen der Veränderung verbleibe das gesellschaftliche Bild der Sexarbeit sehr traditionell. Es bedürfe mehr Veränderung in der Thematisierung von Sexarbeit/Prostitution in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der Bildung und Medien wie beispielsweise Kindertagesstätten, Schulen, Bildern und Literatur. Es fällt der Verweis auf Laura Méritts Begriff der ‚Sexpositivität‘. Die Gesellschaft müsse freier und sexpositiver werden, nicht alles müsse im 21. Jahrhundert unbeleuchtet bleiben.

Im Plenum wird positiv angemerkt, dass ProfiS auch in der COVID-19-Pandemie auf der Straße unterwegs gewesen sei.

Literaturhinweis

Klee (2018): **profiS. Ein Wegweiser für Professionalisierung von Sexarbeiterinnen in Bordellen.** Deutsche AIDS-Hilfe e.V., Berlin; Bestellnummer. 113004

Workshop II: Zugänge zu mann-männlichen Sexarbeitern



Die Teilnehmenden stellen sich zunächst vor. Es wird deutlich, dass viele von ihnen im Beratungskontext arbeiten, selber aber wenig Erfahrung mit der Beratung von männlichen Sexarbeitern haben. Manche haben Berührungspunkte, andere bisher gar keine. Der Zugang zu männlichen Sexarbeitern ist für alle Teilnehmenden ein schwieriges jedoch wichtiges Thema. Als ein Grund wird unter

anderem genannt, dass in vielen Städten keine "Szene" vorhanden sei, wo männliche Sexarbeiter sich treffen und somit auch anzutreffen sind. Workshopleiter Manuel Hurschmann stellt sich vor und beginnt mit seiner Präsentation.

Zugang zu mann-männlichen Sexarbeitern

Hurschmann erläutert, dass männliche Sexarbeiter eine sehr heterogene Gruppe seien und über diese Gruppe wenig gesprochen werde. Er stellt zur Verdeutlichung drei Fallbeispiele vor:

Dennis, ein junger obdachloser Mann ohne Kontakt zu seiner Familie. Legale und illegale Suchtmittel sind ein Thema.

Tony ist Anfang 20 und kommt aus Ost-Europa. Er ist Zugehöriger der Roma-Community und hat Frau und Kinder in der Heimat. Er versucht in Deutschland etwas zu verdienen, auf dem Bau wie auch in der Sexarbeit, um dieses Geld nach Hause zu schicken.

Adam kommt aus Polen und hat eine schwule Identität. Er wurde dort für Sexarbeit in Deutschland angeworben. Er arbeitete im Escort Gewerbe und versucht nun in der Pflege Fuß zu fassen.

Die Beispiele würden auch verdeutlichen, dass die Hintergründe der Männer, wie auch deren Beweggründe für die Arbeit stark variieren.

Terminologie

Hurschmann berichtet, dass die Studie „Mann-männliche Sexarbeit in NRW“ die Selbstbezeichnung ‚Escort‘ als die gängigste von sexarbeitenden Männern ermitteln konnte.²³

²³ Mann-männliche Sexarbeit in NRW 2015/2016. Studie zur Lebenslage von male*Escorts in Dortmund, Essen, Düsseldorf und Köln. URL: <https://spi-research.eu/wp-content/uploads/2017/07/Endbericht-Studie-male-escort-NRW-2016.pdf>

Es gibt aber auch Personen, die im Rahmen dieser Studie gar keine Selbstbezeichnung für sich gewählt haben.

Ressentiments und Vorurteile

Man kann sagen, dass die männliche Sexarbeit noch mehr Probleme mit Ressentiments und Vorurteilen habe als weibliche Sexarbeit, weil letzterer oftmals noch ein gewisser sozialer Nutzen zugeschrieben werde.

Motivation zum Einstieg

Wieso fangen Männer mit Sexarbeit an? Hurschmann erklärt, dass dies primär aus einer wirtschaftlichen Not heraus geschehe und sogar eine Überlebensstrategie sein könne. Für Menschen, die in Deutschland kein Anrecht auf monetäre Unterstützung haben, wie zum Beispiel Zuwanderer, könne Sexarbeit die einzige Option sein, wenn sie in anderen Arbeitsbereichen keine Möglichkeiten bekommen. In diesem Fall könne dann durchaus von einer Überlebensstrategie gesprochen werden. Aber auch deutsche Männer mit z.B. einer Suchtproblematik, die mit ihren Anträgen beim Jobcenter nicht hinterherkommen und dadurch finanzielle Probleme haben, können in Sexarbeit eine Möglichkeit sehen, aus ihrer finanziellen Schieflage zu kommen.

Es gebe noch viele weitere Gründe, weshalb Männer mit der Sexarbeit beginnen und die nicht auf Zwang beruhen wie z.B. Attraktion und Lebensstil. Als weitere Motivation mancher Männer nennt Hurschmann, dass man durch Sexarbeit sein Selbstbewusstsein stärken könne – z.B. durch Komplimente, die man bekommt. Auch gebe es Männer, die ihre Sexualität freizügig ausleben und Möglichkeiten, dabei noch Geld zu verdienen, mitnehmen.

Die Selbstwahrnehmung männlicher Sexarbeiter könne laut Hurschmann stark variieren: Viele Männer, so Hurschmann, erleben Rollenkonflikte, z.B. wenn ein Mann sich als heterosexuell definiere, jedoch Schwulensex anbieten müsse, weil Käufer eigentlich immer Männer seien.

Prostituiertenschutzgesetz

Hurschmann kenne so gut wie keinen männlichen Sexarbeiter, der sich nach dem Prostituiertenschutzgesetz angemeldet hat. Ein möglicher Grund sei, dass die Männer ihre Tätigkeit als temporär und nicht langfristig empfinden, weshalb sie sich nicht als Sexarbeiter anmelden wollen. Nach der Einführung des Gesetzes habe es viele Diskussionen über die Sinnhaftigkeit des neuen Prostituiertenschutzgesetzes gegeben. Vorher haben Gesundheitsämter anonym mit der Zielgruppe gearbeitet, was so nun nicht mehr möglich sei. Ein weiteres Problem stelle die Kondompflicht dar: Sex mit Kondom sei nicht üblich in dieser Szene. Man könne also sagen, dass das Gesetz diese Zielgruppe nicht erreiche.

Orte der Anbahnung mit der Zielgruppe

Ein "klassischer" Ort, um männliche Sexarbeiter anzutreffen, sei der Straßenstrich oder das Bahnhofsviertel; wobei es in vielen Städten keinen Straßenstrich mehr gebe und auch in Bahnhofsviertel vieler Städte eine Szene mittlerweile nicht mehr zu finden sei.

Ein weiterer Ort sei die sogenannte "Stricherkneipe": die schmutzige, rustikale Kneipe, die es in vielen Städten ab 500.000 Einwohner*innen gebe. Auch die wenig existierenden Agenturen, die männliche Sexarbeiter vermitteln, können Orte der Anbahnung sein. Bordelle hingegen, in denen männliche Sexarbeiter tätig sind, gebe es so gut wie gar nicht.

Für Kneipen und Agenturen gelte, dass man als Sozialarbeitende viel Fingerspitzengefühl brauche, weil Betreibende diese als Bedrohung für ihr Geschäft empfinden können. Daher sei es wichtig, ein gutes Verhältnis zu den Bar-Männern und Betreibenden aufzubauen.

Spektrum virtueller Angebote

Ein besonderes Augenmerk solle auf digitale Orte gelegt werden: Internetprofile und Camsex-Angebote können eine Möglichkeit sein, um mit männlichen Sexarbeitern in Kontakt zu treten. Dazu folgend ein paar nutzerstarke Konzepte:

- | | |
|---------------|--|
| Romeo: | Nutzer legen Profile an, andere Nutzer sehen, wer in der Nähe ist. |
| Camsex: | Gegen Bezahlung können sich Nutzer von der Person vor der Kamera sexuelle Handlungen wünschen. |
| Only fans: | Man folgt Personen, die pornografische Inhalte gegen Bezahlung bereitstellen. |
| www.markt.de: | In Form von Anzeigen können erotische Kontakte gefunden werden. |

Digitale Streetwork

Im Projekt *Nachtfalke* in Essen schreibe ein Arbeitskollege von Hurschmann mit einem eigens dafür angelegten Profil bei Romeo regelmäßig alle neuen Escorts an, um sie über die Angebote von Nachtfalke zu informieren. Nicht immer erreiche man dabei im Chat die Sexarbeiter selbst. Oft, wenn Personen kein Deutsch sprechen, erreiche man nur die Person, die die Arbeit des Sexarbeiters "managed".

Besonders in der Zeit der COVID-19-Pandemie habe digitales Streetwork wesentlich häufiger stattgefunden. Auch bei dieser Form von Onlineberatung sei die Beziehungsarbeit zwischen beratender Person und Sexarbeiter extrem wichtig. Die Herausforderung sei, in einen Dialog zu kommen. Hierbei sei wichtig zu bedenken, dass auch der Sexarbeiter nicht weiß, ob wirklich ein Sozialarbeiter auf "der anderen Seite" des Chats sitzt oder nicht doch jemand, der sich nur als ein solcher ausgibt.

Hurschmann berichtet, dass nur selten eine Person, die im Internet kontaktiert wurde, später in einen realen Beratungskontext gekommen sei. Trotzdem sei diese Form der Beratung vor allem auch während der COVID-19-Pandemie bedingten Kontakteinschränkungen in persona wichtig. Einige der kontaktierten Personen wüssten während der COVID-19-Pandemie zum Beispiel nicht, wo sie sich noch auf mögliche sexuell übertragbare Infektionen testen lassen können. Durch konkrete Informationen in der digitalen Streetwork seien diese Personen dann in der Lage gewesen, sich testen zu lassen.

Es gebe im Internet auch viele Personen, die nach Hilfe und Unterstützung suchten. Eine ganz neue Webseite für diesen Zweck sei zum Beispiel Cara*NRW.²⁴ SMART Berlin²⁵ hingegen bestünde schon seit langer Zeit und böte viele Informationen für Sexarbeiter*innen.

Diskussion

Zum Einstieg in die Diskussion stellt Hurschmann folgende Fragen:

Gibt es bei mir eine Szene?

Welche Bedarfe gibt es?

Welche Kommunikations- und Kontaktwege kommen in Betracht?

Können wir die Zielgruppe über die MSM Prävention mit erreichen?

Können wir Multiplikator*innen schulen (z.B. Mitarbeitende der Gesundheitsämter und Aidshilfe, die STI-Testung und sexuell gesundheitliche Beratungen anbieten)?

Eine teilnehmende Person berichtet, dass online Beratung eine Herausforderung sei. Sie sei sehr interessiert, wie man über das Internet Personen besser erreichen könne. Sie fragt, welches Handwerkszeug man sich zulegen sollte, um online gut zu beraten. Hurschmann berichtet, dass Datenschutz eine Rolle spielen kann. Die deutsche Aidshilfe böte unter anderem Workshops zum Thema Chatberatung und online Beratung an.

Eine weitere teilnehmende Person berichtet, dass es Projekte zum Thema Digitalisierung gebe, bei denen es unter anderem um Datenschutz und Methoden der Onlineberatung gehe. Auch soll es bald eine Fachtagung zum Thema Digitalisierung geben.

Eine andere teilnehmende Person möchte wissen, wie die Reaktionen online waren. Hurschmann berichtet, dass die Reaktionen sehr unterschiedlich gewesen seien. Einige Personen hätten empört reagiert, wollten in Ruhe gelassen werden und meinten, dass sie die Beratung nicht bräuchten. Andere hätten geantwortet, sie fänden es gut, dass es diese Form der Beratung gibt, dass sie selbst sie allerdings nicht bräuchten.

²⁴ <https://cara.nrw.de>

²⁵ <https://smart-berlin.org>

Hurschmann betont an dieser Stelle: Nicht alle Sexarbeiter bräuchten sozialarbeiterische Unterstützung, nicht alle befänden sich in einer Notsituation. Allerdings glaubt Hurschmann auch, dass bei vielen männlichen Sexarbeitern Dissoziation beim Thema Sexarbeit gegeben sei, weswegen sich viele nicht betroffen fühlen bzw. empört reagieren.

Wichtig sei es, eine Ansprechbarkeit zu erreichen – sei dies nun dadurch, dass man Flyer entwickelt und diese weit streut, oder eben digital Präsenz zeige und männlichen Sexarbeitern dadurch bekannt ist, an wen sie sich mit Fragen wenden können.

Eine teilnehmende Person regte an, in der allgemeinen MSM Prävention Offenheit für das Thema zu signalisieren und Multiplikator*innen einzubeziehen; zum Beispiel über *Herzenslust*.

Zusammenfassend könne festgehalten werden, dass das Internet und unterschiedliche digitale Plattformen wichtige Möglichkeiten seien, um Kontakt zu Sexarbeitern aufzubauen – vor allem, weil es immer weniger physische Orte gebe, wo männliche Sexarbeiter anzutreffen sind, während immer mehr digital organisiert und abgewickelt würde. Außerdem solle man sich die Frage stellen, wo die lokale Schwulenszene zu finden ist und wie man dort einen „Fuß an den Boden“ bekommt. Ein dritter wichtiger Punkt war die Frage, wie man eventuell Multiplikator*innen oder Projekte wie *Herzenslust* zur Kontaktaufnahme nutzen könne.

Im Plenum spricht Peter Struck als Geschäftsführer der Aidshilfe Bielefeld über drei Botschaften, die er aus dem Workshop mitgenommen hat. In der Stadt Bielefeld gebe es keine sichtbaren oder bekannten mann-männliche Sexarbeiterorte. Hier stelle sich ihm dann die Frage, wie trotzdem Sexarbeiter in Bielefeld erreicht werden könnten – das Internet biete hier Möglichkeiten. Zu prüfen sei auch, so Struck, was in der Bielefelder schwulen Szene z.B. an Taschengeldprostitution stattfinde und wie sich die Aidshilfe hier einbringen könne. Basisarbeit sei hier erforderlich, Szenewirte sollten befragt und *Herzenslust* Bielefeld einbezogen werden, um an die Menschen heranzukommen.

Literaturhinweis

Hurschmann (2011): **Gegen den Strich. Sozialpädagogische Lobbyarbeit für Stricher.** Tectum Wissenschaftsverlag, Marburg

Workshop III: Gesundheitliche Beratung nach § 10 ProstSchG als bedarfsorientierter Beratungsraum



Der Workshop startete mit einer Vorstellungsrunde der Teilnehmenden. Diese repräsentierten diverse Arbeitsbereiche; von Mitarbeiterinnen in Gesundheitsämtern sowohl für die HIV/STI-Beratung nach §19 Infektionsschutzgesetz (IfSG), als auch für die gesundheitliche Beratung nach §10 ProstSchG, Ärztinnen bis zu Studentinnen. Die meisten sind an Institutionen in Nordrhein-Westfalen angebunden; außerdem war eine Person aus Hamburg dabei.

Workshopleiterin Giovanna Gilges stellt sich als Kulturpädagogin und Genderwissenschaftlerin vor. Sie arbeite seit 2016 im öffentlichen Gesundheitsdienst im Ruhrgebiet, wo sie die Beratung gemäß §19 IfSG und seit 2017 die Beratung nach §10 ProstSchG durchführe. Außerdem sei sie Gründungsmitglied der Gesellschaft für Sexarbeits- und Prostitutionsforschung (GSPF) und promoviere gerade an der Ruhr-Universität Bochum zum schwangeren Körper im parlamentarischen Politikfeld der Prostitution.

Im ersten Teil des Workshops werden die rechtlichen Hintergründe des Prostitutionsschutzgesetzes geschildert, das im Jahr 2017 in Kraft trat und in §10 die Beratung zu Fragen der Krankheitsverhütung, der Empfängnisregelung, der Schwangerschaft und der Risiken des Alkohol- und Drogengebrauchs regelt. Dabei skizziert Gilges auch den Ablauf des Anmeldeverfahrens für Sexarbeiter*innen und beschreibt, welche Personen sich unter welchen Voraussetzungen anmelden und welche nicht. Die Darstellung geht mit der Kritik einher, dass Gilges die gesundheitliche Beratung nach ProstSchG nicht als bedarfsorientierten Interaktionsraum für stigmatisierte, marginalisierte und/oder von Rassismus betroffene Sexarbeiter*innen geeignet sieht; insbesondere nicht als ein Ort für sexuelle Bildung junger Erwachsene. In der Kritik wird unter anderem auf den begrenzten Handlungsradius des/der Berater*in aufmerksam gemacht, da diese die betroffene Person bspw. mittel- oder langfristige nicht begleiten könnten. Danach folgt der entscheidende Kritikpunkt an der gesundheitlichen Beratung nach §10 ProstSchG: die Abwesenheit von Freiwilligkeit und der fehlenden Anonymität.

Im Weiteren verweist Gilges auf das Dilemma des immanenten Machtgefälles, das die Behördenmitarbeitenden in der Beratung zu überwinden versuchen: Selbst gute Intentionen von Berater*innen seien nicht ausreichend, da die bestehenden Abhängigkeiten immer diskriminierend gegenüber Sexarbeiter*innen bleiben werden.

Anschließend wird die Frage aufgeworfen, inwiefern ein Perspektivwechsel, der eine möglichst wenig verletzende Behördenpraxis vorsieht, etabliert werden könnte. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte man – so Gilges – gesundheitliche Beratung nach §10 ProstSchG als eine

arbeitsgesundheitliche Beratung betrachten, die aufgrund der Spezifika "Intimität" und "sexuelles Handeln", die für die Sexarbeit charakteristisch sind, inkludiert. Diese Perspektive ist insofern grundlegend, da sie die dargelegte diskriminierende Form der gesundheitlichen Beratung zusammen, mit den oft verborgenen Potenzialen der Gesundheitsbehörden und ihrer amtlichen Kompetenzen, adäquat aufgreift.

In diesem Zusammenhang wird zur Veranschaulichung auf drei sich bedingende Stränge aufmerksam gemacht, die für die alltägliche Praxis der ProstSchG-Mitarbeitenden besonders wichtig seien:

- Junge Erwachsene sind aufgrund ihres Alters Berufseinsteiger*innen
- junge Erwachsene sind laut der Daten des Statistischen Bundesamtes mehrheitlich Arbeitsmigrant*innen
- Defizite im medizinischen Versorgungssystem und Versicherungsschutz der in der Sexarbeit selbstständig tätigen Arbeitsmigrant*innen

Quantitative Erhebungen des Statistischen Bundesamtes lassen darauf schließen, dass es sich bei den Personen im Alter von 18 bis 21 Jahren, die in den Ämtern vorstellig werden, in erster Linie um junge Arbeitsmigrant*innen handelt.²⁶ Gilges führt aus, dass diese Personengruppe eine heterogene Gruppe sei; in unterschiedlichem Maße von strukturellen Rassismen und Sexismen, gesellschaftlichen Zuschreibungen und Erwartungen von Marginalisierung oder prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen betroffen. Die Arbeit mit solchen Menschen verlange besondere Sensibilisierung seitens der Mitarbeitenden der Verwaltungsbehörden – vor allem kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Denkmustern, sowohl als Privatperson als auch als behördliche Mitarbeitende.

Weiter sei die Auseinandersetzung mit solchen Faktoren wie Binnenbewegungen, globale Armutsketten und hiesige Zulassungsverfahren ausländischer Ausbildungsqualifikationen notwendig.

Abschließend wird die Wichtigkeit regelmäßiger Qualifizierungsangebote wie Seminare, Fallbesprechungen und Supervision hervorgehoben: Diese wirken qualitätssichernd und setzen einen Fokus auf den Umgang und die behördlichen Erfahrungen mit sexarbeitenden Personen. Auch das Thema notwendiger struktureller Veränderungen in den Verwaltungsbehörden wird angesprochen, da solche umfassenden Probleme wie bspw. gute und erfolgreiche Anbindung an das medizinische und gesundheitliche Versorgungs- und Hilfesystem von den einzelnen Mitarbeiter*innen nicht alleine zu schaffen seien.

²⁶ Zwischenbericht zum Prostituiertenschutzgesetz. Mai 2020, Seite 25
URL: <https://bmfsfj.de/resource/blob/156998/bfc0e8295e1bcc04b08159e32e95281f/zwischenbericht-zum-prostituiertenschutzgesetz-data.pdf>

In ihrer Schlussbemerkung betont Gilges, dass es grundsätzlich einer medizinischen und gesundheitsberatenden Infrastruktur bedarf, die Sexarbeitende (regelmäßig) in Anspruch nehmen dürfen und möchten.

Diskussion

Nach einer Einladung zum Austausch kommt es zunächst zu einer Schweigepause. Gilges teilt mit, dass für sie diese Pause bezeichnend sei, da es bezüglich der Perspektive der Beratenden des §10 ProstSchG noch zu wenig Wahrnehmung und Reflexion gebe, sodass alles Gehörte wohl erst einmal verarbeitet werden müsse.

Danach folgt ein Kommentar einer teilnehmenden Ärztin. Sie weist darauf hin, dass es für sie als Ärztin im Gesundheitsamt nicht klar gewesen sei, mit welchen Strukturen ihre Kolleginnen der ProstSchG-Beratung zu kämpfen haben. Daran anschließend hob sie die Wichtigkeit der Vernetzung, des Austauschs und von Professionalisierung und Fortbildungen der Beratenden hervor. Dabei verwiesen die Teilnehmenden aus größeren Städten darauf, dass es signifikante Unterschiede zwischen dem Land und der Stadt in Bezug auf Vernetzung gebe.

Eine weitere teilnehmende Person hebt die Qualität der Präsentation hervor und betont, dass solche tiefgründigen und gut ausgearbeiteten Informationen bei der Arbeit in Behörden notwendig sind. Außerdem informiert sie, dass die Arbeit der gesundheitlichen Beratungen gemäß §10 ProstSchG wegen der COVID-19-Pandemie in vielen Gesundheitsämtern in den Hintergrund gerutscht sei und es viel Überzeugungsarbeit innerhalb der Gesundheitsämter bedurfte, um die üblichen Aufgaben wieder aufnehmen zu können. Dementsprechend wird der Wunsch nach mehr Unterstützung, von der Seite der Verwaltungsleitungen der Behörden, geäußert.

Ein anderer Punkt, der noch angesprochen wird, bezieht sich auf fachärztliche Angebote der Gesundheitsämter. Auch hier haben sich deutliche Unterschiede herausgestellt zwischen Groß- und Kleinstädten bzw. zwischen städtischem und ländlichem Raum. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang sei, ob Klient*innen krankenversichert sind oder nicht.

In der Nachbesprechung im Plenum hebt Gilges hervor, dass es für sie auch relevant gewesen sei, zu vermitteln, dass auch für Behördenmitarbeitende gewissermaßen gelte, dass das Private politisch sei. Demnach hätten die Mitarbeitenden in Gesundheits- und Ordnungsämtern nicht die Verantwortung, die Defizite des ProstSchG privat zu lösen und müssen die Belastungen, die sie erleben, nicht unbewältigt mit nach Hause nehmen und alleine für sich klären.

Literaturhinweis

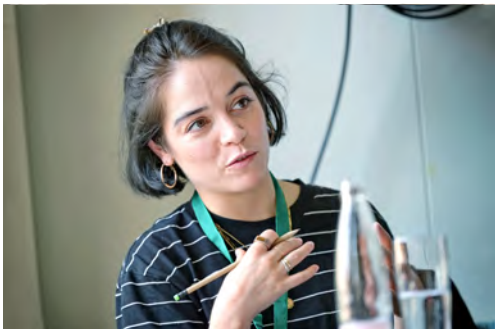
Gilges (2020): Die gesundheitliche Beratung nach dem Prostituiertenschutzgesetz als bedarfsorientierter Beratungsraum für junge Erwachsene in der Sexarbeit.

in: „Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik“, Ernst Reinhardt Verlag, München; 222-227

Workshop IV: Sprachbarrieren in der Beratungsarbeit

Ablauf des Workshops sollte sein, dass die Workshop-Leiterin Cristina Raffaele die Ergebnisse ihrer Masterarbeit vorstellt und die Teilnehmenden anschließend in Kleingruppen arbeiten lassen wollte. Die Arbeit in Kleingruppen konnte bedauerlicherweise aufgrund von technischen Hürden nicht durchgeführt werden.

Die Referentin beginnt mit Ausführungen zum Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) und die darin enthaltenen verpflichtenden Beratungen für Sexarbeitende. Bezüglich der in den Beratungen zu verwendenden Sprachen, heißt es im Prostituiertenschutzgesetz:



§7 (3)

Die zuständige Behörde stellt der oder dem Prostituierten während des Beratungsgesprächs Informationen zur Ausübung der Prostitution in geeigneter Form zur Verfügung. Die Informationen sollen in einer Sprache verfasst sein, die die oder der Prostituierte versteht.

§8 (2)

Die zuständige Behörde kann mit Zustimmung der anmeldepflichtigen Person eine nach Landesrecht anerkannte Fachberatungsstelle für Prostituierte oder eine mit Aufgaben der gesundheitlichen Beratung betraute Stelle zu dem informations- und Beratungsgespräch hinzuziehen. Dritte können mit Zustimmung der Behörde und der anmeldepflichtigen Person zum Gespräch hinzugezogen werden. Zum Zwecke der Sprachmittlung kann die Behörde Dritte auch ohne Zustimmung der anmeldepflichtigen Person hinzuziehen.

§10 (2)

Die gesundheitliche Beratung erfolgt angepasst an die persönlichen Lebenssituation der beratenden Person und soll insbesondere Fragen der Krankheitsverhütung, der Empfängnisregelung, der Schwangerschaft und der Risiken des Alkohol- und Drogengebrauchs einschließen. Die beratene Person ist auf die Vertraulichkeit der Beratung hinzuweisen und erhält Gelegenheit, eine etwaig bestehende Zwangslage oder Notlage zu offenbaren. Dritte können mit Zustimmung der Behörde und der anmeldepflichtigen Person zum Gespräch nur zum Zwecke der Sprachmittlung hinzugezogen werden.

In ihrer Forschung habe sich die Referentin die Umsetzung dieser Regelungen in verschiedenen Gesundheitsämtern angeschaut. Dabei habe sie für das Gesundheitsamt in Kassel und im Kreis Bergstraße (beide in Hessen) festgestellt, dass dort die Verantwortung zur Bereitstellung von Sprachmittlung bei den Sexarbeiter*innen selber lagen. Beim Ordnungsamt in Kassel stünden im Bedarfsfall Dolmetscher*innen der Diakonie zur Verfügung. In Leipzig dagegen würden vom

Gesundheits- und vom Ordnungsamt kostenfreie Dolmetscher*innen-Dienste in nahezu jeder Sprache angeboten.

Im Rahmen des ProstSchG sei der Behördengang verpflichtend, um die Genehmigung zur Ausübung des Berufs zu erhalten. Der Gesetzgeber habe dabei angenommen, dass Teile der Sexarbeiter*innen des Deutschen nicht mächtig sein würden und somit ein "defizitäres Sprachvermögen" besäßen, was wiederum sprachliche Unterstützung notwendig machen würde. Anders gesagt, konstruieren laut Raffaele das ProstSchG bzw. die Behörden in ihrer Beratungstätigkeit einen einsprachigen Raum als Norm, der Sexarbeiter*innen teilweise wegen fehlender Sprachkenntnisse widersprechen. Demzufolge gelte es, die zu beratenden Personen durch Sprachmittler*innen "anzupassen". Raffaele hat nun untersucht, wie Sexarbeiter*innen diesen Prozess der Anpassung bzw. die Beratung nach ProstSchG in sprachlicher Hinsicht erleben. Dazu stellt sie Ergebnisse und Ausschnitte aus drei Interviews vor, die sie im Rahmen ihrer Forschungen geführt hat. Hierbei handelte es sich um die Frauen N., A. und L., die mehrsprachig beraten wurden. Die Frauen haben bei den Beratungen, die ohne Sprachmittlung stattfanden, verschiedene und zumeist negative Empfindungen aufgrund der Sprachbarrieren gehabt, die auf nachfolgender Folie aufgelistet werden:

Wenn Beratungen ohne Sprachmittlung stattfinden, könne dies laut Raffaele im Einzelfall bewirken, dass die Klient*innen die vermittelten Inhalte als nicht wichtig einstufen – andernfalls hätten sich die Ämter ja wohl die Mühe gemacht, mittels Sprachmittlung für die Verständlichkeit der Inhalte zu sorgen.

Dabei ist die Bereitstellung und der Einsatz von Sprachmittlung in der Beratung von Sexarbeitenden nicht nur positiv zu werten. Zwar verringere deren Einsatz das Machtgefälle zwischen Beratenden und Klient*innen und könne zu mehr Selbstbewusstsein beitragen. Zugleich bestehe aber auch die Gefahr, dass die Klient*innen bei ihnen fremden, aber auch bei ihnen bekannten Sprachmittler*innen nicht frei sprechen; beispielsweise um einem Outing als Sexarbeitende in der eigenen Community vorzubeugen.

Gruppenarbeit

Es folgt nun Arbeit in Kleingruppen, bei der nachfolgende Fragen bearbeitet werden sollen:

1. Welche weiteren Herausforderungen bestehen in einer behördlichen Beratungssituation im Kontext von Sexarbeit und Mehrsprachigkeit?

- Machtgefälle immer da
- Zwangssituation durch verpflichtende Beratung
- Keine Zeit

.....

2. Wie könnte eine für die Sexarbeiter*innen "ideale" Sprachmittlung im behördlichen Beratungskontext stattfinden?

- z. B. digitale Sprachmittlungsprogramme ohne Anwesenheit Dritter
- mehrsprachige Broschüren
-

In informellen Gesprächen der Teilnehmenden untereinander werden folgende Aspekte thematisiert:

Einzelne Teilnehmende schalten Telefon- und Videodolmetscher*innen bei Sprachbarrieren dazu. Andere regeln viel über den Ansatz, selber englisch zu sprechen. Eine Anwesende nutzt ihre Italienischkenntnisse im Umgang mit rumänischen Sexarbeiter*innen. Manche bevorzugen den Google-Translator, bevor sie eine*n Videodolmetscher*in hinzuziehen, da dies (so deren Eindruck) für die Klient*innen oftmals angenehmer sei.



Während einige Teilnehmende schon direkt bei der Terminplanung die Frage klären können, ob Sprachmittlung erforderlich sei, gestaltet sich die Klärung dieser Frage bei anderen schwieriger. Hier werden noch einmal Videodolmetscher*innen -Dienste empfohlen, die viele Sprachen für die sofortige Nutzung anbieten, während für andere Sprachen zumindest ein Termin vereinbart werden kann. Dabei könne ausgewählt werden, ob eine Dolmetscherin oder lieber ein Dolmetscher gewünscht ist. Insgesamt sei es jedoch so, dass viele Sexarbeiter*innen schon seit Jahren vor Ort tätig seien; die Berufspraxis bringe es dann mit sich, dass schon vorab klar sei, ob und wer Sprachmittlung benötige.

Es zeigt sich, dass einzelne anwesende Mitarbeitende der Gesundheitsämter Video-Dolmetschungsdienste in Anspruch nehmen. Die Inanspruchnahme sei dabei ganz einfach: Wenn man sich eingewählt habe, werde der oder die nächste freie Dolmetscher*in zugewiesen. Es sei zu beobachten, dass die Sprachmittelnden am anderen Ende der Leitung offenbar weltweit am Rechner sitzen. Eine andere Teilnehmerin berichtet von einem ad hoc-nutzbaren Telefon-Sprachmittlungsdienst, mit dem auch Telefonkonferenzen eingerichtet werden können. Die sei gerade für kleinere Städte o.ä. empfehlenswert, da so die Anonymität der Klient*innen besser zu wahren sei und nicht die Gefahr bestehe, ungewollt bei nächster Gelegenheit von der sprachmittelnden Person auf der Straße erkannt zu werden.

Die Teilnehmenden diskutierten die Frage, inwieweit Sprachmittlung die Beratungen stören könne. Die Entscheidung für die Nutzung von Video- oder Telefondiensten sei unter anderem eine finanzielle; wobei Videodienste sehr viel teurer seien. Zu den Nachteilen gehört, dass Telefondienste beispielsweise den dynamischen Redefluss von Beratungsgesprächen beeinträchtigen. Auch Video könne ablenken; bei der Nutzung des Telefondienstes lasse sich der Hörer einfach neben das Telefon legen, und die beratende Person könne weiterhin über Mimik und Gestik mit den Klient*innen in Kontakt kommen. Vor diesem Hintergrund seien Telefondienste dem Dolmetschen in Präsenz vorzuziehen. Dolmetschende in Präsenz wiederum stellten mitunter ein Problem für die Anonymität der Klient*innen dar, da sich die Angehörigen einer migrantischen Community durchaus untereinander kennen können.

Es folgt nun ein Austausch zu den von Raffaele angesprochenen Gefühlsebenen, die sich bei den Klient*innen durch ihr Spracherleben einstellen können. Die Frage wird in den Raum gestellt, ob es beispielsweise Sinn mache, Klient*innen vorab nach ihren Wünschen bezüglich einer Sprachmittlung zu befragen. Dies wird durchaus kritisch bewertet: So gäben zwar Klient*innen oftmals an, sie verstünden alles, was sich im Laufe des Beratungsgesprächs als anzuzweifeln herausstelle. Hier nachträglich eine Sprachmittlung dazu zu holen, könne sich im Einzelfall jedoch auf interaktiver Ebene als kontraproduktiv erweisen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, Klient*innen im Wartebereich abzuholen und auf dem Weg ins Büro zu prüfen, ob alles verstanden wird. Dabei könne dann spontan entschieden werden, ob Sprachmittlung von Beginn an des Gesprächs erforderlich sei.

Angeregt wird dabei auch, mit einem Verständnis für Defizität an die Situation heranzugehen, die beide Seiten einschließt. Es sei nicht nur schwierig, wenn die Klient*innen kein Deutsch sprächen, sondern es sei auch schwierig, dass die Beratenden nicht über ausreichende Kenntnisse anderer Sprachen als Deutsch verfügten. Es müsse sich klargemacht werden, dass die Beratung durch eine Hürde erschwert werde, die nicht allein die Klient*innen zu verantworten hätten, und dass Sprachmittlung eingeschaltet werde, um diese Hürde zu überspringen. Hier komme es auf adäquate Ansprache durch die Beratenden an.

Literaturhinweise:

- #1 (2019), N., Interview geführt von C.R. #1 (19. 06 2019).
- #2 (2019), A., Interview geführt von C.R. #2 (07. 07 2019).
- #3 (2019), L., Interview geführt von C.R. #3 (06. 09 2019).

Bierwirth, Hartmut (2019). „Ordnungsamt Kassel.“ *Anfrage an das Ordnungsamt Kassel* (30. 07 2019).

BMFSFJ (2017). „bmf.sj.de.“ <https://www.bmf.sj.de/blob/117100/02d80fdd00e863bd21e9bbc7a30d6405/prostituiertenschutzgesetz-info-verfahren-und-anmeldung-prostitutionstaetigkeit-data.pdf> (Zugriff am 22. 07 2019).

Bundesamt für Justiz (2016). *Gesetze-im-Internet.de*. Herausgeber: Bundesamt für Justiz. 21. 10 2016. <https://www.gesetze-im-internet.de/prostschg/BJNR237210016.html> (Zugriff am 22. 07 2019).

Busch, Brigitta (2013). Interview geführt von Marlene Brüggemann. *Es braucht ein radikales Umdenken* Progress. Magazin der österreichischen HochschülerInnenschaft.

Demmerling, Christoph, & Landweer, Hilge (2007). *Philosophie der Gefühle. Von Achtung bis Zorn*. Stuttgart: J. B. Metzler.

Gesundheitsamt, Stadt Kassel (2018). *Gesundheitliche Beratung gemäß § 10 ProstSchG*. <https://gesundheitsamt.kassel.de/miniwebs/gesundheitsamt/23849/index.html> (Zugriff am 24. 07 2019).

Gesundheitsamt, Stadt Kreis Bergstraße (2018). „Informationsblatt zum Prostituiertenschutzgesetz. (ProstSchG).“

https://www.kreis-bergstrasse.de/pics/medien/intranet-lrahp-net_1_1507542434/2018-08_InfoFlyer_ProstSchG.pdf (Zugriff am 25. 07 2019).

Stadt Kassel. *Prostitution* (2018). <https://www.kassel.de/service/produkte/kassel/-32--Ordnungsamt/-322--Ordnungs--und-Aufsichtsangelegenheiten/-3222--Waffen-Jagd-und-Fischerei/prostitution.php>.

— (2018a). *Prostitutionsausweis/Prostitutionsgewerbe*. https://kassel.de/service/produkte/kassel/-32--Ordnungsamt/-322--Ordnungs--und-Aufsichtsangelegenheiten/-3222--Waffen-Jagd-und-Fischerei/prostitutionsausweis_prostitutionsgewerbe.php (Zugriff am 25. 07 2019).

Stadt Kreis Bergstraße (2019). *Sozialpsychiatrischer Dienst / Betreuungsstelle*. https://www.kreis-bergstrasse.de/verwaltung/struktur_ext/struktur.php?menuid=133&topmenu=3&id=139 (Zugriff am 25. 07 2019).

Stadt Leipzig (2019). *Gesundheitsberatung für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter (nach Prostituiertenschutzgesetz)*. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/aemter-und-behoerdengaenge/behoerden-und-dienstleistungen/dienstleistung/gesundheitsberatung-fuer-sexarbeiterinnen-und-sexarbeiter-5b29097f975a7/> (Zugriff am 24. 07 2019).

— (2019a). *Anmeldung gemäß Prostituiertenschutzgesetz*. <https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/aemter-und-behoerdengaenge/behoerden-und-dienstleistungen/dienstleistung/anmeldung-gemaess-prostituiertenschutzgesetz-5b34bd47ac685/#costs> (Zugriff am 24. 07 2019).



Workshop V: Aufsuchende Arbeit im ländlichen Raum

Die beiden Referentinnen Patipan Haak und Kim Kairis arbeiten bei cara*SH, der Fachberatungsstelle für Prostituierte in Schleswig-Holstein. Um die Teilnehmenden des Workshops und deren Erfahrungen im Zusammenhang mit aufsuchender Arbeit einschätzen zu können, wird zu Beginn eine Umfrage durchgeführt. Im Ergebnis hat ein Großteil der Teilnehmenden bereits Erfahrungen unterschiedlichster Intensität in der Gesundheitsberatung und in der aufsuchenden Arbeit.



Der Vortrag beginnt interaktiv. Es werden Schlagwörter gesucht, die den Teilnehmenden assoziativ zum Begriff "aufsuchende Arbeit" in den Sinn kommen:

- Initiative
- Sprachprobleme
- Kontrolle
- Grenzüberschreitung
- vulnerable Zielgruppe
- "als Gast kommen"
- persönlicher Kontakt
- schwierig als Mann allein
- Beziehungs- und Netzwerkarbeit
- verschiedene Lebenswelten
- Vertrauensaufbau, wenn möglich muttersprachlich

Daran anknüpfend stellt Kairis zwei verschiedene Definitionen von Streetwork vor.

Eine Definition beschreibt Streetwork als eine Methode in der Jugend- und Sozialarbeit, die sich als Kontaktform darstellt, da sich Streetworker*innen auch in das unmittelbare Lebensumfeld ihrer Zielgruppe begeben.

Eine weitere Definition lautet: Streetwork sei ein Arbeitsansatz in der Sozialarbeit, der die Tätigkeit in die Lebenswelt der Zielgruppe verlagert. Einerseits, um Personen zu erreichen, welche das etablierte Hilfesystem in ihrer Komm-Struktur nicht in Anspruch nimmt oder

nehmen kann und andererseits, um durch die Kontaktaufnahme in deren Lebenswelt Veränderungsprozesse anzustoßen. Dabei steht die Stärkung der Entscheidungs- und Handlungskompetenz im Mittelpunkt, um gesundheitliche Risiken zu minimieren und eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes zu verhindern.

Anknüpfend daran beschäftigen sich die Teilnehmenden mit folgenden drei Fragen:

1. Benutzt ihr die Begriffe *aufsuchende Arbeit* und *Streetwork* synonym?
2. Was sind Herausforderungen und Chancen bei der *Streetwork* und/oder *Aufsuchenden Arbeit*?
3. Wo seht ihr Unterschiede im Stadt- und Landbereich?

- Zu 1 Die Antworten lassen darauf schließen, dass sich die Begriffe *aufsuchende Arbeit* und *Streetwork* aufgrund des verschiedentlich erforderlichen Beziehungsaufbaus unterscheiden. So gibt es die Auffassung, *Streetwork* bedeute eher das Antreffen der immer wieder gleichen Klient*innen, während *aufsuchende Arbeit* so verstanden wird, dass diese durchaus mit regelmäßigem Klient*innenwechsel stattfindet.
- Zu 3 Der auffälligste Unterschied zwischen *aufsuchender Arbeit* im Stadt- und Landbereich liegt wohl in den verschiedenen langen Anfahrtswegen zu Prostitutionsstätten. So seien im Stadtbereich zum Beispiel häufig mehrere Einrichtungen fußläufig und ohne großen Zeitaufwand erreichbar, wohingegen in ländlichen Regionen zumeist zeitaufwändigere Anfahrtswegen einberechnet werden müssten. Somit sei es nicht möglich, im Laufe eines Arbeitstages so viele Prostitutionsstätten zu besuchen, wie dies in der Stadt machbar ist.

Zusätzlich erhöhe sich der Planungsaufwand, da von vornherein abgeschätzt werden müsse, welche Sprachen die anzutreffenden Personen sprechen und demzufolge welche Dolmetscher*innen mitgenommen werden müssten. Außerdem sei es bei der *aufsuchenden Arbeit* im Landbereich von Vorteil, eine erhöhte Frustrationstoleranz zu den Einsätzen mitzubringen, da lange Anfahrtswege und akribische Planung keine Garantie dafür sei, dass die Sozialarbeiter*innen an dem Tag/Abend Zugang in die Prostitutionsstätten erhalten. Gerade hier gelte jedoch der Appell, durch Kontaktaufnahme immer wieder zu versuchen, die Sexarbeiter*innen zu erreichen, da es aufgrund der ländlichen Struktur oft an professionellen Unterstützungsangeboten mangle.

Die drei oben genannten Fragen werden nun auch von den Referentinnen aufgegriffen und im Vortrag behandelt.

Haak und Kairos stellen heraus, dass die Begriffe *Streetwork* und *aufsuchende Arbeit* zumeist synonym verwendet werden. Auch können sie als *nachgehende Arbeit* bezeichnet werden, in der zur Zielgruppe gegangen wird; womit sie infrastrukturell benachteiligte Klient*innen erreichen können.

In Sachen Infrastruktur thematisieren die Referentinnen die Herausforderung, wie auch Chancen der Vernetzungsarbeit. Im ländlichen Raum sei es unabdingbar, mit diversen Beratungs- und Hilfsangebotsstellen vernetzt zu sein. Gerade auf dem Land fehle dichtes Beratungsangebot, wie es im Stadtbereich eher vorhanden sei. Daraus ergebe sich, dass einerseits Folgeberatungen herausfordernder würden, als auch eine erfolgreiche Vermittlung in die eigentlich notwendigen Beratungs- und Hilfestrukturen.

Zurückkommend auf die langen Anfahrtswege auf dem Land wird erklärt, dass die Prostitutionsstätten bei der Routenplanung nach Orten gruppiert werden und nicht nach Art der Stätten. Somit werden bei einem Einsatz sowohl Bordelle als auch Wohnungen oder auch Straßenstriche usw. angefahren, während in der Stadt schon eher versucht werde, die Formen der Prostitutionsstätten in verschiedene Einsätze aufzuteilen. Das bringe die Herausforderung mit sich, bei den Einsätzen größere Vorbereitung sowie Flexibilität aufzubringen.

Dagegen wiederum seien ländliche Prostitutionsstätten oft weniger frequentiert; es entstehe also ein größerer Zeitraum, in dem spontane Beratungsgespräche länger wahrgenommen werden können als es in der aufsuchenden Arbeit in den Städten oft möglich wäre.

Weiterführend legen die Referentinnen den Fokus auf Prostitution in Schleswig-Holstein, da dort hauptsächlich Arbeit im ländlichen Raum stattfindet.

Es gäbe 2012 schätzungsweise 14.000 Prostituierte in Schleswig-Holstein, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass es sich hierbei nur um Schätzungen handle und keine verlässlichen Daten dazu vorlägen. In Schleswig-Holstein finde Prostitution hauptsächlich in Wohnungen statt, einen Straßenstrich und Klubs oder Bordelle gebe es wenige. Das Team von cara*SH hat das Land Schleswig-Holstein in 22 Routen eingeteilt, über die insgesamt ca. 245 Prostitutionsstätten angefahren würden. Die längste Route messe dabei allein 100 km lediglich für den Hinweg.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie würden die Stätten nur nach Bedarf und Kapazität aufgesucht, davor seien zweimal wöchentlich Routen gefahren worden. Auf die Einsätze kommen immer eine Beraterin und ein*e Dolmetscher*in mit. Sollte es passieren, dass trotz Dolmetscher*innen einmal nicht die passende Sprache abgedeckt werden konnte, würde der betroffenen Person über digitale Medien wenigstens das Angebot von cara*SH vermittelt.

Die Arbeit von cara*SH bestehe darin, Angebote und Beratung in die Lebenswelt von Sexarbeiter*innen zu bringen und Kontakt zu denen aufzubauen, die die Beratungsstelle nicht besuchen (können). Das Ziel der Arbeit bestehe im Vertrauensaufbau zu den Sexarbeiter*innen, Empowerment, gesundheitlicher Aufklärung, Vorstellung diverser Beratungsangebote in Schleswig-Holstein, dem Anstoßen notwendiger Veränderungsprozesse und der Etablierung stabiler Beziehungen.

Streetwork allgemein grenze sich von anderen Methoden der Sozialen Arbeit durch den aufsuchenden Charakter und das Stattfinden der sozialarbeiterischen Tätigkeit in der Lebenswelt der Klient*innen ab; sie passe sich an die Bedingungen der verschiedensten Lebenswelten an.

Die Theorie der Streetwork orientiere sich an sechs konzeptionellen Grundorientierungen:

- Zielgruppenorientierung
- Versorgungsorientierung

- Berücksichtigung gewachsener Szene- und Gruppenstrukturen und Beachtung spezifischer Bedingungen des Arbeitsfeldes
- ganzheitlicher Ansatz
- Zielsetzung
- Street-live (Verläufe der Begegnungen sind nicht planbar)

Streetworker*innen kommen also oft unaufgefordert mit ihren Angeboten in die Lebenswelt ihrer Zielgruppe. Das könne einen übergreifigen Charakter haben. Somit sei es vorteilhaft, wenn die Anwesenheit der Sozialarbeiter*innen den Klient*innen eine gewisse Nützlichkeit darstelle – das können Beratung, Informationen oder Giveaways sein. Wichtig sei, dass der Wille der jeweiligen Klient*innen beachtet und dass ein Nein grundsätzlich akzeptiert wird.

In der Streetwork sei ein ganzheitlicher Ansatz wichtig, womit unter anderem eine Vorbereitung auf die verschiedensten Frage- und Beratungssituationen gemeint ist, da Streetworker*innen für Menschen, die nicht am Hilfesystem teilhaben (können), oft die ersten bzw. die einzigen Ansprechpartner*innen für alle möglichen Themen seien. In Bezug auf die Sexarbeit können Beratungsthemen von körperlicher Gesundheit über Steuern zu Menschenhandel und noch viel weiter reichen.

Der Auftrag von cara*SH beinhaltet folglich, Sexarbeiter*innen über Beratungs- und Gesundheitsangebote zu informieren, die bei Bedarf freiwillig genutzt werden könne und wenn nötig mit Dolmetscher*innen begleitet werden. Außerdem werden gesetzliche Vorgaben und Abläufe in Bezug auf das ProstSchG thematisiert. Zur Gesundheitsberatung und den Gesundheitsangeboten, die in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt stattfinden, gehören zusätzlich die Themen safer sex, safer use, Aufklärung über STIs und deren Ansteckungsgefahren, Beratungen zu Impfangeboten (HEP, Corona) und allgemein Informationen und Hilfsangebote zu medizinischen Fragen. Zu dem präventiven Ansatz vor Ort gehöre beispielsweise die Mitnahme von HIV-Schnelltests oder dass mit Sexarbeiter*innen darüber gesprochen wird, wie wichtig es sei, Pausen im Laufe der Arbeitszeit zu machen.

Frage: Konnten sich Sexarbeiter*innen während der "Coronazeit" durchgehend nach ProstSchG anmelden?

Antwort: Nein, in Schleswig-Holstein seien die Anmeldebehörden zwischenzeitlich geschlossen und daraufhin eine Zeit lang nur die Verlängerung der Prostitutionsausweise möglich gewesen.

Frage: Ist aufsuchende Arbeit als Einzelperson sinnvoll?

Antwort: Eher nicht, da ja auch der fachliche Austausch nach einem Einsatz darunter leiden könne, wenn er eben nicht mit mehreren Personen geführt werden kann. Frei nach dem Motto "vier Augen sehen mehr als zwei" sollten bei der aufsuchenden Arbeit mindestens zwei Personen beteiligt sein. So kann eine Person Gespräche führen, während die andere mehr auf die Umgebung achten kann.

Workshop VI: Weibliche* Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum – Konsequenzen für die Soziale Arbeit



Nach einer kurzen Vorstellung ihres persönlichen Hintergrunds, stellt die Referentin Mina Luisa Khanbaba-Tehrani das Thema ihres Vortrags vor. Sie wird über weibliche* Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum referieren – aufbauend auf ihrer gleichnamigen Bachelorarbeit der Sozialen Arbeit.

Begriffseinordnung

Khanbaba-Tehrani beginnt mit einer Begriffseinordnung beziehungsweise mit Erklärungen dazu, warum sie bestimmte Bezeichnungen in ihrer Bachelorarbeit – und damit auch in ihrem Vortrag – verwende. Sie gebrauche zum Beispiel bewusst den Begriff "Sexarbeit" statt "Prostitution", weil damit die Wertschätzung für diese Berufsgruppe betont sei und sich hier eine klare Verbindung zum Arbeitsbegriff darstelle. Außerdem betone der Begriff „Sexarbeit“ den konsensuellen Austausch zwischen Sexarbeitenden und Kund*innen und grenzt dadurch die Sexarbeit auch von sexualisierter/sexueller Gewalt ab. Weiter bevorzuge sie den Begriff "Substanzkonsum" statt dem geläufigen "Drogenabhängigkeit", da sie der Ansicht sei, dass Sozialarbeitende keine medizinische Einschätzung zu Suchterkrankungen geben können und sollten, sowie der Konsum der Klient*innen durch den Begriffsgebrauch „Substanzkonsum“ auch nicht moralisiert bzw. gewertet würde. Schließlich lehnt Khanbaba-Tehrani auch die Bezeichnung "Beschaffungsprostitution" ab, da den Personen hier unterstellt werden würde, dass jene "nur" für den Substanzkonsum in der Sexarbeit tätig seien, was eine unzureichende Einschätzung wäre. Die Referentin bevorzuge deshalb die Formulierung "Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum".

Doppelmandat

Als nächstes stellt Khanbaba-Tehrani das Doppelmandat der Sozialen Arbeit vor. Dieses setze sich zusammen aus dem ‚Mandat der Kontrolle‘, welches Sozialarbeitenden durch den Staat verliehen wird. Hierbei wird erwartet, dass Sozialarbeitende soziale Problemfelder identifizieren und diese nach staatlichen Ansprüchen lösen. Ziel soll sein, die Menschen in eine normierte Rolle (wieder-) einzupassen. Entsprechend ist das ‚Mandat der Kontrolle‘ auch im Sozialgesetzbuch festgelegt und Teil des Sozialstaates. Hinzu komme das sogenannte ‚Mandat der Hilfe‘, welches durch die Adressat*innen verliehen wird. Damit ist gemeint, dass Personen, die Hilfe benötigen, einen bestimmten Bedarf oder Wunsch haben, mit eben diesen Erwartungen an die Sozialarbeitenden herantreten und es auch zu den Aufgaben der Sozialen Arbeit gehöre, die Bedürfnisse möglichst zu erfüllen. Dieses Doppelmandat ist problematisch, da zwischen den beiden Mandaten häufig ein Widerspruch herrscht. Zum Beispiel genügen nötige Hilfsangebote nicht immer den staatlichen Ansprüchen oder die Hilfe, entsprechend den staatlichen Vorgaben, nicht den Bedürfnissen der Adressat*innen. Zudem sei es so, dass der

Staat die "stellbaren" Ansprüche der Adressat*innen normiert. Dies bedeute, dass die staatliche Instanz festlegt, auf welche Bedürfnisse und Ansprüche Sozialarbeitende eingehen dürfen. Hilfe sei also eigentlich gleichbedeutend mit Kontrolle.

Triplemandat

Als Gegenentwurf stellt Khanbaba-Tehrani das Triplemandat nach Silvia Straub-Bernasconi vor: Hierbei werden die bereits bekannten Mandate der Kontrolle und Hilfe um das "Mandat der Profession" ergänzt. Ziel dieses erweiterten Mandat-Modells sei es, Soziale Arbeit als Profession handlungsfähig zu machen. Denke man das Professionsmandat mit, kann dadurch die Aufgabe der Sozialen Arbeit umgedeutet werden. Der Anspruch der Sozialen Arbeit sollte, nach Khanbaba-Tehrani sein, auf den Erkenntnissen der Wissenschaft, auf ethischen Überlegungen und der Wahrung der Menschenrechte zu basieren – und eben nicht nur auf dem staatlich-normierten Sozialgesetzbuch. Dies bedeute konkret beispielsweise, dass es Aufgabe von Sozialarbeitenden wäre, Aufträge, z.B. durch das Mandat der Kontrolle oder der Hilfe kritisch zu prüfen. Erscheint ein Auftrag nach einer solchen Prüfung nicht vertretbar, kann er durch das Mandat der Profession begründet abgelehnt werden.

Lebenswelt der Sexarbeiter*innen

Im Anschluss daran stellt Khanbaba-Tehrani die Lebenswelt der Sexarbeitenden vor, welche sie auch in ihrer Bachelorarbeit fokussiert hat. Wegen Zeitmangel musste die Referentin hier etwas kürzen. Sie weist hier erneut darauf hin, dass sie selbst nicht Teil der Bevölkerungsgruppe der Sexarbeitenden sei und deshalb nicht für diese sprechen möchte. Zum besseren Verständnis ihrer Forderungen möchte sie aber dennoch versuchen, ein Bild dieser Lebenswelt zu zeichnen. Khanbaba-Tehrani legte in ihrer Arbeit einen Fokus auf weiblich gelesene Sexarbeitende. In der dargestellten alltäglichen Lebenswelt spielten einer oder mehrere der folgenden Aspekte eine Rolle: Sexarbeit, Substanzkonsum, psychische Gesundheit, Wohnungslosigkeit und/oder die Erfahrung mit Migration. Khanbaba-Tehrani hat sich in ihrer Arbeit speziell mit dem Alltag auf dem Straßenstrich beschäftigt, wo Infra- und Schutzstrukturen mangelhaft seien. So gebe es schlechte oder kaum vorhandene Hygienemöglichkeiten und die Arbeitssituation sei durch die Straße und die nächtliche Arbeitszeit besonders riskant. Verschärft würde die Situation zusätzlich durch den vergleichsweise geringen Verdienst in der Straßensexarbeit.

Die Frauen befänden sich in einer besonders vulnerablen Position, in einem Kreislauf aus Beschaffung und Konsum von Substanzen. Durch den dadurch entstehenden finanziellen Druck steige auch die Notwendigkeit zu mehr (bzw. "genug") Sexarbeit in prekären Verhältnissen. Um einen ansteigenden Konsum zu finanzieren könne es seitens der Sexarbeitenden zu einer erhöhten Risikobereitschaft bzgl. der angebotenen Praktiken kommen. Überwiegend werden Substanzen wie Kokain, Heroin oder Crystal Meth konsumiert. Zudem würden diese Substanzen in Form des sogenannten Mischkonsums konsumiert – parallel oder simultan.

Bei der dargestellten Situation stelle sich die "Henne-Ei-Frage": Was war zuerst da; der Substanzkonsum oder die Sexarbeit? Eine eindeutige Kausalität sei meist nicht klar herzustellen, beide Faktoren beeinflussten sich gegenseitig. Als Gründe für ihren Substanzkonsum nennen Sexarbeitende u.a. den Wunsch, mit ihrer Lebenssituation zurecht zu kommen (Coping-Strategie) und auch die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit.

Die Gruppe der Sexarbeitenden im Kontext Substanzkonsum gelte als besonders schutzbedürftig. Viele von ihnen hätten traumatische Erlebnisse als Teil ihrer Biographie. Zum Teil aus einer Zeit vor der Sexarbeit, aber eben auch die Erfahrung von Gewalt und traumatisierenden Erlebnissen im (Arbeits-) Alltag der Frauen. Hinzu kommen Schwierigkeiten der psychischen Gesundheit. Als Beispiel nennt Khanbaba-Tehrani hier, dass manche Sexarbeitende sehr von ihrer Mutterrolle belastet würden, die sie nicht mit ihrem Alltag vereinbaren und nicht ihren eigenen Ansprüchen genügend erfüllen könnten. Psychisch belastend sei auch das besonders hohe Stigma, das die Sexarbeitenden betreffe.

Als weiteren Faktor, aus der Lebenswelt der Sexarbeit, nennt die Referentin die Situation der Wohnungslosigkeit der Frauen. Bis zu 60-70% der auf dem Straßenstrich tätigen Sexarbeitenden hätten keinen festen Wohnsitz. Dies sei besonders problematisch, da die betreffende Person dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Dritten wie z.B. zu einem Kunden geraten könne. Außerdem könnten gerade Sexarbeitende, die nachts auf dem Straßenstrich arbeiten, Angebote für wohnungslose Menschen, wie Notschlafmöglichkeiten, nicht nutzen, da die dort geltenden Auflagen, wie Ausgangszeiten, teils nicht eingehalten werden könnten. Ein weiterer Aspekt, der einen deutlichen Einfluss auf die Lebensrealität vieler Sexarbeitenden hat, sei die Erfahrung von Migration. Dadurch entstehen in der Folge Probleme wie Sprachbarrieren, kein gesicherter Aufenthaltsstatus sowie Schwierigkeiten beim Zugang zu Krankenversicherung oder Therapieplätzen. Generell sei die Lebenssituation dieser Sexarbeitenden von unzureichender gesundheitlicher Versorgung geprägt.

Abschließend weist Khanbaba-Tehrani noch auf die hohe Belastung der Frauen durch Stigmatisierung und Rassismus hin. So könne es vorkommen, dass die Frauen als "migrantische, substanzgebrauchende Sexarbeiterin" beurteilt werden, und somit für das – auch durch Rassismus geprägte – Narrativ der Zwangsprostitution herhalten müssen. Damit würde den Frauen jedoch jede Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit abgesprochen und ihnen die Opferrolle zugeteilt.

Handlungsprinzipien

Dieser Problemsituation stellt Khanbaba-Tehrani Handlungsprinzipien entgegen. Diese Prinzipien habe die Referentin selbst aufgestellt und versuche damit, die Ansätze der Sozialen Arbeit im Kontext der Sexarbeit mit den Ansätzen der Arbeit im Kontext Substanzkonsum zusammen zu bringen. Wichtig sei ihr dabei eine zielgruppenspezifische Subjektorientierung.

Ein klares *politisches Selbstverständnis* sei laut Khanbaba-Tehrani besonders wichtig bei einem konstruktiven Ansatz der Sozialen Arbeit. Hier betont sie die Reflexionsfähigkeit sowie Kritikfähigkeit bezüglich des gesellschaftlichen Systems. Als Beispiel nennt die Referentin die Kapitalismus- und Machtkritik, den intersektionalen Feminismus sowie Sensibilität für Fragen der Queer Theory. Das System des Kapitalismus basiere auf Ungleichheiten und reproduziere dadurch bestehende Machtstrukturen. Problematisch daran sei, dass die Soziale Arbeit Teil vom Kapitalismus sei und damit erst ermöglicht würde. Aber gerade deshalb entstehe hier eine besondere Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte; speziell für marginalisierte Gruppen. Zudem habe die Soziale Arbeit – insbesondere im kapitalistischen System – auch eine befriedende Funktion, da durch sie versucht werde, die Lebensumstände der Adressat*innen an gesellschaftliche Normen anzugleichen und systemische Unzulänglichkeiten zu "beheben". Es scheine wichtig, hier die entscheidenden Fragen zu stellen: Warum werden Substanzen illegalisiert? Wodurch entsteht die "Not" zur Sexarbeit? Und warum gibt es entsprechende

Gesetze überhaupt? Wer profitiert von ihnen und sind sie überhaupt moralisch-ethisch vertretbar?

Khanbaba-Tehrani möchte, dass die bestehenden Machtstrukturen erkannt, analysiert und kritisiert werden, um verändert werden zu können. Zu den Ansätzen des intersektionalen Feminismus zähle es, patriarchale Machtstrukturen zu hinterfragen sowie diese aufzubrechen. Dies sei besonders für das angestrebte zielgruppenspezifische Arbeiten der Sozialen Arbeit entscheidend. Intersektional würde der Feminismus dadurch, dass verschiedene marginalisierende Faktoren wie Migrationshintergrund, Substanzkonsum und Arbeitsbereich zusammengedacht werden. So sähe sich z.B. eine PoC, die ohne Anmeldung in der Sexarbeit tätig ist und illegalisierte Substanzen konsumiert, mehreren marginalisierenden Faktoren ausgesetzt, die sich hinzukommend gegenseitig beeinflussen und deshalb nicht getrennt betrachtet werden können. Der Ansatz des gendersensiblen Arbeitens – entsprechend der Queer Theory – bedeute zum Beispiel, die Kategorie "Gender" in allen gesellschaftlichen Situationen mitzudenken. So brauche es laut Khanbaba-Tehrani zum Beispiel Therapieangebote speziell für Frauen oder einen Konsumraum in Hilfseinrichtungen, der nur von Frauen genutzt würde. Außerdem wünscht sich die Referentin ein grundlegendes Wissen von Sozialarbeitenden zu weiteren Inhalten der Genderforschung, wie z.B. die Unterscheidung von sex, gender und desire.

Subjektorientierung

Als zweites Handlungsprinzip stellt Khanbaba-Tehrani die *Subjektorientierung* vor. Damit meint sie verschiedene Ansätze aus unterschiedlichen Bereichen, die sich jedoch allesamt hier anwenden lassen. Dazu zähle zum Beispiel die Akzeptanzorientierung, welche bereits aus der Arbeit der niederschweligen Drogenhilfe oder der Aidshilfen bekannt sei. Akzeptanzorientierung bedeute, die Adressat*innen so anzunehmen, wie sie sind und sie nicht für ihre Lebenssituation und/oder ihr Verhalten zu verurteilen. Die Notwendigkeit hierzu ergebe sich besonders aus dem Fokus auf die Erhaltung der Menschenwürde der Personen, da sie weiterhin als handlungsfähige Subjekte gesehen werden sollen, denen nicht ihre Mündigkeit abgesprochen werden dürfe. Es handele sich hierbei um einen bewussten Gegenentwurf zum klassischen Verständnis von Sucht bzw. einer "süchtigen" Person. Gerade im Kontext Substanzgebrauch in der Sexarbeit sei die Akzeptanzorientierung wichtig, da die Frauen bisher bereits viel gesellschaftliche Ablehnung erfahren würden – Niedrigschwelligkeit gehe mit Akzeptanzorientierung einher.

Ein weiterer Ansatz, der die Orientierung am Subjekt darstelle, sei die Parteilichkeit für die Adressat*innen. Das bedeute, dass das Hilfsmandat der Adressat*innen besonders wichtig sei und nicht missachtet werden dürfe. Dies begründet die Referentin zusätzlich dadurch, dass im aktuellen System eine Machtasymmetrie in Richtung des staatlichen Mandats bestehe. Deshalb sei es entscheidend, eine Haltung der Parteilichkeit in Richtung der Sexarbeitenden einzunehmen, um ein gewisses Gleichgewicht herstellen zu können. Khanbaba-Tehrani betont: „Soziale Arbeit ist nicht neutral. Sie will und sollte es auch gar nicht sein.“ Außerdem nennt sie noch den Ansatz des Empowerment, d.h. die Idee, ressourcenorientiert zu arbeiten. Damit meint die Referentin, dass die Sozialarbeitenden mit den Adressat*innen zusammenarbeiten sollten, um mögliche Ressourcen zu erkennen, die für die angestrebten Veränderungen genutzt werden könnten. Es sei demzufolge Aufgabe von Sozialarbeitenden, beispielsweise ein besonders schnelles und "cleanes" konsumieren als eine Ressource in Bezug auf Zeitmanagement, Hygiene und Geschicklichkeit zu erkennen. Die Referentin räumt jedoch ein,

dass es auch schwierig sein könne, zu erkennen, weshalb ein*e Adressat*in eine Strategie, d.h. eine Ressource, entwickelt hat.

Abschließend weist Khanbaba-Tehrani erneut darauf hin, dass traumasensibles Arbeiten hier unerlässlich sei. Das bedeute, sich mit den biographischen, ggf. traumatischen Hintergründen der Adressat*innen zu befassen und entsprechend Trigger zu vermeiden und eine Retraumatisierung zu verhindern.

Letztlich fordert die Referentin dazu auf, dass Sozialarbeitende sich und ihre Arbeit selbstreflektieren. Um zu verdeutlichen, klärt Khanbaba-Tehrani auf, dass ein "Arbeiten auf Augenhöhe" mit den Adressat*innen eine Illusion bzw. ein Mythos darstelle. Die Situation konstituiere sich immer schon als Machtgefälle z.B. zwischen helfender und geholfener Person. Es gebe hierbei Unterschiede in Bezug auf Kompetenzen, Ressourcen sowie auf Privilegierung oder Marginalisierung.

Zur Selbstreflexion gehöre auch die Pflege der eigenen Psychohygiene.

In diesem Zusammenhang sei die stetige Finanzierungsunsicherheit von Nichtregierungsorganisationen und daraus resultierende Unterbesetzung, Anhäufung von Überstunden sowie die hohen psychischen Belastungen ein grundsätzlich problematischer Faktor gegen die Psychohygiene der Mitarbeitenden in der Sozialen Arbeit.

Auch der neo-liberale Kontext der aktuellen Gesellschaft nehme Einfluss auf die Arbeitswelt der Sozialen Arbeit. Es häuften sich hier also viele herausfordernde Faktoren, welche die Soziale Arbeit zu einem psychisch sehr belastenden Job machen, in welchem die Akteur*innen verstärkt auf ihre Psychohygiene achten und ihre Arbeitssituation reflektieren sollten. Als konkrete Orientierungspunkte nennt Khanbaba-Tehrani

- die eigene Belastbarkeit zu kennen
- langfristige Beziehungsarbeit mit Adressat*innen und Kolleg*innen anzustreben
- Coping-Strategien zu entwickeln
- gute Zusammenarbeit und Zusammenhalt im Team
- eine klare Abgrenzung zum Privatleben vorzunehmen
- Angebote zur Supervision oder Therapie anzunehmen

Eine Teilnehmende weist zum Ende der Workshops darauf hin, dass die Traumatisierung der Frauen in der Sexarbeit nicht unbedingt aus der Kindheit oder dem Leben vor der Sexarbeit kommen müsse, sondern durchaus auch durch Repressionen durch die Polizei – oder ganz aktuell der "Coronaverordnungen" – entstehen könne. Ein Trauma entstünde also nicht nur durch "böse, cis männliche Freier", sondern auch durch gesellschaftliche marginalisierende Strukturen.

Bei Interesse, die Forschungsarbeit „Weibliche* Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum – Konsequenzen für die Soziale Arbeit“ von Mina Luisa Khanbaba-Tehrani zu lesen, können sie diese unter folgender Adresse anfragen: mina.tehrani@gmx.de

Workshop VII: Perspektive auf Gesundheit von trans Personen in der Sexarbeit



Max Appenroth eröffnet als Referent den Workshop und beginnt mit einer Klärung seines Verständnisses von jenen Adjektiven wie trans oder cis, die Geschlechtsidentität benennen. Dabei führt er aus, dass der Begriff trans früher einen stigmatisierenden Aspekt hatte, welcher auch im heutigen Gebrauch – ob bewusst oder unbewusst – mitschwingt.

Im Folgenden sind die Inhalte des Workshops in Stichpunkten festgehalten:

26% der trans Personen, so Appenroth, berichten von Stigmatisierung und Diskriminierung durch medizinisches Fachpersonal. Demnach sei der Mensch im (deutschen) Gesundheitssystem *nicht* gleich. Bildungsstand, sexuelle Identität und Milieu prägen den Umgang von Ärzt*innen und Pflegepersonal mit Patient*innen – in jeweils beide Richtungen. Medizinische Versorgung, Vorsorge durch bspw. Medikamentierung von PrEP sowie Leistungen wie operative Veränderungen am eigenen Körper, sorgten für mentalen und finanziellen Druck bei trans Personen.

Diskriminierung von trans Personen in der Gesellschaft finde auf mehreren Ebenen statt. Die bloße trans Identität könne bereits Auslöser von Diskriminierung sein. Unter anderem dadurch seien trans Personen besonders betroffen von mentalen Problemen und/oder psychischen Belastungen.

Das Fachwissen in der Medizin über trans Personen sei sehr gering. Diese mangelnde Kenntnis führe zu mangelndem Verständnis mit betroffenen Personen, was trans Menschen den Zugang zu medizinischer Grundversorgung erschweren könne. Auch haben trans Personen häufig ein besseres medizinisches Wissen über ihren eigenen Körper, als ausgebildetes medizinisches Personal; wodurch Anamnese oder Diagnostik nicht ausreichend oder nicht richtig ausgeführt wird und/oder sie in ihrer vulnerablen Position als Patient*in oftmals zusätzlich damit belastet werden, kostenlose Bildungsarbeit an medizinisch geschultem Personal zu tätigen.

Folgen der Ungleichbehandlung seien zum Beispiel: Testungen auf HIV und AIDS würden erschwert, Abhängigkeit von Sexarbeit wegen Ermangelung von Alternativen werde begünstigt. Bis zu 43,8% der trans männlichen Teilnehmer einer Umfrage hätten Erfahrungen mit Sexarbeit. Gesetze zur Sexarbeit wirkten bei trans Personen als Barrieren. Es existiere eine geringe Repräsentanz, wenig Aufklärung und Kampagnen von trans Personen in der Gesellschaft.

Es gebe einen erkennbaren Zusammenhang von Suchtentwicklung und Sexarbeit bei trans Personen. Demzufolge auch relevant sei das Thema *Chemsex*: Sex unter Drogeneinfluss. Chemische Drogen können den

Hormonhaushalt bei trans Personen stark beeinflussen und ein gesundheitliches Risiko darstellen.

Daten und Statistiken über trans Personen seien wenig vorhanden, hinzu bezögen sich vorhandene Studien vorrangig auf den US-amerikanischen Raum. Eine dieser Studien zeige, dass trans Personen fünfmal häufiger mit HIV infiziert seien, als die cisgeschlechtliche Mehrheitsgesellschaft.

HIV Prävention mit PrEP:

Stereotype, von heterosexuellen Vorstellungen geprägte Annahmen über sexuelles Handeln von trans Personen, führe mitunter dazu, dass spezifische Angebote gar nicht erst angeboten/angesprochen würden.

Die individuelle Beratung von trans Personen sei für Mitarbeitende häufig herausfordernd, da sie wenig Erfahrung oder Übung haben, sexuelle Neigung (durch bspw. aktivem Zuhören) zu ermitteln oder die innere Vielstimmigkeit bis innere Konflikte der zu beratenden trans Person nicht aufzugreifen wissen.

Aufgrund mangelnder Forschung in diversen Körpern, wie zum Beispiel Hormonsubstitution/-behandlung bei trans Personen, könne die Wirkung einer PrEP nicht bis zu 100% belegt werden. Aufgrund körperlicher Ausprägung bzw. gelebter Sexualität müssten unterschiedliche Einnahmeschemata einer PrEP beachtet werden.

Es sei zudem in vielen Fällen nicht klar, wann, wie und bei wem PrEP wirke und welche Nebenwirkungen es haben könne. Es brauche viel Aufklärung; sowohl beim medizinischen Personal als auch in der trans Community selbst. Trans Personen sollten nach Ansicht von Appenroth mit in Projekte, Kampagnen und Präventionsangebote einbezogen werden; mit würdevoller (finanzieller) Gegenleistung und unabhängig eines bestimmten Bildungshintergrundes.

Auf die Frage um die Wirkung von PrEP auf trans Personen, betonen Appenroth und Tate, dass es sehr wenige bis keine Daten oder Informationsmaterial hierzu gebe. Die geringe Datenlage führe dazu, dass die Bereitschaft, PrEP zu nehmen, sehr gering sei.

Krankenkassen würden sich teilweise viele Jahre weigern, trans männliche Männer anzuerkennen.

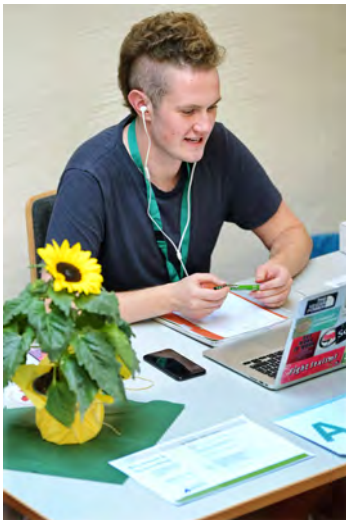
Beim Auf- oder Ausbau von Peer-Angeboten müssen die Verantwortlichen sich zu Beginn Fragen stellen wie: Wo kann sich die Community treffen? Wo kann sie sich weiterbilden? Wie kann Repräsentanz unterstützt werden?

Im Umgang mit trans Personen sei ein sensibles Sprachhandeln sehr wichtig. Appenroth bringt zum Verständnis das Beispiel an, dass trans Personen häufig ein eigenes Verständnis von Bezeichnungen oder Begriffen von Genitalen haben; worauf sich die beratende Person (auch spontan) einstellen können müsse.

Da es in der Vergangenheit bis heute zu Repressalien und Ablehnungen durch Mitarbeitenden von staatlichen Institutionen gekommen sei und komme, würde diesen Institutionen mit Unsicherheit und Ablehnung begegnet.

Eine teilnehmende Ärztin aus Berlin fragt beziehend auf die Erwähnung staatlicher Ablehnung, was sie bzw. ihre Praxis und Kolleg*innen konkret tun oder verändern könnten. Appenroth weist darauf hin, dass darauf zu achten sei, welche Fachperson mit trans Personen zusammenkommt; sprich ob und welches spezifische Fachwissen und persönliche Eignung vorhanden sei. Weiter könne in der Praxis darauf geachtet werden, dass bspw. die Anamnesebögen, Datenblätter oder ähnliche Dokumente nicht trans-exkludierend sind. Trans Personen sollten bei der Erstellung von bürokratischen Formalia/Texten nicht herausgehalten, sondern bei der Anfertigung berücksichtigt werden. Es gelte, nichts voraussetzen und sexuelle Identität nicht als feste "Norm" zu nehmen.

Appenroth betont: Mediziner*innen und medizinische Institutionen haben eine Machtposition.



Caspar Tate erzählt, dass bei der direkten Beratung bei Trans*Sexworks²⁷ neben der Sexarbeit häufig Themen wie körperliche Gewalt und Drogenkonsum aufkommen. Bei einer Transberatung in Köln, die viele Transmenschen aus Südamerika betreue, sei ein weiterer dominierender Themenpunkt in den Beratungen, dass es häufig keinen Kontakt mehr zu den Herkunftsfamilien gebe; was soziale und finanzielle Unsicherheit zur Folge hat. Tate berichtet außerdem, dass er bei seiner Arbeit einer sehr hohen Transfeindlichkeit begegne. Viele Menschen, die aufgrund ihres trans-Seins nach Deutschland flüchten, würden erleben in Einrichtungen, die eine offene Haltung erwarten lassen würden, große Feindlichkeit und Ablehnung. Trans Frauen würden als Täterinnen dargestellt bspw. in Frauenhäusern, was zur Folge

habe, dass sie zum vermeintlichen Schutz der dortigen cis Frauen nicht in die Einrichtung aufgenommen würden. Trans*Sexworks müsse ihre schutzsuchenden Personen wegen solcher Strukturen bei Privatpersonen unterbringen, was wiederum belastende Situationen für die Beteiligten hervorbringen könne

Tate berichtet von diffamierenden Erlebnissen mit Notrufen. So habe der Weiße Ring, nachdem Tate von einem Klienten körperlich angegriffen wurde, ihm empfohlen, nicht zur Polizei zu gehen, da er selbst sich durch seine Beratung illegal verhalten habe.

Durch kooperative Verteilaktionen von FFP2-Masken auf Straßenstrichen in Berlin sei Kontakt und Austausch zwischen trans Personen mit cis Frauen zustande gekommen.

²⁷ <http://transsexworks.com/>

Beratungen und medizinische Einrichtungen seien selten vernetzt. Wissen und Kenntnisse würden häufig exklusiv gehandhabt. Bestimmte Beratungsstellen und medizinische Anlaufstellen würden sich regelrecht einer notwendigen Fortbildung zu trans Personen verweigern. Solche Einrichtungen könnten nach Tates Einschätzung stärker Eigeninitiative ergreifen und Selbstkritik üben, z.B. mit der Frage: Sind wir als Institution bereit, trans Personen aufnehmen zu können?

Eine Teilnehmerin, welche trans Personen berät, berichtet, dass ihrerseits große Wissenslücken bestehen, welche Anlaufstellen und staatlichen Adressen zur Kontaktaufnahme überhaupt zur Verfügung stünden – zu denen fallspezifisch vermittelt werden könnte.

Appenroth formuliert, dass sich die trans Community im täglichen Umgang nicht gesehen fühlt. Existenzielle Bedürfnisse würden nicht befriedigt. Von den Instituten komme häufig der floskelhafte Vorwurf, dass trans Personen ja „einfach nicht (zu uns) kämen“ – eine angespannte Situation, in der sich beide Parteien misstrauisch bis gar feindlich gegenüberstünden. Caspar Tate schlägt hier vor, cis und trans Beratungsstellen explizit zusammenzulegen.

Eine Teilnehmerin berichtet von der ersten offiziellen Transinitiative in Bielefeld, die es seit 2019 gebe. Diese Initiative würde als erster Startpunkt für Beratung und Vernetzung mit und für trans Personen gesehen.

Tate berichtet, dass die zunehmende virtuelle Arbeit durch die COVID-19 Pandemie ein Vorteil sei, da Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Mobilität aufgehoben werden können. Man könne sich schnell als Initiative oder Institution austauschen. Ebenso lasse sich online schnell überregionale Beratung machen.

Aufklärung sei eine internationale Investition. In Deutschland aufgeklärte Menschen nähmen ihr Wissen mit in ihre Heimatländer.

Literaturhinweis

Appenroth (2021): **Trans men in sex work. Prevalent but overlooked**; in: Scott, J., Grov, C., & Minichiello, V. (Eds.). (2021). *The Routledge Handbook of Male Sex Work, Culture, and Society* (1st ed.). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003152835>

Podiumsgespräche

Erste Podiumsdiskussion: Verbessert das ProstSchG die Situation von Sexarbeiter*innen oder verschleiert es die Situation von Sexarbeiter*innen?

Es diskutierten:

Sylvia Pantel, CDU, MdB Düsseldorf

Ruby Rebelde, Vorstandsmitglied bei Hydra e.V. Berlin, Sexarbeitsaktivistin

Giovanna Gilges, Mitarbeiterin des Gesundheitsamts Bochum und dort für Beratungen nach § 10 ProstSchG zuständig sowie Sprecherin des 'Netzwerks § 10'

Harriet Langanke wendet sich zunächst an Sylvia Pantel. Diese sei zugleich verhasst und geliebt – verhasst wegen des ProstSchG und "ein bisschen geliebt" als Bollwerk gegen Bestrebungen zur Verschärfung des ProstSchG, so wie sie beispielsweise von Leni Breymaier betrieben würden. An Pantel geht die Frage, weshalb sie ein so repressives Gesetz wie das ProstSchG mitentwickelt habe.



Pantel erklärt, sie sei Ratsfrau mit Zuständigkeit für Prostitution gewesen und habe hier viele Berührungspunkte mit dem Thema gehabt. *Die Frauen* wollten Hilfe, und niemand half. Als sie in den Bundestag gewählt wurde, habe sie sich weiter mit dem Thema beschäftigt. Pantel habe gesehen, dass es keinen Schutz für *die Frauen* gebe und dass behauptet würde, Prostitution sei ein Job wie jeder andere. Pantel ist der Ansicht, wäre

Prostitution ein Job wie jeder andere, gäbe es doch bereits Regeln. Niemand in der Politik habe da genauer hinschauen wollen. Pantel erklärt, sie habe viele Gegner*innen im kommunalen Bereich gehabt. Ihr sei vorgeworfen worden, einen Pakt mit Bordellen eingegangen zu sein. Als sie mit Hydra e.V. gesprochen habe, brachte ihr dies den Vorwurf ein, sie verbünde sich mit den Sexarbeiter*innen. Es sei also unmöglich, alle zufrieden zu stellen. Darum habe sie ihr Augenmerk nur noch auf die Sexarbeiter*innen selbst gelegt und auf die Frage, wie viele es eigentlich gebe. Nur ca. 20% der Sexarbeiter*innen seien Deutsche; hier stelle sich ihr die Frage, wie es mit nichtdeutschen Sexarbeiter*innen aussehe.

Auf die Nachfrage Langankes, warum Pantel nur auf Repression als Antwort auf das Bedürfnis nach Schutz und Hilfebedürftigkeit gekommen sei, stellt die Angesprochene die Gegenfrage, welche Repression gemeint ist.

Hier kommt nun Ruby Rebelde zu Wort, die aus ihrer Sicht erläutert, warum das ProstSchG Repression bedeutet. Eine Grundforderung der Sexarbeitsbewegung sei es gewesen, keine Sonderregeln zu bekommen und Rechte statt Rettung zu erfahren. Sie habe in der Vergangenheit Pantel eingeladen, gemeinsam mit ihr die Situation in Berlin zu betrachten. Dies sei wegen der COVID-19-Pandemie leider nicht gegangen. Jetzt sei ein Positionspapier zur Weiterentwicklung des ProstSchG vorgelegt worden, dass bspw. schwangeren Prostitution verbiete und Krankenkassenpflicht für alle Sexarbeiter*innen vorsehe.²⁸ Letzteres höre sich gut an, aber die Frage stelle sich, wie dies bezahlt werden könne und ob die Zugänglichkeit für Migrant*innen gegeben sei.

Harriet Langanke gibt den Ball an Giovanna Gilges weiter und fragt, wie sie und ihre Kolleg*innen den repressiven Charakter des ProstSchG in der Beratung nach §10 erleben. Diese Frage kann lt. Gilges nicht pauschal beantwortet werden. Innerhalb der im Netzwerk §10 ProstSchG NRW vertretenen Gesundheitsämter gebe es bzgl. des Repressionscharakters



unterschiedliche Positionen, wobei das ProstSchG wohl von allen als Korsett wahrgenommen werde. Im Gesundheitsamt erfolge die gesundheitliche Beratung einmal im Jahr und für Personen unter 21 Jahren alle sechs Monate. Das Gesetz bleibe inhaltlich und in der Ausgestaltung der Beratung undeutlich und sei überhaupt sehr gynäkologisch ausgerichtet. Zugleich müsse die Beratung auf eine äußerst heterogene Gruppe reagieren und mit unterschiedlichstem Vorwissen beraten werden. Ihre Kolleginnen hätten sich im Laufe der vergangenen Jahre zwar viel Expertise angeeignet, müssten sich aber dennoch gewissermaßen in ihren Beratungsgesprächen von den Sexarbeitenden selbst weiterbilden lassen. Es sei zu wenig Zeit und zu wenig Möglichkeit vorhanden, um sich adäquat weiterzubilden. Besonders problematisch sei es, wenn zu beratende Frauen nicht Bürgerinnen der jeweiligen Kommune sind, sodass Ihnen manche Angebote verwehrt bleiben und wenn das Hilfesystem vor Ort nicht ausreichend ausgebaut ist. Es gebe in solchen Fällen dann keine Möglichkeiten mehr, die Frauen zu unterstützen. Die Frauen gerieten dann in eine Spirale von Trauma und Enttäuschung, was Unterstützung erschwere und verunmögliche. Wenn sie als Beraterin sagen müsse „Ich kann dir nicht helfen“, dann dächten die Frauen, niemand könne ihnen helfen. Wie bei Frauenhäusern, die Menschen abweisen müssten, wenn sie voll seien, wisse Gilges dann nicht, ob die Klientin noch einmal wiederkommt. Das alles sei das Korsett dieser Repression – den Vorgaben des ProstSchG könnten sie und ihre Kolleg*innen nicht nachkommen.

²⁸ vgl. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Beschluss vom 09.02.2021.
URL: www.cducsu.de/sites/default/files/2021-02/PP%20Prostituierte.pdf; zuletzt eingesehen am 22.12.2021

Harriet Langanke fragt Sylvia Pantel, ob diese sich in das hineindenken könne, was Giovanna Gilges geschildert habe. Pantel bejaht die Frage und weist darauf hin, es sei von Anfang an klar gewesen, dass das unbeliebte und junge ProstSchG zu evaluieren sei. Das Gesetz koste nicht zuletzt die Kommunen Geld, und für sie zeige sich, dass die Umsetzung in Bielefeld nicht besonders gut gewesen sei.²⁹ Dafür sei die Stadt zuständig gewesen. In Düsseldorf laufe es anders; dort gebe es Ausstiegsangebote über den SKFM, z.B. für nicht angemeldete Frauen. Das ProstSchG sei ein Zustimmungsgesetz; die Bundesländer hätten gesagt, sie bräuchten keine Gesetze und keinen Schutz für die Frauen. Die Kommunen müssten nun zusätzlich Mitarbeiter*innen und Ärzt*innen einstellen, und das koste nun mal Geld.

Langanke weist Pantel darauf hin, dass dies hier doch nicht das Thema sei; sondern, dass das Gesetz von den Betroffenen selbst als repressiv eingeschätzt werde.

Für Pantel müssen in allen Berufen Regeln befolgt werden. Ihr Ansatz sei es, um Sexarbeiter*innen zu schützen, müssten diese erfasst werden. Der Staat müsse Rahmen setzen, um Hilfe geben zu können. Die Frauen sollten nicht ausgebeutet werden, und die Frage sei zu klären, wo die Frauen denn seien. Diese Klärung sei der Auftrag an die Kommunen.

(Kopfschütteln und Geraune im Publikum)

Langanke wendet sich nun an Ruby Rebelde. Sylvia Pantel habe gesagt, das ProstSchG diene auch der Erfassung von Sexarbeiter*innen, um ihnen Schutz gewähren zu können. Zugleich gebe es aber nach wie vor sehr viele unregistrierte Personen – wie passe das zusammen?

Etwa 40.000 Menschen, so Rebelde, habe es 2019 in der Sexarbeit gegeben, die sich hätten registrieren können.³⁰ Dazu gebe es ein Dunkelfeld: Die „Verbotslobby“ nehme eine Millionen Menschen an, die gezwungenermaßen und als Folge von Menschenhandel der Prostitution nachgingen. Dagegen gingen Einrichtungen wie Hydra, die tagtäglich mit den Menschen in der Sexarbeit zu tun hätten und sich darum auch auskennen, von 80.000 bis 100.000 sexarbeitenden Menschen aus. An Pantel richtet Rebelde die Kritik, diese tue immer so, als habe es vor 2017 keine Anlaufstellen für Sexarbeiter*innen gegeben – Hydra sei 1980 als Hurenselfvertretung gegründet worden, dazu gebe es ebenfalls schon länger den Bufas e.V., und die Fachberatungsstellen bundesweit seien untereinander eng vernetzt. Pantel betrachte Sexarbeit nur isoliert – so Rebelde –, als Mikrokosmos. Dabei sei Sexarbeit auch Arbeitsmigration aus dem globalen Süden und anderen Regionen, für die Deutschland und andere europäische Länder eine postkoloniale Verantwortung hätten. Menschen kommen nach Deutschland, um Geld für den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu verdienen und mit dem ProstSchG sei diesen Migrant*innen die Tür zugemacht worden. Selbstverwaltete Wohnungsbordelle in Berlin hätten schon vor Corona zugemacht, weil das ProstSchG es nicht erlaube, dass sich Sexarbeiter*innen genossenschaftlich zusammentun. Dadurch seien viele

²⁹ Hier lag im Gespräch ein Missverständnis vor, das weiter unten im Gespräch aufgeklärt wird. Frau Pantel ging davon aus, dass sich Frau Gilges in ihrem vorigen Redebeitrag allein auf die Situation in Bielefeld bezieht. Dagegen aber hatte Frau Gilges die Situationen in den einzelnen Bundesländern im Blick gehabt.

³⁰ Vgl. bspw. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 286 vom 30. Juli 2020

Klient*innen nicht mehr für Hydra erreichbar. In der aufsuchenden Arbeit laufe Hydra derzeit alle Adressen ab, um zu überprüfen, wer noch da sei. Das ProstSchG bedeute nichts Anderes als Verdrängungspolitik, dazu habe es am Vortag einen sehr guten Vortrag von Jenny Künkel gegeben. Forschungen dieser Art, so Rebelde, hätten bei der Schaffung des ProstSchG berücksichtigt werden müssen. Die Bedürfnisse der Betroffenen des ProstSchG würden von der Politik nicht ausreichend gesehen – das Transsexuellengesetz gehöre abgeschafft und es brauche eine vernünftige Migrationspolitik sowie Bekämpfung der globalen Armut, was globale Lösungen erforderlich mache. Stattdessen werde nationalstaatliche Politik betrieben, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehe.



Giovanna Gilges geht auf die zuvor geäußerte Kritik Sylvia Pantels an der Umsetzung des ProtSchG in Bielefeld ein. Hier laufe es gut. Es stimme: Das ProstSchG koste Geld und die Kommunen haben zu wenig Geld. Die Bezirksregierung Detmold sei deswegen beispielsweise den Weg gegangen, in Bielefeld eine Grundstation für alle Sexarbeiter*innen im Regierungsbezirk Detmold einzurichten. Alle Sexarbeitende müssten darum zur

gesundheitlichen Beratung und Anmeldung im Sinne des ProstSchG nach Bielefeld kommen – das koste jedoch die Sexarbeitenden aus dem Raum Geld, führe zu Abhängigkeiten und zu zeitlichen Verzögerungen. Dazu komme, dass das Angebot der gynäkologischen Untersuchung in Gütersloh stattfinde, also wiederum in einer anderen Stadt. Das sei für die Kommunen möglicherweise ökonomisch, jedoch nicht zielgruppengerecht. Vergleichbare Situationen gebe es in vielen Regionen.

Im Ruhrgebiet sei man noch gut aufgestellt mit Beratungsstellen, die akzeptierend arbeiten. Gilges sieht für sich die Verantwortung, Frauen bedarfsorientiert an akzeptierende Stellen zu verweisen. Hier gebe es noch viele Defizite. Frauenhäuser seien ebenfalls im ProstSchG berücksichtigt, aber diese seien nicht automatisch in der Lage, Sexarbeiter*innen aufzunehmen; zum Umgang mit diesen seien keine Konzepte vorhanden. Es gebe einfach keine Frauenschutzräume für Sexarbeiterinnen – so potenzierten sich die Probleme, deren Lösung nicht nur kommunale Aufgabe sein könne. Vielmehr gelte es, bilateral auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu kooperieren.



Langanke unterbricht hier und gibt Sylvia Pantel die Gelegenheit, das ProstSchG vor dem Hintergrund der letzten Beiträge zu verteidigen und zu zeigen, dass der "Schutz" im ProstSchG nicht nur ein Euphemismus sei – Schutz sei ja, wie eben zu hören gewesen sei, nicht gegeben.

Pantel nimmt die geäußerte Kritik mit und wird Ina Scharrenbach, der NRW-Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung, darüber berichten. Der Bund habe mit dem ProstSchG das Gerüst geliefert, das Länder und Kommunen jeweils unterschiedlich umsetzen. Die Evaluation werde nun geplant und es sei klar, dass es Mängel gegeben habe.

Langanke will nun wissen, welche Mängel Pantel denn erkannt haben will.

Pantel nennt die Probleme im Bereich Krankenkasse. Es sei nicht möglich gewesen, von Anfang an auf alle Eventualitäten einzugehen. Pantel habe zwar Hydra in Berlin nicht besucht, aber dafür die Beratungsstelle in Dortmund und verschiedene Bordelle. In Düsseldorf gebe es Ausstiegsangebote für die Personen, die das wollen. Für Pantel sind Sexarbeiter*innen nicht alle Opfer, sondern auch solche, die selbstbestimmt arbeiten. Die legale Prostitution müsse für diese möglich sein. Hier habe sie daher viel Mühe mit Terre des Femmes und anderen Organisationen, die Sexarbeiter*innen zu Opfern erklärten.

Da, so unterbricht Langanke, müsse man nicht erst zu Terre des Femmes gehen – es reiche schon ein Blick auf die CDU-Frauenunion, in der Pantel Mitglied im Vorstand sei. Pantel hält fest, sie sei genau aus diesem Grund nicht mehr Mitglied im Vorstand der CDU-Frauenunion. Hier weist Langanke auf das Positionspapier der CDU-Frauenunion hin, in dem ein Sexkaufverbot verankert wurde. Pantel habe auch wegen dieses Positionspapiers nicht mehr für den Vorstand der Frauenunion kandidiert. So lange sie für das ProstSchG zuständig sei, werde es mit ihr kein Sexkaufverbot geben.

(Applaus im Publikum)

Langanke wendet sich nun an Giovanna Gilges mit der Frage, ob sie erleichtert sei zu hören, Pantel verteidige das erwähnte Positionspapier nicht. Gilges unterstützt diese Haltung. Dennoch, so Langanke, auch wenn Pantel das Positionspapier nicht verteidige, so sei es doch in der Welt, und man müsse sich damit beschäftigen.

Auch dieser Aussage stimmt Gilges zu. Sie erinnert, sie vertrete die Mitarbeiterinnen aus dem Netzwerk, die das ProstSchG umsetzen müssten. Diese kämen immer wieder zu der Frage, wie sie das bestehende Gesetz denn umsetzen sollten – an ihnen bleibe die Umsetzung ja hängen. Wie schaffe man Vertrauensarbeit, wie konterkariere das ProstSchG den Wunsch, Schutzraum zu schaffen? Das erwähnte Positionspapier könne als "Abhakliste" für die Evaluation dienen, die ja 2022 komme. Es müsse dabei nicht nur überprüft werden, inwieweit die Menschen durch das Gesetz geschützt worden seien, sondern auch die Effizienz des ProstSchG. Das Gesetz sei "irgendwie" umgesetzt worden und diese Umsetzung gelte es nun zu evaluieren. Dabei sei es klar, dass nicht alles von Anfang an gut funktioniert habe. Das ProstSchG kollidiere auch mit anderen Rechts- und Ordnungsvorschriften, hier müssten Stellschrauben nachgezogen werden.

Langanke wendet sich an Ruby Rebelde und merkt an, offenbar funktioniere das ProstSchG nicht; dabei blieben die Menschen in der Sexarbeit auf der Strecke, die sich registrieren und beraten lassen müssten. Es werde bei der Fachtagung viel über Strukturen gesprochen; Langanke möchte nun Forderungen hören, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie das Gefühl habe, Sylvia Pantel sei doch eine Bank innerhalb der Frauenunion, die Forderungen mittragen könne.



Rebelde hat aber eher Fragen an Pantel – zum Beispiel, was diese mit der transfeindlichen Birgit Kelle im "Berliner Kreis" zu besprechen habe. Wie vertrage sich das mit den Diskussionen über Verbesserungen für trans Personen in der Sexarbeit?

Pantel antwortet klar, sie behalte sich als Vorsitzende der Frauenunion Düsseldorf das Recht vor, zum Thema Gender und zur Veränderung der Sprache einzuladen, wen sie will. Sie schätze Frau Kelle, und sie könne nicht erkennen, dass Frau Kelle etwas gegen Menschen habe. Deren Positionen, die sie auch nicht im Detail kenne, seien Kelles Privatsache. Diese sei Kämpferin für Familien, was Pantel auch sei, ohne anderen ihre Sexualität vorzuschreiben oder jemanden zu bedrohen.

Rebelde betont, die CDU sei nicht inklusiv, diskriminierungsfrei oder progressiv. Das Positionspapier sei nun in der Welt, warum vier Wochen vor der Bundestagswahl? Wolle die Frauenunion das Ruder angesichts schlechter Umfragewerte herumreißen? Das Thema Sexarbeit werde immer genutzt, um aufmerksamkeitsökonomisch Wirksamkeit zu entfalten. Damit gehe einher, dass der Blick auf die Sexarbeit immer von sehr klischeehaften Vorstellungen eingeengt sei. Das ProstSchG müsse weg.

(Applaus im Publikum)

Pantel widerspricht: Das Gesetz, so hoffe sie, werde bleiben, denn die Alternative wäre Freierbestrafung als anderes Extrem. Vielleicht hätte man statt ihrer eine andere Person einladen müssen – sie kämpfe dafür, dass die Menschen in der Sexarbeit nicht nur als Opfer betrachtet würden. Und sie glaube auch nicht, dass man mit dem Thema Stimmen fangen könne. Dass das Positionspapier jetzt erst veröffentlicht worden sei, liege auch daran, weil sie alles versucht habe, die darin enthaltenen Positionen zu verhindern. Pantel sehe es nicht als

ihre Aufgabe, hier das von ihr nicht unterstützte Positionspapier zu verteidigen, sie sei zu anderen Inhalten der Fachtagung eingeladen worden.

Rebelde meint dazu, Pantel sei doch Berufspolitikerin und halte doch daher kontroverse Debatten aus. Sie als eine Person, die als Sexarbeitsaktivistin eingeladen worden sei, könne nicht so tun, als sei das ProstSchG eine Errungenschaft.

Sylvia Pantel, so Moderatorin Harriet Langanke, habe sich in ihren bisherigen Äußerungen auf die Menschen bezogen, die den Blick auf Sexarbeit eng auf den Opferdiskurs fahren. Vor 14 Tagen sei Langanke in Stuttgart bei einer Sexarbeitstagung gewesen, wo überall Plakate der Aktion "Rotlicht aus" zu sehen gewesen seien. Dieser Geist ziehe auch durch das Positionspapier der Frauenunion, von dem sich Pantel hier distanziert habe. Wie positioniert sich Pantel denn genau gegenüber solchen Strömungen? Ihren Austritt aus dem Vorstand der Frauenunion werde sie doch sicherlich argumentativ begleitet haben.

Pantel betont, sie sei ein sehr freiheitsliebender Mensch. Sie wolle niemanden im sexuellen Verhalten reglementieren, solange andere nicht gestört werden. Die Grenzen zur Prostitution seien doch nicht immer klar – wie sei es zum Beispiel, wenn zwei Menschen essen gingen, danach Sex hätten, und eine Person bezahlt beispielsweise das Essen, oder ein Geschenk oder die Wohnung o.ä. Wenn jemand sagt, er habe jetzt eine halbe Stunde Zeit und hat einvernehmlichen Sex und bezahlt dafür, dann sei das legitim und da wolle sie nicht dran rütteln. Diese Haltung unterscheide sie sehr von Prostitutionsgegner*innen. Die Frauenunion NRW und Ministerin Scharrenbach als deren Landesvorsitzende hätten sich gegen das gewünschte Sexkaufverbot ausgesprochen, seien aber überstimmt worden. Für die mögliche Umsetzung im Bundestag komme es aber immer noch auf die Bundestagsabgeordneten an – somit werde das Verbot wohl nicht durchkommen.

Langanke will noch wissen, wie Pantel zum Opferdiskurs stehe, und wieso sie glaube, dass mit dem ProstSchG Schutz vor Gewalt bewerkstelligt werden könne.

Pantel glaubt, es gehe hier nicht nur um Gewalt, sondern auch um Ausbeutung. Erst einmal müsse doch identifiziert werden, wer welche Hilfe brauche und wo diese zu bekommen sei. Es sei eben auch von Migration gesprochen worden; es gebe viele Menschen in Deutschland, die gar nicht wüssten, wie das Sozialsystem funktioniere. Insofern müsse erst mal geklärt werden, wohin sich Menschen in der Sexarbeit wenden könnten, die Hilfe bräuchten. Das sei gesetzlich und auch strukturell zu regeln. Die Kommunen seien – wie schon gesagt – nicht begeistert gewesen, weil die Umsetzung des ProstSchG so viel koste. Da fange nun die Arbeit der Kommunen an, die erfassen müssten, wo etwas fehle und welche Ergänzungen gebraucht würden. Sie habe keine Daten und Fakten gehabt, als es an die Entwicklung des ProstSchG gegangen sei. Sie hatte aber Berichte von Frauen, die nicht freiwillig arbeiteten, während andere dies durchaus taten. Da habe ein Mittelweg gefunden werden müssen.

Langanke verweist auf die Forschung, die Daten und Fakten zur Sexarbeit bereitstelle. Giovanna Gilges sei hier tätig – was kann sie zur Faktenlage und zum Kenntnisstand über Sexarbeit sagen?

Gilges unterstützt die Position, das man wissen müsse, wie die Lage sei. Mit Zahlen sei es schwierig. Auch aktuelle statistische Zahlen zum ProstSchG seien nicht repräsentativ: Es würden nur Anmeldeverfahren gelistet und nicht von allen Kommunen lägen Zahlen vor, weil hier die Strukturen noch im Aufbau seien oder waren. Das ProstSchG sei nicht geeignet zur Erhebung von Zahlen. Gilges verweist zum Verständnis auf § 34 ProstSchG, nachdem Daten nicht erhoben werden dürfen, die nicht behördenintern relevant seien, sodass Anamnesebögen bspw. nicht möglich seien. Im Gesundheitsamt wollten sie und die Kolleg*innen einen Schutzraum bieten und weniger abfragend und kontrollierend auftreten. Sollten sie in der kommenden Evaluation über Zahlen abgefragt werden, dürften sie demnach gar keine Daten haben, die in eine Evaluation einfließen könnten und Aufschluss über die angesprochene Faktenlage und Kenntnisstand über Sexarbeit geben. Aus wissenschaftlicher Sicht sei dies zwar schade, zugleich aber auch richtig, denn das ProstSchG sei eben nicht dafür da, Zahlen zu erfassen.



Langanke erinnert an das Statement von Ruby Rebelde, in dem sie intersektionale Fragestellung oder auch Postkolonialismus stark gemacht habe. Dazu passe das ProstSchG nicht – könne man das Gesetz noch entsprechend anpassen oder gehöre es „einfach wirklich in die Tonne?“

Langanke kenne doch die Antwort, so Rebelde; sie wolle lieber über die Evaluierung sprechen und die Zahlen, die erhoben werden sollen. Diese Erhebung sei problematisch – vergleichbar damit, als wolle man die Gesundheit der Bevölkerung anhand der Patientenzahlen beim Hausarzt ermitteln. Es gehe um Menschen mit Beratungsbedarfen, um Beratungsstellen für Menschen mit Beratungsbedarf. Das gesamte Feld sei mit einer Evaluation nicht zu erleuchten. Das ProstSchG sei total defizitorientiert, und sein Schutzgedanke paternalistisch und hegemonial. Reproduktive Rechte von Frauen würden im

Positionspapier der Frauenunion bezüglich der Frage von Sexarbeit in der Schwangerschaft in Frage gestellt. Diese Themen würden ihrer Ansicht nach auf der Grundlage schlechter Zahlen betrachtet. Gelder sollten lieber in nicht defizitorientierte Forschung investiert werden. In Berlin bekomme Neustart e.V. 400.000 € für Ausstiegsprojekte, das sei problematisch. Rebelde spreche statt von Ausstieg lieber über Umstieg. Hydra habe für die Landtagswahl in Berlin

Wahlprüfsteine erstellt und auf einer Veranstaltung vorgestellt.³¹ Die demokratischen Parteien seien eingeladen worden; die CDU in Berlin habe nicht mal auf diese Einladung geantwortet. Die Devise sei daher "Nicht über uns, ohne uns. Rechte statt Rettung".

Harriet Langanke weist auf die bevorstehende Bundestagswahl hin. Sylvia Pantels Wahlkreis sei Düsseldorf. Welche Aufträge und Fragen hätte Giovanna Gilges an Pantel als Vertreterin für Düsseldorf?

Gilges lehnt es ab, Aufgaben zu verteilen, das stehe ihr nicht zu. Sie wolle lieber anregen und einladen, dass, was heute in der Podiumsdiskussion im Durchritt besprochen worden sei, in weiteren Gesprächen ausführlicher zu behandeln.

Langanke dreht die Frage daher um und fragt Sylvia Pantel, ob und welche Wahlversprechen sie mitgebracht habe, falls sie wieder in den Bundestag komme. Was habe man zu befürchten und worauf könne man sich freuen, wenn Pantel sich im Bundestag weiter mit Sexarbeit beschäftige?



Wahlversprechen könne Pantel nur den Wähler*innen in Düsseldorf geben. Sie versuche, Gelder nach Düsseldorf zu lenken, z.B. an den SKFM, für Ausstiegsprogramme. Versprechen könne sie gar nichts bezüglich dessen, was die CDU machen werde – außer, dass sie nicht mitgehen werde bei einer möglichen Freierbestrafung und dem Sexkaufverbot. Verbesserungen hätten immer mit Geld zu tun. Sie

freue sich – anders als Rebelde – über 400.000 € für Neustart e.V. Sie freue sich auch darüber, wenn man zusätzliches Personal einstellt. Pantel werde sich einsetzen für weitere Projektförderungen und sie werde nicht von ihrem Grundsatz abgehen, dass den Staat einvernehmliche Sexualität nichts angehe.



³¹ <https://www.hydra-berlin.de/wahl-2021>

PODIUMSDISKUSSION II: „Konstruktive Perspektiven einer Gesundheitsförderung von Menschen in der Sexarbeit?“ (Abschlussdiskussion)

Es diskutierten:

Ingo Nürnberger, Sozialdezernent der Stadt Bielefeld

Beate Jagla, Arbeitsgemeinschaft Aidsprävention NRW

Katharina Hontscha, Fachberatungsstelle Theodora e.V./Prostituiertenberatung
evangelische Frauenhilfe Westfalen e.V.

Beate Middeke, Aidshilfe Bielefeld/Netzwerkkoordinatorin Gesundheitsförderung von
Sexarbeiter*innen

Madame Kali alias Mechthild Janda, BesD e.V., Sexarbeiterin und
Erziehungswissenschaftlerin



Moderatorin Harriet Langanke wendet sich zunächst an Ingo Nürnberger, der in seinem gestrigen Grußwort den Teilnehmer*innen der Fachtagung explizit gedankt habe – warum diese Danksagung? Was verbindet Nürnberger mit den Teilnehmenden?

Nürnberger empfindet seine Danksagung eigentlich als selbstverständlich. Das Thema werde nicht täglich und in dieser Breite diskutiert. Gerade in der Corona-Zeit seien Probleme in der gesundheitlichen Versorgung von Sexarbeiter*innen noch mal deutlich geworden. Deshalb komme die Tagung genau zur richtigen Zeit.



Langanke fragt, wie Nürnberger sicherstelle, dass ihn die Ergebnisse der Tagung erreichen. Da, so Nürnberger, müsse er sich keine Sorgen machen – so, wie er die Veranstalter*innen kenne, würden diese schon dafür sorgen, dass ihn die Ergebnisse erreichen. Sein Interesse sei auch nicht geheuchelt. Ihm sei bekannt, dass die zukünftige Rolle der Gesundheitsämter breit diskutiert werde; da gehe es auch viel um Menschen in prekären Verhältnissen ohne Zugang zum Gesundheitssystem.

Langanke merkt an, Sie habe erfahren, dass Nürnberger der Aidshilfe verbunden und damit auch im Thema sei. Dies dient ihr als Überleitung zu Beate Jagla als Leiterin der Fachstelle AG Aidsprävention NRW – was hat Jagla aus der Fachtagung zur Verbindung von HIV und Sexarbeit mitgenommen? Jagla glaubt, dass aus dreißig Jahren HIV-Prävention gelernt werden könne, es

gehe nur weiter, wenn differenziert werde, um wen es gehe, wenn über Sexarbeiter*innen gesprochen werde. Das Kopfkino in Bezug auf diese Personen verhindere, Dinge zu sehen, die mit Sexarbeit gar nichts zu tun hätten – beispielsweise die ökonomischen Unterschiede in der Welt oder die Frage des Bildungsniveaus von Migrant*innen. Fachmitarbeiter*innen könnten dazu beitragen, Sexarbeiter*innen Gehör und Podium zu verschaffen, damit mit ihnen und nicht über sie gesprochen werde – dies begreife Jagla als ihre Rolle. Im Bereich der Antidiskriminierung müsse unbedingt Aktivität entfaltet werden – selbst unter Anmeldung würden Sexarbeiter*innen vielfach in Jobcentern diskriminiert. Außerdem sei es wichtig, für Menschen in prekären Lagen tätig zu werden. Vernetzung sei eminent wichtig. Der Schweizer Vortrag habe gezeigt, dass es dort offenbar gut mit den Sprachen klappe. In Deutschland sei es dagegen ein echtes Hindernis, dass es an Sprachmittlung fehle. Darüber sei dann der Schlenker zum Geld zu machen: Vernetzung koste Geld, Maßnahmen kosteten Geld, und wenn etwas verändert werden solle, müsse investiert werden.

Langanke fragt nun Mechthild Janda, was für sie die wichtigste Erkenntnis aus der Fachtagung sei.

Janda habe es entsetzt, zu hören, dass ragazza in Hamburg die Gelder gestrichen würden. Beim „sogenannten“ ProstSchG habe es sie gewundert, wie viel Gelder alleine in die Ausstellung der Ausweise geflossen sei. Wäre dieses Geld in Institutionen geflossen, was hätte man erreichen können? Auch anderen Beratungsstellen wie Theodora würden Gelder gestrichen und sie frage sich, wo das hinführen solle. Wie und wo könne man gerade marginalisierten Sexarbeiter*innen noch helfen? Die Zwangsberatung sei hier nicht das richtige Instrument. Gerade dem marginalisierten Klientel könne nur über niedrigschwellige Angebote geholfen werden, und diese kämen nicht von staatlichen Stellen. In Bielefeld seien viele Romnja

anzutreffen, aus Rumänien und Bulgarien – diese Menschen hätten eine andere Auffassung bezüglich des Vertrauens in Behörden und Polizei. Diesen Stellen gegenüber hätten sie gar kein Vertrauen und seien darum auch nicht erreichbar für deren Angebote.

Katharina Hontscha von Theodora bemerkt, es habe sie überrascht, auch von anderen Beratungsstellen zu hören, dass diese von Kürzungen bedroht seien. Hontscha sei von Anfang an bei Theodora dabei. Die Finanzierung sei bis Juni 2022 aus EU-Mitteln gesichert. Sollte diese Finanzierung ersatzlos auslaufen, entstünde eine große Lücke in Kreis Ostwestfalen-Lippe. Die Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst sei gut, die Finanzierungssicherung aber unklar.

Langanke fragt Hontscha nach den Konsequenzen, wenn Theodora geschlossen werden müsste.

Theodora wäre dann, so Hontscha, weg. Es brauche eine Grundfinanzierung. Aktuell laufe die zweite Finanzierung über den Europäischen Hilfsfonds; eine Verlängerung sei nicht möglich. Ohne Theodora wäre eine Unterstützung für Frauen ohne Sprachkenntnisse nicht mehr möglich. Dazu gehöre es beispielsweise, Termine zu machen mit Ämtern, bei der Wohnungssuche zu helfen, Frauen zum Gesundheitsamt zu begleiten, Begleitung zu Ärzten, Organisation von Terminen für Frauen ohne Krankenkasse, Begleitung zu Bewerbungsgesprächen und zu Arbeitsstellen, wenn Frauen anderen Tätigkeiten als Sexarbeit nachgehen wollten. Unterstützung gebe es auch dabei, für Kinder von Sexarbeiter*innen Schul- und Kindergartenplätze zu finden.

Langanke bezieht jetzt Beate Middeke mit ein und fragt sie nach ihren Eindrücken von der Fachtagung.

Middeke konstatiert, es sei ein guter Bogen von der wissenschaftlichen Betrachtung hin zu einem Perspektivwechsel geschlagen worden, Sexarbeit aus anderen Blickwinkeln zu betrachten. Ihr sei noch einmal klargeworden, wie komplex, divers und emotional belastet das Thema Sexarbeit und Gesundheit sei. Man



müsse weiter in die Tiefe gehen; dazu fehlten an vielen Stellen jedoch die Ressourcen. Middeke sei bei Aufnahme der Projektleitung der Vernetzung neu in das Thema eingestiegen. Sie habe es in ihrem bisherigen Berufsleben als Dokumentarfilmerin und Erziehungswissenschaftlerin noch nie erlebt, mit so vielen Unsicherheiten konfrontiert zu sein. Sie habe das Gefühl nie ganz verlassen, jeden Tag erneut etwas falsch machen zu können, weil ihr wieder eine Perspektive

entgangen sei. Ganz schnell würden Perspektiven Beteiligter nicht gesehen, die nicht sichtbar seien und zu denen Zugang fehle. Diese Herausforderung versteht sie als Verantwortung aller Beteiligten. Alle Beteiligten müssten auf allen Ebenen immer wieder bereit sein, einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Der meistbesuchte Workshop sei der zu den Sprachbarrieren gewesen – es brauche aber viel mehr Sprachmittlung.

Ingo Nürnberger weist darauf hin, es werde schon seit 20 Minuten diskutiert, und der Begriff "Arzt" oder "Medizin" sei noch nicht einmal gefallen, obwohl es um Gesundheit gehe. Das zeige, wie wichtig Beratung und Sozialarbeit im Vorfeld sei. Er stimmt auch Mechthild Janda zu, dass nur staatliche Angebote nicht ausreichend seien. Nürnberger geht davon aus, die Betroffenen hätten zumeist schon ein gutes Gefühl, wenn sie in Bielefeld ins Gesundheits- oder ins Ordnungsamt gingen. Dort säßen die richtigen Menschen mit wertschätzender, offener Haltung, die Sexarbeit als Teil der gesellschaftlichen Realität verstünden.

In Bielefeld habe man von EU-Geldern profitiert. Die EU sei hier ihrer Verpflichtung nachgekommen, da das Thema viel mit Migration zu tun habe. Ab nächstem Jahr sei die Finanzierung aus EU-Mitteln jedoch nicht mehr möglich. Daher seien derzeit Überlegungen dazu im Gange, wie die Finanzierung von Theodora in Ostwestfalen-Lippe inklusive Bielefeld und Paderborn weiterlaufen kann. Dabei gehe es nicht mehr um ein Ob der Weiterfinanzierung, sondern um deren Ausgestaltung und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten. Alle wüssten, dass es nichtstaatliche Angebote wie Theodora brauche; es gehe dabei aber eben auch um die faire Verteilung der Kosten.



Langanke wendet sich nun an Beate Jagla, in d e r e n Arbeitsgemeinschaft auch über die Verteilung von finanziellen Ressourcen geredet werde. Wie wird innerhalb der AG über die gerechte Verteilung gesprochen?

Darüber werde gar nicht gesprochen, so Jagla – denn die AG sei ein

Fachgremium und kein Geldverteilungsgremium. Der Diskurs mit dem Land NRW und dem Gesundheitsministerium zum Thema Finanzen sei schwierig, auch im mann-männlichen Bereich der Prostitution.

Langanke geht noch mal auf den bislang nicht genannten Begriff Ärzteschaft ein – im HIV-/Aidsbereich sei ja mittlerweile eine enge Kooperation üblich. Wie könnten im Bereich der Sexarbeit ebensolche konstruktiven Perspektiven entwickelt werden?

Laut Jagla liege dies oft in kommunaler Hand. Kommunal seien Ärzt*innen in manchen Orten in die bestehenden Strukturen eingebunden, anderswo nicht. Wo Ärzt*innen nicht eingebunden seien, gebe es auch nur in geringem Umfang Angebote der Gesundheitsämter. Die AG Aidsprävention als Fachgremium könne nicht in die kommunale Stellenbesetzungsstruktur eingreifen. In der AG säßen Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände und der freien Träger sowie eine Vertreterin des Gesundheitsministeriums. Es seien Menschen auf beiden Seiten dabei, die die Funktionärebene abbildeten. Es gehe ja nicht nur um Geld, sondern auch um fachliche Vertretung. Vor der Einführung des ProstSchG habe es deutliche Stellungnahmen von NRW-Gesundheitsämtern gegeben, dass diese nicht viel von dem damals kommenden ProstSchG hielten und dass dadurch alle etablierten Strukturen und Erfolge gewissermaßen hinter das Prostituiertengesetz zurückgeworfen werden. Jagla habe nicht den Eindruck, dass diese Einschätzung in den deutschen Städte- und Landkreistag vorgedrungen sei. Eine bessere fachliche Verzahnung zwischen Land, Stadt und Bund sei hier erforderlich.

An Katharina Hontscha geht die Frage, was an existierenden Strukturen im Kreis OWL schon gut sei und was noch ergänzt werden müsse.

Theodora, so Hontscha, organisiere einmal im Jahr einen Runden Tisch mit Gesundheitsämtern, Polizei, Finanzamt, andere Beratungsstellen etc. Dabei kämen sehr viele Menschen regelmäßig zusammen. Mithilfe von Vorträgen werde dabei Anschluss an die jeweils aktuelle Situation hergestellt, das klappe gut. Beate Middeke habe im Zuge ihres Vernetzungsauftrages ebenfalls einen Runden Tisch für den Kreis Herford, Bielefeld und den Kreis Gütersloh eingerichtet. Diese Strukturen sollten in Zukunft auf ganz Ostwestfalen-Lippe ausgedehnt werden. Auch Sexarbeiter*innen seien bei den Runden Tischen vertreten; deren Beteiligung klappe aber nicht immer gut wegen fehlender Sprachkenntnisse. Die Fachtagung habe noch einmal gezeigt, wie groß die Vielfalt sei. Hontscha wünscht sich mehr betroffene Frauen mit Migrationshintergrund, die in die Öffentlichkeit gehen.

Ingo Nürnberger wird nach seinen Ideen gefragt, wenn er hört, es fehle an Ressourcen für Partizipation von Sexarbeitenden.

Für Nürnberger ist Beteiligung generell wichtig. Er denke an peer-to-peer-Beratung. Wenn man nachdenke über Theodora oder Nadeshda und darüber, wie die Kommune einsteige, könnte auch darüber nachgedacht werden, die Förderung neu zu justieren. Für den LSBTI-Bereich und für die Sexarbeit gelte, wenn Sichtbarkeit nicht da sei, werde Zugänglichkeit eingeschränkt. Die Sicht auf Sexarbeit müsse mehr in Richtung Normalität gehen, werde aber zugleich immer anders als die Tätigkeit zum Beispiel an der Supermarktkasse wahrgenommen werden. Nürnberger habe die Hinweise vernommen, dass es mehr Sprachmittlung brauche.

Mechthild Janda, so die Moderatorin, sei eine der sichtbaren Sexarbeiter*innen, die peer-to-peer-Beratung mache. Wo sieht Janda Fördermöglichkeiten für einen weiteren Ausbau von Sichtbarkeit und Angeboten?

Janda hört immer wieder, das Stigma sei das Hauptproblem der Sexarbeit und der Hauptgrund, welches Frauen von Engagement abhalte. Offene Räume und Begegnungscafés seien erforderlich – niedrigschwellige Angebote dieser Art seien wichtig. Auch bei Fachtagungen sei

nicht das entscheidend, was auf Podiumsbühnen oder im Zoom-Check passiere. Relevant sei vielmehr das, was sich an Kommunikation in der Kaffee-Ecke abspiele.

Für Vernetzung stehe laut Moderatorin Harriet Langanke ja Beate Middeke. Janda habe gesagt, vieles passiere "off record" – was sei denn so wichtig an diesem informellen Austausch?

Total viel sei dabei wichtig, so Middeke. Der erwähnte Runde Tisch wurde von Middeke im Dezember 2020 eingerichtet. Wegen der Covid-19-Pandemie habe man sich bedauerlicherweise erst bei der Fachtagung in Präsenz getroffen. Der Vorteil sei gewesen, dass digital mehr Leute hätten eingeladen werden können, als in Präsenz möglich gewesen wäre. Ein ganzheitlicher Austausch gehe aber nicht nur digital. Präsenzebenen müssten geschaffen werden, um Vertrauen aufzubauen. Middeke hat das Gefühl, dass man aber erst am Anfang sei. Es sei jetzt erst mal etwas angeschoben worden, dass weiterentwickelt werden müsse. Ein Ordnungsamt schaue anders auf das Thema als eine Beratungsstelle. Es gelte daher, alle Perspektiven einzubinden. Der ländliche Raum (hier: Höxter/Paderborn etc.) müsse besser angebunden werden. Die letzten zwei Tage hätten ihr auch gezeigt, dass alle insgesamt zu wenig wüssten und mehr fundiertes Wissen bräuchten.

Langanke fragt, was denn noch an Wissen fehle, trotz vier hochkarätiger Vorträge.

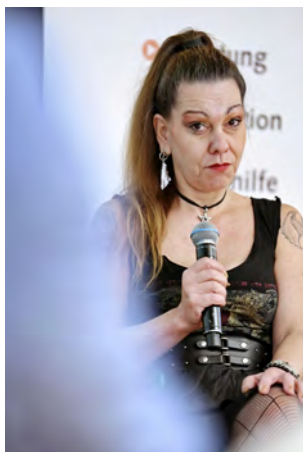
Middeke konstatiert das Vorhandensein vieler Hemmungen bei den Fragen, wie mit trans Menschen oder Sprachbarrieren umzugehen sei. In der Beratung komme dann schnell ein Gefälle rein. Was macht das mit Menschen, die in die Beratung kommen? Es sei notwendig, sich mit der eigenen Moral beim Thema Sexarbeit auseinanderzusetzen. Sie habe sich gefragt, wo eigentlich Sexarbeit für Frauen sei und warum es bei der Perspektive auf die Kundschaft immer nur um Männer gebe. Sexualität müsse anders begriffen werden, dann würde sich auch die Sichtweise von Sexarbeit verändern.

Langanke hatte eben Nürnberger als Freund der Aidshilfe bezeichnet. Nürnberger habe den Begriff "Schmuddelecke" gebraucht, aus der Sexarbeit herausgeholt werden müsse. Der Begriff gefalle ihr gar nicht, sie kenne ihn aber gut aus dem HIV-/Aidsbereich, in Bezug auf schwulen Sex. An vielen Stellen des Fachtags seien die Teilnehmenden um das Thema Sex herumgesteuert. Was denkt die Politik in Bielefeld über Sex? Gehört diese in die Schmuddelecke, oder ist die Einstellung eher, Politik sei ohnehin ein schmutziges Geschäft, und darum sei man die Schmuddelecke gewohnt?

Nürnberger erklärt zunächst, er habe sich vom Thema Moral sehr angesprochen gefühlt. Er sehe heterosexuelle Alleinbeherrschungsansprüche, bei denen jeder Seitensprung in der Partnerschaft zum Skandal werde. Vielleicht sei dies auch ein Grund für heterosexuelle Männer, Sexarbeit in Anspruch zu nehmen, oder auch, weil in der Sexarbeit Wünsche erfüllt würden, die in der Ehe nicht umsetzbar seien. Es habe mit moralischen Normen zu tun, dass Sexarbeit in der Schmuddelecke sei. Zur Haltung der Politik in Bielefeld kann er sich derzeit nicht wirklich äußern; zur Zukunft von Theodora und Nadeshda sei noch nicht mit den



Ratsgremien gesprochen worden. Er sei sich aber sicher, wenn man dort erklären könne, dass den Sexarbeiter*innen geholfen werden solle, dass es um deren Gesundheit und Beratung inklusive Ausstiegsberatung und auch um die Kinder der Sexarbeiter*innen gehe, dann werde bis in konservative Kreise hinein Verständnis gefunden werden, dass die aktuellen Projekte nicht sterben dürften.



Langanke hebt nun auf mentale und psychische Gesundheit ab. Zur Gesundheit gehöre eben nicht nur STI-Prophylaxe und -Versorgung. Sie hänge noch an den Begriffen Stigma und "Schmuddelecke" – Mechthild Janda sei doch schon oft damit konfrontiert worden.

Dies bestätigt Janda. Sie hoffe, es werde in der Politik nicht nur über Aus- bzw. Umstieg geredet, sondern auch darüber, die Sexarbeitenden zu stärken und beispielsweise Kinderbetreuung anzubieten. Es dürfe nicht vergessen werden, dass man in einem Patriarchat lebe. Alles, was nicht weiß und cis sei, habe auf gut Deutsch „die Arschkarte“ in dieser Gesellschaft. Sylvia Pantel habe eben Transgeschlechtlichkeit als Neigung bezeichnet – die Menschen müssten sich schlauer machen. Gewalt – sexuelle und psychische Gewalt – gegen alles, was nicht weiß und cis ist, findet sich überall, auch in der Sexarbeit. Dagegen gelte es anzukämpfen; sie tue dies schon seit Teenagerzeiten. Prostitutionsgegner*innen behaupteten immer, dass die Gewalt mit dem Verbot von Prostitution verschwinde – das sei "Bullshit". Diejenigen, von denen die Gewalt ausgehe, gelte es, in die Zange zu nehmen. Ihre Gäste mit Handicap, ihre weiblichen und trans Gäste müsse sie nicht in die Zange nehmen. Nur mit Respekt könne Sexualität ablaufen; anders gehe es nicht.

Langanke geht noch einmal auf den Vortrag von Brigitte Hürlimann ein, in dem so viel von Empowerment drinsteckte. Inwieweit kann sich Mechthild Janda vorstellen, dass ein "perfektes Bordell" in OWL entsteht?

Janda hält es für wichtig, Diversität zu schaffen. Das ProstSchG habe leider dazu geführt, dass gerade die kleinen Bordelle nicht mehr existieren könnten. Frauen, die sich früher zu mehreren zusammengeschlossen und ein Appartement angemietet haben, können jetzt nicht mehr existieren. Als kleiner Betrieb müssten nun die gleichen Vorgaben erfüllt werden wie die großen Bordelle. Janda habe in ihrem Wohnumfeld in Bielefeld einen kleinen Handwerksbetrieb; dieser müsse nicht die gleichen Auflagen erfüllen wie die Holzfabrik vor den Toren der Stadt. Warum könne sie als einzelne Sexarbeiterin nicht eine vernünftige Wohnung anmieten, sondern müsse die gleichen Vorgaben erfüllen wie der große Saunaclub vor den Toren der Stadt?

Harriet Langanke spricht nun noch einmal Beate Jagla an und fragt sie angesichts dessen, was sie alles bei der Fachtagung gehört habe, nach konstruktiven Perspektiven der Gesundheitsförderung.

Jagla kann sich noch an die Zeiten erinnern, als Madonna Bochum über eine Einrichtung wie das „perfekte Bordell“ nachgedacht habe; die Aidshilfe NRW sei da mit im Boot gewesen. Damals habe es noch keine Möglichkeiten wie Crowdfunding gegeben, um finanzielle Mittel zu akquirieren. Kein Berufsverband und keine Beratungsstelle könne solche Projekte aus eigener Kraft stemmen. Jagla findet es aber sehr positiv, wieder darüber nachzudenken, wie ein perfektes Bordell aussehen könne. Auch der eben geäußerte Café-Gedanke zum Austausch sei sehr wichtig. Aus dem HIV-Bereich könne auch gelernt werden, dass der Gang in die Sichtbarkeit kein Spaziergang gewesen sei. Das gehe nur, wenn man in der eigenen Gruppe eine Stütze habe und von den Menschen dort getragen werde.

An Katharina Hontscha geht die Frage, inwieweit Theodora hier die von Jagla genannte Stärkung leisten könne. Hontscha berichtet, dass die gegenseitige Stärkung gut funktioniere, wenn es um Austausch gehe. Bei Theodora könne sich das Team gegenseitig gut auch moralisch unterstützen. Auch die Menschen in der Sexarbeit würden von Theodora gestärkt und unterstützt, dabei habe man aber immer im Hinterkopf, dass dies aufgrund der finanziellen Lage vielleicht bald nicht mehr möglich sei. Auch einzelne Klient*innen wüssten um die Situation von Theodora und forderten die Mitarbeiterinnen auf, die Hoffnung auf Weiterfinanzierung nicht aufzugeben.

Langanke fragt nach der Vision von Theodora, was möglich wäre, wenn es unbegrenzte finanzielle Ressourcen gäbe. Hontscha nennt die psychosoziale Beratung, die psychologische Unterstützung, die Begleitung der Frauen, das Einstellen weiterer Kolleginnen mit weiteren Fremdsprachenkenntnissen. Dann wäre es möglich, immer die passende Sprachmittlung zu organisieren – das wäre ein Traum. Gute soziale Arbeit müsse im Übrigen



auch gut bezahlt werden. Im "perfekten Bordell" sieht Hontscha ihre Einrichtung ebenfalls, jedoch in einem größeren Zimmer mit Polstermöbeln und gutem Kaffee und Tee.

Langanke fragt nun Beate Middeke, ob und welche Weichen sie jetzt noch stellen kann, bis ihre Projektstelle ausläuft.

Middeke hofft, wie sie sagt. Sie habe vieles noch vorgehabt: Es sollten noch mehr Netzwerke mit Ärzt*innen aufgebaut und mehr Schnelltests für HIV und weitere STIs in Bordellen für Sexarbeiter*innen und Kund*innen angeboten werden. Das alles habe coronabedingt nicht geklappt, aber die Tagung habe stattfinden können. Vernetzungsstrukturen hätten dadurch angeschoben und vertieft werden können. Das hybride Format der Fachtagung sei ihr wichtig gewesen, damit der neu gegründete Runde Tisch sich auch trotz Kontaktbeschränkungen zu einem breiten Fachaustausch treffen kann. Weiter gebe es aber noch viel zu tun und die Dinge,

die bei der Fachtagung thematisiert wurden, sollten in die Folgediskurse mit einbezogen werden.

Peter Struck unterstreicht das, was Beate Middeke gesagt hat: Der von ihr begründete Runde Tisch sei ins Leben gerufen worden, weil viele unterschiedliche Stellen und Menschen mit Sexarbeit zu tun haben, die hätten zusammengebracht werden müssen. Dieser Runde Tisch könne auch einen Expert*innencharakter entwickeln. Der Fachtag habe gezeigt, dass es eine lautstarke Selbstorganisation der Sexarbeitenden gebe. Auch in Bielefeld zeigten sich Ansätze dazu, diese müssten weiterentwickelt werden. Auch dafür wäre der Runde Tisch ein gutes Gremium. Das Problem sei, dass die Finanzierung auslaufe. Jetzt müssten sich alle zusammensetzen und sehen, wie das Geschaffene bewahrt und ausgebaut werden könne; auch dazu sei die Vernetzung ebenso wichtig wie die konkrete Arbeit vor Ort.

Langanke stellt fest, die Aidshilfe Bielefeld wolle hier offenbar das Zepter in die Hand nehmen. Peter Struck erklärt, die Gesundheitsämter Bielefeld und Gütersloh und die Aidshilfe Bielefeld wollten versuchen, die Prozesse weiterzutreiben und diese zu koordinieren. Vernetzung habe aber auch viel mit Hintergrundarbeit zu tun – hierfür brauche es Fortbildungen, Ressourcen und Kompetenzen.

An Ingo Nürnberger wird die Frage gerichtet, ob dieser willens sei, zukünftig Wind unter den Flügeln der Fachtagung zu sein. Der Angesprochene findet die Begeisterung toll, die er bei der Tagung spüre. Er sehe auch die Dringlichkeit des Themas. Er werde aber nun „den Teufel tun“ und finanzielle Versprechungen machen, die – seriös betrachtet – hier nicht gemacht werden können, sondern im Rat der Stadt Bielefeld entschieden werden müssten. Man müsse diskutieren, was die Fortführung denn bedeute. Konzepte seien erst einmal zu entwickeln und Ziele festzulegen. Es könne nicht Vernetzung um der Vernetzung willen geben. Peter Struck wisse, dass man immer mit Nürnberger sprechen könne. Coronabedingt stehe die Stadt aber vor schwierigen finanziellen Zeiten. Man könne jedoch über alles reden.

Langanke dankt Nürnberger für seine Gesprächsbereitschaft und unterstützt dessen Aussage, dass Ziele formuliert werden müssten. Welche Ziele sieht denn Beate Jagla, die formuliert werden könnten? Nürnberger hat recht: es braucht Ziele: an Jagla: kann sie Ziele formulieren?

Jagla glaubt, je mehr Menschen an einem Thema dran seien, die wüssten, um was es gehe und die Ziele festlegten, was eine Verbesserung ausmache, dann sei dies schon ein Wert an sich. Vernetzung um die Vernetzung willen, sieht sie skeptisch. Weil das Thema Sexarbeit so moralisch umkämpft sei, sei die Einigkeit der Beteiligten sehr wichtig und die daraus entstehende Schlagkraft nicht zu unterschätzen. Heute sei zu sehen gewesen, wie schnell Menschen durch Politik verletzt werden könnten. Das Erzielen eines Sachkonsens sei ein hohes Gut. Die Einigung auf eine Perspektive setze Kräfte frei.

Mechthild Janda sieht als zu vereinbarende Ziele die Schaffung niedrigschwelliger Angebote und die Schaffung von Möglichkeiten für marginalisierte Kolleg*innen ohne Krankenkasse, ärztliche Versorgung in Anspruch zu nehmen.

Für Langanke hat sich thematisch durch die ganze Fachtagung durchgezogen, dass Rechte der Sexarbeiter*innen gestärkt werden müssten – um welche Rechte geht es denn dabei konkret?

Janda sieht hier die allgemeinen Rechte von Arbeitenden als wichtig an und dass man sich an Gewerkschaften und Berufsverbände wenden kann, um die eigenen Rechte durchzusetzen.

Beate Middeke will die Selbstorganisation von Sexarbeiter*innen weiter stärken. Es seien keine marginalisierten Frauen bei der Tagung dabei gewesen; hier müsse man Stärkung und Netzwerkaufbau hinbekommen. Diese Frauen sollten selbst für sich sprechen und ihre Forderungen vorbringen können. Dafür brauche es Sprachmittlung, Vertrauensaufbau und die Möglichkeit, in Beziehung zu gehen und lange Gespräche zu führen.

Langanke möchte nun noch einen gemeinschaftlichen Ausblick wagen – was hätte sich vielleicht zum besseren gewandelt, wenn das Projekt Netzwerkaufbau für die Gesundheitsförderung von Menschen in der Sexarbeit noch einmal zwei Jahre gefördert werden könnte?

Ingo Nürnberger wäre schon zufrieden, wenn in zwei Jahren festzustellen sei, dass Beratungsstrukturen aufrechterhalten und alle Beteiligten an Bord zu halten seien. Dies seien bescheidene Wünsche; aber er sei ja gerade dabei, den ÖGD in Bielefeld weiterzuentwickeln.

Langanke fragt Nürnberger außerdem, was in Bezug auf Sexarbeit, Sex und Moral im gesamtgesellschaftlichen Diskurs in zwei Jahren ein Fortschritt sein könnte. Diesen Zeitraum hält der Sozialdezernent für zu kurz; es sei jedoch wichtig, den Diskurs am Laufen zu halten.



Das letzte Wort hat Beate Middeke. Sie zeigt sich sehr zufrieden mit der Tagung und mit den letzten zwei Jahren. Es stimme, dass es Zeit brauche. Gesellschaftlicher Diskurs gehe nicht schnell. Sie habe nach dem Vortrag von Hürlimann immer das derzeit leerstehende und im Umbau befindliche Posthochhaus in Bielefeld vor Augen gehabt – hier könnte sie sich eine Etage als *perfektes Bordell*, für sexuelle Fort-

und Weiterbildung vorstellen. Mit dieser Vision will sie die Tagung verlassen. Ingo Nürnberger greift diesen Gedanken auf, dass er zwar darüber noch nicht nachgedacht hätte, den Gedanken aber interessant fände.

Über dem Veranstaltungsort tobt nun ein Gewitter. Langanke interpretiert dieses als ein sehr energiereiches Zeichen – dessen Kraft gibt sie allen Anwesenden mit für die weitere Arbeit.



Programmübersicht

Fachtagung

Sexarbeit & Gesundheit

Netzwerkausbau für die Gesundheitsförderung von Menschen in der Sexarbeit.

► 09.09.2021 10.00 – 17.00 Uhr
► 10.09.2021 10.00 – 16.00 Uhr
in der VHS Bielefeld

Die Teilnahme ist digital möglich.

Koordination **Beate Middeke**



Do. 09.09.2021 10.00 – 17.00 Uhr

▼

10.00 – 10.40	Begrüßung . <i>Angelika Vogel</i> . <i>Beate Middeke</i> . Aidshilfe Bielefeld Videobotschaft . <i>Karl-Josef Laumann</i> . Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW Grüßwort . <i>Ingo Nürnberger</i> . Sozialdezernent der Stadt Bielefeld Grüßwort . <i>Nicole Schulze</i> . BesD e.V. Grüßwort . <i>Caspar Tate</i> . Trans*Sexworks
10.40 – 11.40	Vortrag: Prekäre Arbeit und Gesundheit im Sexgewerbe – und ihre Verbindungen mit städtischer Marginalitätspolitik . <i>Jenny Künkel</i> Diskussion . Moderation . <i>Harriet Langanke</i>
11.40 – 11.55	Pause oder get together
11.55 – 12.55	Vortrag: Lebensrealitäten von Menschen in der Sexarbeit . <i>Ursula Probst</i> Diskussion . Moderation . <i>Harriet Langanke</i>
12.55 – 13.55	Pause oder get together
13.55 – 15.25	WORKSHOPS
Workshop I:	Profis – Professionalisierung von Sexarbeiter*innen als Basis der Gesundheitsförderung - für Multiplikator*innen . <i>Stephanie Klee</i>
Workshop II:	Zugänge zu Mann-männlichen Sexarbeitern . <i>Manuel Hurschmann</i>
Workshop III:	Gesundheitliche Beratung nach § 10 ProstSchG . <i>Giovanna Gilges</i>
Workshop IV:	Sprachbarrieren in der Beratungsarbeit . <i>Cristina Raffaele</i>
Workshop V:	Aufsuchende Arbeit im ländlichen Raum . <i>Patipan Haak & Kim Kairis</i>
Workshop VI:	Weibliche*Sexarbeit im Kontext Substanzkonsum – Konsequenzen für die Soziale Arbeit . <i>Mina Luisa Khanbaba-Tehrani</i>
Workshop VII:	Perspektive auf Gesundheit von trans Personen in der Sexarbeit . <i>Max Appenroth</i>
15.25 – 15.55	Pause oder get together
15.55 – 16.55	Ergebnisse der Workshops . Moderation . <i>Harriet Langanke</i>

Fachwissen . Vorträge . Workshops

Fr. 10.09.2021 10.00 – 16.00 Uhr

▼

10.00 – 11.00	Diskussion ProstSchG Kontrovers Verbessert das ProstSchG die Situation von Sexarbeiter*innen oder verschleiert es die Lage von Sexarbeiter*innen? Moderation . <i>Harriet Langanke</i> <i>Sylvia Partel</i> . CDU/MdB <i>Giovanna Gilges</i> . Gesundheitsamt Bochum Beratung nach §10 ProstSchG <i>Ruby Rebéde</i> . Vorstand Hydra e.V. <i>Katrin Baumhauer</i> . Fachdienst STI und sexuelle Gesundheit, Gesundheitsamt Köln
11.00 – 11.15	Pause oder get together
11.15 – 12.15	Vortrag: Von wegen Superspreader - Politische Selbstorganisation und Gesundheit von Sexarbeitenden . <i>Joana Hofstetter</i> Diskussion . Moderation . <i>Harriet Langanke</i>
12.15 – 13.15	Pause oder get together
13.15 – 14.45	Vortrag: Vision Sexarbeit, Vision Sexualität . <i>Brigitte Hürlimann</i> Diskussion . Moderation . <i>Harriet Langanke</i>
14.15 – 14.30	Pause oder get together
14.30 – 16.00	Abschlussdiskussion/Podiumsdiskussion „Konstruktive Perspektiven einer Gesundheitsförderung für Menschen in der Sexarbeit“? Moderation . <i>Harriet Langanke</i> <i>Ingo Nürnberger</i> . Sozialdezernent der Stadt Bielefeld <i>Beate Jagla</i> . Arbeitsgemeinschaft Aidsprävention NRW <i>Katharina Hontscha</i> . Fachberatungsstelle Theodora e.V., Prostituiertenberatung evangelische Frauenhilfe Westfalen e.V. <i>Beate Middeke</i> . Aidshilfe Bielefeld Netzwerkkoordinatorin für die Gesundheitsförderung von Sexarbeiter*innen <i>Madame Kali alias Mechthild Janda</i> . BesD e.V., Sexarbeiter*in, Erziehungswissenschaftlerin

Sexarbeit & Gesundheit

► Anmeldung:
Beate Middeke . Aidshilfe-Bielefeld e. V.
E-Mail: beate.middeke@aidshilfe-bielefeld.de
fon 0521/13 33 88
mobil 0171 69 35 926

► Anmeldeabschluss: 20.08.2021

► Veranstaltungsort:
VHS Bielefeld, Ravensberger Park 1, 33607 Bielefeld

► Weitere Informationen und online-Anmeldung unter:
www.aidshilfe-bielefeld.de/sexarbeit-gesundheit.php



Ehrentruer Weg 45 a
33604 Bielefeld
Vertreten durch: Peter Struck

Kooperationspartner:







Die Fachtagung wird unterstützt und gefördert durch
Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Austausch . Vernetzung . Diskussionen

Referierende

Dr. Jenny Künkel (Bordeaux): ist derzeit Postdoc am Nationalen Forschungsinstitut (CNRS) in Bordeaux. Zuvor promovierte sie an der Goethe Universität Frankfurt zu Sexarbeit in der neoliberalen Stadt und forschte zu verschiedenen sexarbeitsnahen Themen: z.B. Polizei, öffentliche Raum, feministischen Bewegungen, Migrationsdiskursen, Drogen, Gentrifizierung.
Kontakt: jenny.kuenkel@cns.fr

Ursula Probst: Aktuelles Projekt (Promotion): Lebens- und Arbeitsalltage von Menschen aus zentral- und osteuropäischen Ländern, die in Berlin der Sexarbeit nachgehen.
Arbeitsschwerpunkte: Medizinanthropologie, Geschlechter und Sexualitäten, Migration und Arbeit
Kontakt: ursula.probst@fu-berlin.de

Dr. Joana Lillie Hofstetter: Soziologin, promoviert zu Prostitutionspolitik und kollektiver Selbstorganisation von Sexarbeitenden in Deutschland. Arbeitsschwerpunkte: soziale Bewegungen und Protest, Arbeit, Geschlecht und Sexualität, partizipative Methoden und feministische Wissenschaftstheorie
Kontakt: joana.hofstetter@sns.it

Dr. iur. Dr. h.c. Brigitte Hürlimann (: studierte Rechtswissenschaft und schloss ihre Studien mit einer Dissertation über den rechtlichen Umgang mit Prostitution in der Schweiz ab. Seit Ende 2018 arbeitet sie als Journalistin beim Online-Magazin Republik, 2019 wurde ihr von der Universität Bern die Ehrendoktorwürde verliehen. Brigitte Hürlimann hat mehrere Journalistenpreise gewonnen, schreibt vor allem über juristische Themen sowie regelmässig auch über die Sexarbeit in der Schweiz.
Kontakt: brigitte.huerlimann@republik.ch

Stephanie Klee: als Sexarbeiterin und Aktivistin hat sie das Fortbildungsprojekt profiS entwickelt, das seit 2009 mit finanzieller und ideeller Unterstützung DAH Trainer*innen ausbildet, die in den Bordellen deutschlandweit den Sexarbeiter*innen das kompakte Knowhow der Sexarbeit anbieten.
Kontakt: info@highlights-berlin.de

Manuel Hurschmann: Dipl. Sozialpädagoge, seit 2010 Mitarbeiter der Beratungsstelle Nachtfalke für Männer und Jungs, die mit Sex Geld verdienen, stellv. Geschäftsführer der Aidshilfe Essen, Autor des Buches „Gegen den Strich“- sozialpädagogische Lobbyarbeit für Stricher
Kontakt: m.hurschmann@aidshilfe-essen.de

Giovanna Gilges: Aktuelles Projekt: Der schwangere Körper im Prostituiertenschutzgesetz. Eine diskursanalytisch ausgerichtete Politikfeldanalyse im parlamentarischen Politikfeld Prostitution (2013-2017). Arbeitsschwerpunkte: Sozialwissenschaft, ProstG, ProstSchG, IfSG, Schwangerschaft und sexarbeitende Eltern.
Kontakt: gilges@posteo.de

Cristina Raffaele: Bachelor im Bereich Kultur- und Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Migration an der JGU Mainz. Master in Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Seit mehreren Jahren bin ich als Sprachlehrerin in der Erwachsenen- und Jugendbildung im In- und Ausland tätig (u.a. Berlitz, Language Coach Institute, Universität Rom 3). Zusätzlich bin ich Mitglied im AK Sexarbeit Leipzig und habe gemeinsam mit Kolleg*innen im Rahmen dessen eine Sprachbroschüre für mehrsprachige Sexarbeiter*innen herausgegeben (Website/IG @laut.leipzig). Mein besonderes Interesse für die Bereiche Arbeit, Sprache und Migration sind vor allem auf meine aktive Gewerkschaftstätigkeit sowie meine eigene Migrationsgeschichte zurückzuführen. Zu Hause bin ich in Leipzig. *Kontakt:* cristina.raffaele@posteo.de

Kim Kairis: Studium der Philosophie, Erziehungswissenschaften und Pädagogik an den Universitäten Köln und Kiel. Masterarbeit in Pädagogik Thema: Diskursanalyse anlässlich des Inkrafttretens des Prostituiertenschutzgesetzes. Seit 2018 bei Cara SH Fachberatungsstelle für Prostituierte in Schleswig-Holstein, tätig. Außerdem biographische Arbeit mit geflüchteten Frauen im Biographieprojekt der Beratungsstelle Myriam und pädagogische Hilfe im Autonome Mädchenhaus Kiel im Rahmen eines Minijobs.
Kontakt: info@cara.sh

Patipan Haak: 2013 Abschluss B.A. Soziale Arbeit an der FH Kiel. Seit 2018 bei cara*SH in der Beratungsarbeit vor Ort und im Streetwork Bereich. Video- und Telefonberatung, Netzwerkarbeit mit Hilfspartnern wie z.B. der thailändischen Botschaft. Mitarbeit in der 2005 gegründeten thailändischen Selbsthilfegruppe, die bestrebt ist die Integration, die Selbstbestimmtheit und das Empowerment zu fördern. Lotsenfunktion im MiMi Projekt SH.
Kontakt: info@cara.sh

Mina Luisa Khanbaba-Tehrani: 2019 Abschluss B.A. Soziale Arbeit der HTWK Leipzig. Sie arbeitete ein Jahr in der SBB "Alternative I" in Leipzig und war Teil des "Arbeitskreis Sexarbeit". Seit Oktober 2020 ist sie als Sozialpädagogin im "ragazza! e.V." in Hamburg tätig.
Kontakt: mina.tehrani@gmx.de

Max Nicolai Appenroth: trans Aktivist und Diversity Consultant aus Köln und setzt sich seit mehr als 10 Jahren (inter-)national für die Rechte von trans Menschen ein. Max promoviert am Institut für Public Health der Charité Universitätsmedizin Berlin mit einem speziellen Fokus auf STI/HIV Prävention für trans Personen und leitet die „Transmasculine People & HIV Working Group“ für die internationale Organisation Global Action for Trans Equality (GATE).
Kontakt: www.max-appenroth.com